

Stenographisches Protokoll

61. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 19. Oktober 1984

Tagesordnung

Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5207)

Entschuldigungen (S. 5207)

Geschäftsbehandlung

Antrag der

Abgeordneten Wille, Dr. Mock und Peter gemäß § 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung, die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 in erste Lesung zu nehmen (S. 5222) — Annahme (S. 5223)

Unterbrechung der Sitzung (S. 5233)

Fragestunde (46.)

Handel, Gewerbe und Industrie (S. 5207)

Teschl (339/M); Ing. Helbich, Eigruber, Tirnthal

Dkfm. DDr. König (364/M); Probst, Schober, Maria Stangl

Brandstätter (365/M); Eigruber, Schober, Hofer

Dkfm. DDr. König (366/M); Bergmann

Heinzinger (367/M); Haigermoser, Dr. Veselsky, Dr. Frizberg

Köck (370/M); Kraft, Haigermoser

Ausschüsse

Zuweisung (S. 5222)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Graf,

Dr. Taus, Dr. Steidl, Dr. Schüssel und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Kurswechsel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler durch eine große Steuerreform (964/J) (S. 5233)

Begründung: Dr. Kohlmaier (S. 5234)

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 5241)

Debatte:

Graf (S. 5243),
Mühlbacher (S. 5246),
Dr. Taus (S. 5249),
Haigermoser (S. 5252),
Dr. Steidl (S. 5254),
Elfriede Karl (S. 5257) und
Dr. Schüssel (S. 5259)

Verhandlungen

Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 (400 und Zu 400 d. B.) (S. 5223) — Beschluß auf erste Lesung (S. 5223)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

400 und Zu 400: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (S. 5222)

Anträge der Abgeordneten

Maria Stangl, Ingrid Tichy-Schreder, Helga Wieser und Genossen betreffend das Bundesgesetz vom 30. Juni 1982 über die Gewährung der Leistung der Betriebshilfe (des Wochengeldes) an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind (Novelle zum Betriebshilfegesetz — BHG) (111/A)

Hochmair, Dr. Gugerbauer, Dr. Schranz, Mag. Kabas und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz (112/A)

Hochmair, Hintermayer, Pfeifer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird (113/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kohlmaier, Graf, Dr. Taus, Dr. Steidl, Dr. Schüssel und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Kurswechsel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler durch eine große Steuerreform (964/J)

Pischl, Dr. Keimel, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Hubert Huber, Dr. Khol, Dr. Lanner, Keller, Dr. Steiner, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Grunderwerbsteuervorschreibung bei wohnbauförderten Objekten (965/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Lanner, Dr. Keimel, Pischl, Hubert Huber, Keller, Dr. Steiner, Dr. Khol, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Schadensvergütung durch die Brenner-Autobahn-Gesellschaft (966/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Lanner, Dr. Keimel, Pischl, Hubert Huber, Keller, Dr. Steiner, Dr. Khol, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Schadensvergütung durch die Brenner-Autobahn-Gesellschaft (967/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora, Hubert Huber, Keller, Dr. Khol, Dr. Keimel, Dr. Lanner, Pischl, Dr. Steiner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Schiene (968/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora, Hubert Huber, Keller, Dr. Khol, Dr. Keimel, Dr. Lanner, Pischl, Dr. Steiner und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Schiene (969/J)

Dr. Stummvoll, Dipl.-Ing. Flicker und

Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Errichtung einer Sondermülldeponie im Waldviertel (970/J)

Dr. Marga Hubinek, Dr. Stummvoll und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Erweiterung des Mutter-Kind-Passes (971/J)

Ingrid Tichy-Schreder, Dkfm. DDr. König, Dr. Frizberg und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Straßengüterverkehr der ÖBB (972/J)

Elmecker und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend den weiteren Ausbau der B 125 (Prager Bundesstraße) (973/J)

Dr. Lanner, Dr. Keimel, Pischl, Dr. Steiner, Keller, Hubert Huber, Dr. Khol, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Erdgasversorgung in Tirol und Umweltfonds (974/J)

Dr. Rieder und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Gleisanlagen in Meidling (975/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Resch und Genossen (879/AB zu 902/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Resch und Genossen (880/AB zu 903/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Preiß und Genossen (881/AB zu 904/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Schmidt ist ebenfalls regelmäßig mit Delegationen unterwegs.

Bei diesen Delegationsreisen versuchen wir zu erreichen, daß es im Ausland entsprechend hochrangige Wirtschaftskontakte gibt.

Abweichend zu früher haben wir uns in letzter Zeit verstärkt bemüht, auch kleineren und mittleren Betrieben die Möglichkeit zu eröffnen, bei derartigen Delegationsreisen dabei zu sein.

Ein zweiter Schwerpunkt betrifft Fragen der europäischen Integration. Wir hatten gestern Herrn Vizepräsidenten Davignon zu Gast, er ist auch noch heute anwesend. Hiebei wurde eine umfangreiche Gesprächsliste abgewickelt, vor allem, um weitere Möglichkeiten mit unseren Traditionsmärkten im EG-Raum zu besprechen, Normungsfragen, Vereinheitlichung der Rechtsvorschriften.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 59. Sitzung vom 17. Oktober 1984 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Mandorff und Hobl.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Prechtel, Grabher-Meyer und Fauland.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Präsident: Zusatzfrage.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Teschl (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

339/M

Was haben Sie unternommen, um die österreichischen Exporte zu fördern?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich gefragt, was ich unternommen habe, um die Exporte entsprechend zu fördern.

An sich ist die österreichische Wirtschaft so leistungsfähig, daß sie, wie man gerade derzeit auch an dem Ansteigen der Exportstatistik merkt, große Chancen hat.

Ich halte es für besonders wichtig, den österreichischen Betrieben zu helfen, wenn Kontakte mit Staatshandelsländern herzustellen sind. Daher stellen wir regelmäßig Wirtschaftsdelegationen zusammen, entweder unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers oder unter meiner Führung, auch der Herr Außenminister nimmt solche Delegationen mit, und der Herr Staatssekretär

Abgeordneter **Teschl:** Herr Vizekanzler! Durch die Exportoffensive der Bundesregierung einerseits und durch entsprechende steuerliche Maßnahmen andererseits war es möglich, die Exporte in diesem Jahr wesentlich ansteigen zu lassen.

Ich frage Sie, Herr Vizekanzler: Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen der Verhandlungen und Gespräche mit der EG für den allmählichen Abbau der technischen Handelshemmnisse, die ja doch gewisse Erschwernisse für die österreichischen Exporte in den EG-Raum mit sich gebracht haben und noch immer bringen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist überhaupt eine der wesentlichsten Fragen der Arbeit in der nächsten Zeit. Gestern war dies von sehr, sehr großer Bedeutung, weil der Herr Vizepräsident seine Bereitschaft dazu und darüber hinausgehend erklärt hat, daß nicht nur bei den technischen Normungsfragen in Zukunft Österreich stark einbezogen werden kann, sondern daß es auch bei den Forschungsprojekten direkte Mitwirkungsmöglichkeiten der österreichischen Betriebe gibt, allerdings selbstverständlich immer nur dann, wenn die Kosten nicht ausschließlich von der EG getragen werden. Es muß dann in jedem einzelnen

Vizekanzler Dr. Steger

Fall der zuständige Ressortchef auch Verhandlungen mit den EG führen.

In den Normungsfragen bin ich doch zuversichtlich, daß wir nach den ersten Erfolgen, die es bereits gegeben hat, im Jahre 1985 auch im Rahmen der Möglichkeiten, die sich bei den EG-EFTA-Kontakten insgesamt ergeben, vorankommen werden. Sie wissen ja, daß wir im kommenden Frühjahr auch 25 Jahre EFTA hier in Wien gestalten werden. Ich hoffe, daß dort auch schon ein neuer Höhepunkt in den europäischen Bemühungen merkbar werden wird und neue Möglichkeiten für die heimische Industrie.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Teschl: Herr Vizekanzler! Im Zusammenhang mit den Ursprungsregeln, mit den Ursprungszeugnissen: Sehen Sie da eine allmähliche Lockerung und somit eine Erleichterung für die österreichische Exportindustrie?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es hat ja bereits Vereinfachungen der Ursprungsregeln im Freihandelsabkommen gegeben. Jetzt ist es vor allem immer notwendig, daß wir gemeinsam darum kämpfen, daß nicht eine Dreiteilung Europas entsteht.

Ich sehe diese Möglichkeiten, aber es muß auf allen Ebenen sehr massiv gearbeitet werden. Es sind hier die Parlamentarierarbeiten der verschiedenen Delegationen ein genauso wichtiger Beitrag wie das, was laufend auf Regierungsebene geschieht.

Es wird das die eigentliche, die entscheidende Frage für unsere Hauptmärkte sein. Wenn man weiß, daß im vergangenen Jahr 1983 fast 63 Prozent all unserer Importe und fast 54 Prozent unserer Exporte im EG-Raum stattgefunden haben, dann müssen wir sicher mit allem Nachdruck an dieser Frage arbeiten. Ich bin aber optimistisch.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Helbich.

Abgeordneter Ing. Helbich (ÖVP): Herr Vizekanzler! Anfang 1984 waren die Staaten der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber den österreichischen Geldinstituten mit rund 124 Milliarden Schilling verschuldet. Im Verhältnis Warenlieferungen und Finanzie-

rung liegt Österreich bedeutend höher als der europäische Durchschnitt.

Ich frage Sie, Herr Vizekanzler: Was können Sie unternehmen, um hier wieder den europäischen Durchschnitt zu erreichen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe nie etwas davon gehalten, daß Maßnahmen des Kalten Krieges plötzlich gegenüber den osteuropäischen Ländern dazu führen, daß wir unsere Wirtschaftsbeziehungen gefährden; etwa Maßnahmen, die zu einer bewußt herbeigeführten Hochzinspolitik führen, um Finanzschwierigkeiten auszulösen. Es ist bekannt, welches Land ich im besonderen meine.

Bei den österreichischen Wirtschaftsbeziehungen mit dem COMECON-Raum muß man davon ausgehen, daß es einige Länder gibt, bei denen wir einen Exportüberschuß erzielen. Ich darf erinnern, daß das bei der DDR summenmäßig am höchsten der Fall ist und bei Bulgarien in der Quotendeckung am höchsten der Fall ist.

Derzeit arbeiten wir auch an Fragen der Statistik. Denn von einigen COMECON-Ländern wird behauptet, daß wir bei unseren Exporten einen Überschuß erzielen, unsere Statistiken weisen das allerdings nicht entsprechend aus. Es gibt ein starkes Indiz. Wenn man etwa weiß, daß die VOEST im größeren Bereich Anlagenbau betreibt, aber die gesamten Bauleistungen auch dann, wenn sie von österreichischen Firmen erbracht werden, nicht in der österreichischen Statistik enthalten sind, muß einem klar sein, daß die österreichische Wirtschaft insgesamt wesentlich besser ist, als das vielleicht manchmal in den Statistiken zum Ausdruck kommt.

Ich meine: Solange wir eine gute Deckung haben und im wesentlichen mehr exportieren als importieren und solange gleichzeitig bei den Importen im wesentlichen wieder Rohstoffe importiert werden, die wir dann in Österreich weiterverarbeiten, können wir eigentlich froh sein, daß nicht von der anderen Seite unserer Wirtschaftspartner im Ausland verlangt wurde, erhebliche Einschränkungen bei unseren Exporten vorzunehmen. Wir sollten diesbezüglich vertrauensvoll alles weiterentwickeln. Es wird das im Interesse der österreichischen Wirtschaft sicherlich der bessere Weg sein.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordne-

Präsident

ter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sie haben die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe schon erwähnt. Für diese Betriebe war es bisher sehr schwer möglich, in den Export einzusteigen, im wesentlichen bedingt durch finanzielle Gründe.

Ich frage Sie daher: Welche Maßnahmen werden von Ihrem Ressort gesetzt, um Klein- und Mittelbetriebe den Einstieg in die österreichische Exportoffensive zu ermöglichen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Handelsministerium eine Informationsstelle für Exportentwicklung eingerichtet. Sie soll vor allem dazu dienen, daß die kleineren Betriebe — die mittleren können es ja doch meistens selbst finanzieren — überhaupt eine Anlaufstelle haben, wo ihnen ein bißchen mehr Erläuterungen über die Möglichkeiten, die im Rahmen des Handelsministeriums bestehen, gegeben werden.

Bei diesen Möglichkeiten bemühen wir uns um ganz besondere Unterstützung der kleineren und mittleren Betriebe bei den Gegengeschäften und bei den Zulieferungen. Es sind ja die Zulieferdaten wirklich stolze Ziffern, die die Republik Österreich in den letzten Jahren erreichen konnte.

Wir bemühen uns zusätzlich um die Einbeziehung in alle Wirtschaftsdelegationen.

Ich hoffe, daß mittlerweile durch diese Informationsstelle bekanntgemacht werden kann, daß wir auch besondere Unterstützungen vor Ort etwa bei der Marktforschung, bei der Finanzierung und bei der Vertragsgestaltung regelmäßig durchführen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Tirnthal.

Abgeordneter **Tirnthal** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Auf welche Staaten und Wirtschaftsgruppen sollte sich nach Auffassung Ihres Ressorts die österreichische Exportoffensive besonders konzentrieren?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich gibt es zunächst die sogenannten europäischen Traditions-

märkte vor allem im Bereich der EG und der EFTA.

Daüber hinaus existiert der nordamerikanische Markt.

Es muß auch zusätzlich so sein, daß natürlich die Fragen der Finanzierung entsprechend Beachtung finden. Es ist nicht alles, was durchaus exportfähig wäre, grenzenlos finanzierbar, weil es dafür Interesse im Ausland gibt.

Bei den zusätzlichen Ländern — neben dem heute bereits besprochenen COMECON-Bereich — geschieht es im Rahmen der Möglichkeiten, daß wir immer sehr genau auf Austauschrelationen und auch darauf zu achten haben, welche Warengüter in beide Richtungen — das machen wir bei allen Ländern der Welt, daher selbstverständlich dort auch — zu Austauschrelationen beitragen.

Ich habe vor allem die Meinung, daß der arabische Raum ganz besondere Chancen bietet und es jetzt dringlich geboten erscheint, auch im Ferneren Osten, im pazifischen Raum, einiges zusätzlich zu unternehmen.

Wenn Sie bedenken, daß es nicht sehr lange her ist, daß wir etwa mit Hongkong eine Austauschrelation von sieben Teilen Import nach Österreich und einen Teil Export nach Hongkong hatten, daß es im Vorjahr eine Relation von 3 zu 1 bei Importen nach Österreich und Exporten nach Hongkong gegeben hat und daß wir heuer nach den bisherigen Daten schon unter 3 zu 1 kommen, dann sieht man, daß unsere Betriebe mit großem Einsatz auch in diese Richtung Exporte vorantreiben können. Allerdings ist dazu notwendig, daß wir den sogenannten „Weißwurst-Horizont“ übersteigen, nämlich daß die traditionellen Exporte immer dorthin gegangen sind, wo die Weißwurst gegessen wurde, was an sich nichts damit zu tun hat, daß die Konsumenten in dieser Gegend eher österreichische Produkte wollen.

Präsident: Die Anfrage 2 ist ausgefallen. (Abg. Dr. **Blenk**: Es ist sehr bezeichnend, daß die 2. Anfrage ausgefallen ist!)

Anfrage 3: Herr Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

364/M

Werden Sie aus Umweltschutzgründen in der Bundesregierung eine Beimischungspflicht für Biosprit vertreten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Blenk! Sie können gerne nachfragen, warum der Herr Abgeordnete heute nicht anwesend ist; er kommt heute nicht. Wie Sie wissen, ist es dann so, daß eine Anfrage nicht gestellt werden kann, wenn der Anfrager nicht da ist. Auch einer Ihrer Abgeordneten befindet sich in Graz und hat mir mitgeteilt, daß seine Anfrage daher leider nicht gestellt werden kann. Sehen Sie, so schnell entlarvt sich Demagogie; aber lassen wir das. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. König! Sie haben mich gefragt, ob aus Umweltschutzgründen in der Bundesregierung eine Beimischungspflicht für Biosprit von mir vertreten wird.

Die Beimischung, sehr geehrter Herr Abgeordneter, von einfachen Alkoholen zu Treibstoffen ist zwar geeignet, einen Beitrag zur Entbleiung von Treibstoffen zu leisten, reicht jedoch nicht aus, den Bleigehalt zu ersetzen. Es müßten vielmehr, um bleifreies Benzin herzustellen, noch hochoktanige Benzinkomponenten zugesetzt werden.

Als einfache Alkohole kommen sowohl Methanol- als auch Äthanol-Biosprit in Frage. Durch die Alkoholbeimischung wird der Ausstoß von Stickstoffoxiden nicht vermindert, dementsprechend ist aus Umweltschutzgründen die Beimischung von Äthanol nicht erforderlich.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König: Herr Bundesminister! Sie haben ja selbst gesagt, daß die Beimischung von Biosprit zur Entbleiung dienen kann. Allerdings müssen, um die notwendige hohe Oktanzahl zu halten, noch gewisse Substanzen beigemischt werden.

Herr Bundesminister! Die Entbleiung an und für sich aber ist bereits eine Umweltschutzmaßnahme, und sie ist die Voraussetzung für den Einsatz von Katalysatoren. Der Katalysator kann eben ohne unverbleites Benzin nicht betrieben werden, und dieser vermindert dann sehr wohl die Stickoxide.

Nun steht in der Regierungserklärung eindeutig drinnen, daß die Bundesregierung die Einführung von Biosprit beabsichtigt. Es sind ja etliche Jahre ins Land gegangen.

Meine ganz konkrete Frage: Wann wird der Beimischungszwang für Biosprit kommen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es mag Ihnen lang erscheinen, aber es sind erst 17 Monate, daß diese Regierung im Amt ist. Also etliche Jahre — Sie empfinden das als zu drückend, so lang ist es noch nicht.

Wir arbeiten daran. Wie Sie wissen — Sie sind ja dort auch persönlich tätig —, ist ein parlamentarischer Unterausschuß eingesetzt worden, dem entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. So haben wir etwa in Seibersdorf eine Berechnung über die Energiebilanzen der jeweiligen Projekte durchführen lassen.

Ich bin zuversichtlich, daß wir dann, wenn das Beiratsgutachten, das einvernehmlich zwischen allen Fraktionen vereinbart wurde, das Gutachten des Beirates der Sozialpartner, auch eine entsprechende positive Möglichkeit aufzeigt, sehr, sehr rasch, daß heißt noch in dieser Legislaturperiode, tatsächlich mit einer entsprechenden Produktion beginnen können. *(Zwischenruf des Abg. Heinzinger.)* Allerdings sind gewisse Vorabklärungen durchaus durchzuführen.

Wenn aus einem Zwischenruf zu entnehmen ist, daß der Herr Abgeordnete Heinzinger der Auffassung ist, daß das nicht rasch ist, dann darf ich ihn darauf aufmerksam machen, daß der Aufbau dieser Industrie zwei bis drei Jahre dauert. Daher ist es sehr, sehr rasch, wenn es noch in dieser Legislaturperiode wirklich zur Produktionsaufnahme kommt.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König: Herr Vizekanzler! Es stimmt zwar, daß Sie erst 17 Monate im Amt sind, aber bereits lange vorher haben wir mit der damaligen Regierung und den Sozialpartnern diesbezüglich Verhandlungen geführt, sie werden mit der jetzigen fortgesetzt.

Es ist so, daß gerade in den jüngsten Unterausschußverhandlungen aufgezeigt wurde, daß die modernen Verfahren erwarten lassen, daß die Beimischung von 5 bis 7 Prozent Biosprit zum Normalbenzin nur zu einer Erhöhung des Benzinpreises um etwa 10, 12, vielleicht maximal 15 Groschen führt. Das müßte uns unserer Meinung nach der Umweltschutz wert sein.

Sie sagten, Sie hoffen, daß noch in dieser

Dkfm. DDr. König

Legislaturperiode die Produktion aufgenommen werden kann. Das setzt voraus, daß die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen rechtzeitig, also noch zu Beginn des kommenden Jahres, gesetzt werden. Meine konkrete Frage: Sind Sie nun bereit, entgegen den Äußerungen des Herrn Landwirtschaftsministers, der erst vor kurzem gesagt hat, Biosprit sei keine Lösung, und sich damit in den Gegensatz zur Regierungserklärung gestellt hat, dafür einzutreten, daß die gesetzlichen Voraussetzungen Anfang des nächsten Jahres beschlossen werden?

Präsident: Herr Bundesminister!

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe ein derartiges Zitat des Herrn Landwirtschaftsministers, wo er das so apodiktisch erklärt haben soll, nicht im Ohr. Ich weiß allerdings, daß es einige Aspekte des Biosprits gibt, wofür eben diese Lösungskapazität nicht vorhanden ist. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es eines der wichtigsten Projekte ist, hier voranzuarbeiten, und ich befinde mich voll auf der Basis dessen, was alle Fraktionen im Unterausschuß parlamentarisch vereinbart haben und worum ich als Ressortchef gebeten wurde. Ich habe daher diesen Endbericht über die Energiebilanz dem Unterausschuß bereits zugeschickt.

In den nächsten Tagen wird eine Zusammenstellung der Kalkulationen zugeschickt werden und damit die Gegenüberstellung der verschiedenen Preiskalkulationen aller Industrieprojekte. Es ist ja letztendlich Sache der Industrie, geeignete Projekte vorzulegen. Es ist dann unsere Sache, alle diese Produkte zu prüfen. Deswegen erfolgte ja diese Prüfung, die auch mit Ihrem Einvernehmen erfolgt ist. Sie wird dem Unterausschuß zugeleitet.

Dann wird man noch dieses Beiratsgutachten, bei dem auch zu erwarten ist, daß es innerhalb weniger Monate erstellt wird, haben. Dann haben wir alle Unterlagen beisammen, um wirklich eine vorbehaltlose Entscheidung treffen zu können.

Tendenziell bin ich für Biosprit, aber nicht aus energiewirtschaftlichen Gründen und nicht aus Umweltgründen, sondern aus agrarischen Gründen, weil es uns Überschußproduktionen, die in den nächsten Jahren entstehen werden, möglicherweise abbauen hilft. Das ist der eigentliche Grund, warum auch alle Parteien immer wieder Überlegungen in diese Richtung anstellen. Es ist nicht primär energiewirtschaftlich, denn da sind es insge-

samt maximal 0,17 Prozent des Energiebedarfs Österreichs, der eingespart werden könnte, allerdings maximal insofern, als dabei noch nicht die Energiekosten abgezogen sind, die bei der Produktion des Biosprits entstehen. Dann wird es noch entsprechend weniger.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Wir haben nun den Anteil gehört. Wir wissen, daß Tests auch in Österreich gelaufen sind und erfolgreich gelaufen sind. Wir wissen, daß dies Umweltprobleme zu lösen imstande ist.

Ich bin, ehrlich gesagt, erstaunt, wie wenig der Energiebedarf durch eine Beimischung gesenkt wird.

Jetzt möchte ich Sie fragen: Bei welcher Prozentbeimischung wäre denn das?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist bei einer Prozentbeimischung von 5 Prozent.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schober.

Abgeordneter Schober (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Ich freue mich darüber, daß die in der Regierungserklärung bekundete Absicht so rasch verwirklicht worden ist und daß die entsprechenden Unterausschußverhandlungen so zügig durchgeführt wurden, und zwar von allen damit befaßten kompetenten Stellen, daß eine so rasche und zielstrebige Arbeit für diesen auch für die Landwirtschaft so wichtigen Bereich geleistet worden ist.

Sie haben nun gesagt, Herr Bundesminister, daß es maximal 0,17 Prozent sein würden.

Weshalb, sehr geehrter Herr Bundesminister, ist das für Sie eine Obergrenze?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt bei all den Projekten, die bisher untersucht wurden, sehr, sehr große Preisdifferenzen. Deshalb haben wir auch gebeten, daß sich die Sozialpartner mit dieser Frage befassen. Wir haben darum gebeten, weil letztendlich auch eine sehr starke soziale Komponente mit zu berücksich-

Vizekanzler Dr. Steger

tigen ist, weil sich dadurch eine starke Preisverteuerung ergibt.

Ich möchte jetzt noch keine Beträge im einzelnen nennen, meine aber doch, daß alle Experten — Sie selbst waren ja auch dabei bei den Gesprächen — wissen, daß eben die Produktionen auf der verschiedenen Basis, etwa Getreide, Weizen, Mais oder Zuckerindustrie, auf Basis von Zuckerrüben oder Zuckerrispe, oder VOEST-Alpine: Basis des Projektes und Steyermühl-Papierfabrik, daß alle diese verschiedenen Überlegungen zu ganz unterschiedlichen Preisergebnissen führen, daß man all das genau auf dem Tisch haben muß, dann muß man die agrarische Komponente, die Umweltkomponente und die energiepolitische Komponente so offen auf den Tisch legen, wie wir das in einer sehr kurzen Diskussion hier jetzt getan haben, und dann kann man erst wirklich Entscheidungen treffen.

Preislich könnte man zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts endgültig sagen. Das hängt letztendlich ja auch von der Preisgestaltung beim Rohöl ab, die über drei Jahre vorher nicht abgeschätzt werden kann.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Stangl.

Abgeordnete Maria Stangl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Wie wir wissen, wird nächstes Jahr bleifreies Benzin in der Schweiz eingeführt werden, dann kommt diese Sache ja sowieso auch auf uns zu.

Jetzt möchte ich Sie fragen, Herr Minister: Sind Sie bereit, die Vorbereitung dieser Materie zu beschleunigen, das heißt, daß bleifreies Benzin unter Beimischung von Biosprit auch nächstes Jahr schon bei uns eingeführt werden kann? Werden Sie diese Vorbereitungen beschleunigt treffen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Tatsächlich gibt es in Österreich bereits die ersten Tankstellen, die bleifreies Benzin anbieten. Es ist — wie Herr Kollege Dr. Steyrer auch schon öffentlich mitgeteilt hat — geplant, daß im Laufe des nächsten Jahres schrittweise ein flächendeckendes System für ganz Österreich aufgebaut wird. Nach den bisherigen Angaben der Österreichischen Mineralölverwaltung rechne ich damit, daß zum Jahresende 1985 beziehungsweise zum Jahresbeginn 1986 in Öster-

reich flächendeckend Normalbenzin bezogen werden kann.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Brandstätter (ÖVP) an den Herrn Minister.

365/M

Was tun Sie zur Verwirklichung des Biospritprojektes?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich gefragt, was wir alles zur Verwirklichung des Biospritprojektes unternehmen.

Ich habe dazu mitgeteilt, daß wir bereits eine Unterlage an den parlamentarischen Unterausschuß geschickt haben, die zweite Unterlage wird in den nächsten Tagen zugehen. Dann ist sowohl über die Frage der Preisgegenüberstellung als auch über die Frage der Energiebilanzen Klarheit im parlamentarischen Raum, und dann müssen die weiteren Gespräche geführt werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Brandstätter: Herr Bundesminister! Sie haben gesagt, Alkohol könne Blei nicht ersetzen. Tatsache ist, daß in den USA durch Alkoholbeigabe Blei ersetzt wird.

Sie haben gesagt, Sie sind erst 17 Monate im Amt. Tatsache ist, daß in den 17 Monaten außer zu reden nichts getan wurde.

Auch in Ihrem Energieplan, Herr Vizekanzler, haben Sie wohl den Ist-Zustand sehr klar festgestellt, für die Zukunft aber nur unverbindliche Willensäußerungen abgegeben.

Sie haben gesagt, die Industrie muß Voraussetzungen schaffen. Die verstaatlichte Industrie Österreichs hat Anlagen bereits in der ganzen Welt laufen, die zur besten Zufriedenheit funktionieren. (Rufe bei der SPÖ: Kein Referat!)

Herr Bundesminister, Sie haben sich zu wenig von den Äußerungen des Herrn Ministers Haiden distanziert. Sie haben nur gesagt, Sie wissen es nicht, ob er das tatsächlich so gesagt hat. Er hat gesagt, Biosprit kann das Problem der Kraftfahrzeugemission nicht lösen, Biosprit ist auch derzeit keine Produktionsalternative. Das hat Minister Haiden gesagt.

Brandstätter

Meine Frage: Herr Vizekanzler, sind Sie auch dieser Überzeugung, oder sind Sie nicht vielmehr der Überzeugung, daß hier etwas zum Schutz unserer Umwelt geschaffen werden muß und daß Sie daher vom Reden endlich zu Taten kommen müßten? Wann werden die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin es gewohnt, daß der Herr Minister Haiden, wenn er eine neue Überlegung hat, das direkt mitteilt, und möchte jetzt nicht reagieren auf etwas, was vielleicht in einer Zeitung gestanden ist. Sie lesen so etwas offensichtlich aus einer Zeitung heraus. Ich lese auch in der Zeitung, daß der Herr Abgeordnete Dr. König alles Mögliche zu einem Energiebericht sagt. Sie haben jetzt auch gerade dazu Stellung genommen, was im Energiebericht drinnen ist, den Sie noch gar nicht kennen können.

Wissend, daß ganz bestimmte Personen auch bei vertraulichen Verhandlungen Dinge an die Öffentlichkeit spielen, haben wir ganz bestimmten Personen nur Fragmente gegeben. Sie lesen jetzt in den Fragmenten und geben das an die Zeitungen. Sie wissen noch gar nicht, was im Energiekonzept drinnen steht, denn jetzt, um diese Uhrzeit, heute den ganzen Tag, findet gerade die nächste Sitzung des großen Plenarausschusses statt, bei der erst über alle diese Themenkreise gesprochen wird! Es steht daher noch gar nicht fest, was im Energiebericht drinnen stehen wird.

Umso amüsanter finde ich es aber, daß Sie mir jetzt auch vorhalten, was im Energiekonzept drinnen steht. Im Zweifelsfall, dürfen Sie annehmen, weiß ich es besser: Es wird auch zu diesem Themenkreis etwas drinnen stehen.

Genauso unrichtig ist die Behauptung, daß die Bundesregierung nichts tue für den Biosprit. Denn wenn Sie etwa die Projekte Gmünd und das Projekt der Zuckerindustrie nehmen, so sehen Sie: Es gibt dort den Forschungsförderungsfonds, der Mittel hineingegeben hat, dann gibt es ERP-Mittel, die hineingegeben wurden, es hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bereits Mittel zur Förderung hineingegeben.

Was wollen Sie? Dort wird gefördert, damit etwas im konkreten begonnen wird.

Gleichzeitig ist der parlamentarische Unter-

ausschuß so vorangeschritten, daß wir demnächst — nämlich auch Sie als Opposition — wirklich durchgerechnete Entscheidungsgrundlagen auf dem Tisch haben werden.

Ich kenne sie ja schon. Aber ich habe Ihnen gerade zugesagt, daß ich sie in den nächsten Tagen auch Ihnen schicken werde. Dann wird man die weiteren Überlegungen gemeinsam anstellen können. Ich glaube nach wie vor, daß das eine interessante Möglichkeit sein kann. Es müssen aber Kostenfragen auch gemeinsam abgeklärt werden.

Was es nicht geben wird, ist, daß man das Ganze einseitig unter der Überlegung sieht, wie eine zusätzliche Subventionsmöglichkeit für die Landwirtschaft entsteht. Da ist die Frage Biosprit nicht! Ein kleines bißchen habe ich schon den Eindruck, daß es das für manche Angeordnete ist. Die sagen: Die Konsumenten sollen einfach 30 oder 50 Groschen pro Liter Benzin mehr bezahlen, das wird halt wieder der Landwirtschaft zugute kommen!

Wir machen uns auch Sorgen um die Landwirtschaft. Aber Biosprit ist eine so große Frage, daß es alle Menschen in Österreich betrifft, daher müssen alle Komponenten ausreichend beachtet werden. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Brandstätter:** Herr Vizekanzler! Sie verstehen es ausgezeichnet, in sehr umfangreichen Ausführungen über alles Mögliche zu reden, nur nicht über das, worüber man Sie gefragt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe Sie gefragt, wie Sie zu dieser Aussage des Herrn Bundesministers stehen, von der ich annehmen muß, daß er sie so gemacht hat, weil er sie nicht dementiert hat. Sie haben darauf überhaupt keine Antwort gegeben.

Weil Sie nun sagen, wir wollen eine Subvention für die Landwirtschaft, gebe ich Ihnen einige Zahlen bekannt, die Sie eigentlich wissen müßten. *(Rufe bei der SPÖ: Frage!)*

Der Getreideexport ist von 1980 bis 1984 um 540 Prozent gestiegen ...

Präsident: Herr Kollege, Sie können zu der Frage eine Zusatzfrage stellen. Aber bitte eine direkte Frage. *(Abg. Helga Wieser: Der Minister hat die Frage nicht beantwortet!)*

Brandstätter

Abgeordneter **Brandstätter** (fortsetzend): Herr Präsident! Ich stelle die direkte Frage, aber ich muß sie insofern begründen, als der Herr Vizekanzler gesagt hat, es handle sich um eine Subvention. Und bei der Tatsache, daß 2 Milliarden Schilling notwendig sind, um Getreide zu exportieren, stelle ich die Frage, wie sich der Herr Vizekanzler zu diesen Zahlen stellt, wie er sich zur Tatsache stellt, daß damit Arbeitsplätze — nicht nur in der Landwirtschaft, sondern vor allem auch in der verstaatlichten Industrie — geschaffen werden könnten.

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist mir zum erstenmal jetzt bewußt geworden, daß Sie als Bauernvertreter die Allianz zur verstaatlichten Industrie in dieser Frage suchen. Ich habe gemeint, daß durchaus auch private Industrie Mitanbieter in dieser Frage sein kann. (Abg. *Brandstätter*: Ich bin seit 17 Jahren Mitglied des Verstaatlichtenausschusses!)

Sie haben gerade gesagt, die Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie und in der Landwirtschaft wollen Sie mit diesem Projekt sichern. Ich habe Ihnen darauf zu antworten, daß für mich die Privatindustrie gleich wichtig ist, so wie das in der Regierungserklärung enthalten ist.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist eine Unterstellung, daß ich Ihre Frage nicht beantwortet hätte. Ich habe Ihnen gesagt, ich bin gewohnt, daß mich der Herr Minister Haiden selbst informiert. Ich glaube nicht alles, was Sie aus irgendwelchen Zeitungen zitieren; vielleicht sogar aus einer Zeitung, die Sie selbst parteimäßig beherrschen.

Der Herr Minister Haiden hat in der Regierung keineswegs erklärt (Abg. Dr. *Blenk*: Er wollte Ihre Meinung wissen!), daß er gegen den Biosprit auftritt. Er war bei allen unseren Gesprächen damit einverstanden, daß zunächst Fakten und Zahlen auf dem Tisch sein müssen, die überprüfbar sind. Zuerst müssen die Kostenfragen geklärt und Auswirkungen im Umwelt- und Energiebereich abgesichert sein, erst dann ist die Entscheidung zu treffen. Ich sage Ihnen, daß das genauso erfolgen wird, und das ist auch die einzig richtige Vorgehensweise in der Frage Biosprit.

Was alle anderen Zahlen betrifft: Da habe ich nicht einmal verstanden, was Sie mich eigentlich fragen wollten. (Abg. Dr. *Blenk*: Weil Sie es nicht mehr im Ohr haben!)

Indem Sie auf einmal zum Getreideexport Zahlen verlesen, meinten Sie offensichtlich, wir sollten diesem Bereich mehr fördern. Wir fördern es, wo immer es geht, dessen dürfen Sie ganz sicher sein.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Ich danke Ihnen für die Lanze, die Sie für die Privatwirtschaft gegenüber der Opposition gebrochen haben. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)

Herr Vizekanzler, Sie haben von verschiedenen Biospritprojekten gesprochen.

Ich möchte Sie fragen: Welche Projekte werden von Ihnen in die angekündigte Untersuchung miteinbezogen?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß ist es grundsätzlich so gewesen, daß wir die wesentlichsten, angeblich kostengünstigsten Projekte hergenommen haben: die Produktion von Äthanol durch die Österreichische Agrarindustriengesellschaft m.b.H. auf Basis von Getreide, die Projekte der österreichischen Zuckerindustrie auf Basis von Zuckerrüben oder Zuckerhirse und das Vorhaben der VOEST-ALPINE und der Steyrmühl-Papierfabrik AG zur Erzeugung von Äthanol auf Basis von zellulosehaltigen Abfällen, Stroh und Altpapier.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schober.

Abgeordneter **Schober** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Daß es in dieser für die österreichische Volkswirtschaft und im besonderen für die österreichische Landwirtschaft so wichtigen Frage bereits solche Fortschritte gegeben hat, ist zweifelsohne auf die gute Zusammenarbeit Ihres Ressorts vor allem mit Bundesminister Haiden zurückzuführen, der in allen Bereichen eine positive Haltung zur Einführung von Biosprit, und zwar schon seit vielen Jahren, einnimmt. (Abg. *Brandstätter*: Wo ist da die Frage?)

Herr Vizekanzler! Sie haben nun einige Projekte dezidiert aufgezählt.

Können Sie mir, bitte, sagen: Wann könnten in etwa diese Projekte realisiert werden?

Präsident

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist so, daß eine Bauzeit von mindestens zwei Jahren gegeben ist ab dem Augenblick, wo man die Entscheidung für den großen Ausbau getroffen hat. Das heißt, wenn wirklich eine Entscheidung noch Mitte 1985 fallen könnte — das ist ein sehr optimistischer Terminvoranschlag —, dann kann 1987 mit der Produktion in großem Stil begonnen werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hofer.

Abgeordneter **Hofer** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Handelsminister! Ich kenne zwar die Geschäftsordnung noch nicht so gut, weil ich ein junger Abgeordneter bin. Aber eines wunderte mich schon sehr: Wenn ein Kollege von uns Sie etwas genauer fragt, dann werden Sie etwas ungehalten und etwas zornig.

Nun aber zu meiner Frage, Herr Handelsminister. Für die Landwirtschaft bedeutet klarerweise dieses Biospritproblem beziehungsweise dessen Lösung durch diese Biospritanlagen eine große Sache.

Herr Handelsminister, ich frage Sie: Können Sie nicht doch dieses Projekt, dieses gesamtpolitische Anliegen mehr beschleunigen, so daß schon nächstes Jahr mit dem Bau der Produktionsstätten begonnen werden kann?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe gerade vorhin ausgeführt: Wenn das mit den Terminsetzungen wirklich optimal vorangeht — ein optimistischer Voranschlag, habe ich zur Terminfrage gesagt —, dann wird Mitte 1985 die Entscheidung über den Bau fallen und der Baubeginn sein. Das ist genau das, was Sie jetzt gefordert haben, nämlich daß es möglichst bald sein sollte.

Ich darf also noch einmal wiederholen: Wenn bei den Prüfungen alles gut vorangeht, so wird es so sein. Allerdings ist auch selbstverständlich, daß alle Kostenfragen wirklich auf dem Tisch liegen müssen.

Gestern hat mir auch jemand aus den Reihen der Opposition gesagt, ich soll doch dafür sorgen, daß die Handelsdelegierten schneller arbeiten. Ich gebe auch das gerne an den Beirat der Sozialpartner weiter. Ich werde auch

den Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und den Präsidenten der Landwirtschaftskammern aufmerksam machen, daß Sie hier im Parlament gemeint haben, man sollte verhindern, daß das zu lange dauert. Ich werde die Unterlage, die alle drei Parteien gemeinsam vereinbart haben, die die Voraussetzung für eine weitere Entscheidung ist, weitergeben.

Herr Abgeordneter! Wenn der Herr Präsident das gestattet, darf ich zu Ihrer Bemerkung, ich sei zornig, etwas sagen. Zorn war mir in diesem Parlament bisher wirklich fremd. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

366/M

Werden Sie in Ihrem Energiekonzept eine klare Entscheidung über die Zukunft von Zwentendorf treffen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe bei der Beantwortung der letzten Anfrage schon Gelegenheit gehabt, darauf zu verweisen, daß ich den Zeitungen entnehme, daß manche Abgeordnete der Opposition glauben, sie kennen bereits den Energiebericht, obwohl wir an ganz bestimmten Stellen, bei denen wir vermutet haben, daß das zur entsprechenden Weitergabe und Veröffentlichung führt, bewußt nur Teile des Energieberichtes weitergegeben haben. (*Abg. Heinzinger: Das ist eine schwachsinnige Spielerei! Das ist ein Spitzbubenstreich!*)

Herr Abgeordneter! Selbstverständlich kann über Fragen der Vollziehung erst dann diskutiert werden, wenn die Vollziehung stattgefunden hat. Genauso kann ich nicht über das jetzt hier berichten, was im Energiekonzept drinnensteht, wenn gleichzeitig — halb- oder ganztätig — am heutigen Tag das Schlußplenum stattfindet, bei dem jene doch ungefähr 40 Experten, die insgesamt an der Konzeption arbeiten, gerade dabei sind, in einem weiteren Durchgang zu fixieren, welche Schlußfolgerungen aus allen Berechnungen jetzt wirklich gemeinsam gezogen werden.

Zu Ihrer konkreten Frage im Atomenergiebereich darf ich Ihnen nur sagen: Es ist eines Ihrer zahlreichen Mißverständnisse, wenn Sie glauben, daß dazu im Energiebericht nichts drinnensteht. Es wird etwas drinnenstehen.

Vizekanzler Dr. Steger

Sie müssen sich aber noch einige Tage gedulden, weil ich — nach dem Ablauf ist das durchaus korrekt — mit einem derartigen Bericht selbstverständlich vorher in die Regierung gehen werde.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Vizekanzler! Wenn Ihr persönlicher Mitarbeiter — ich nehme wohl an, mit Ihrem Wissen und mit Ihrer Billigung — ganzseitig im „Kurier“ vom 18. Oktober über den redaktionellen Entwurf dieses Energieberichtes der Öffentlichkeit berichtet, dann werden Sie wohl Verständnis dafür haben, daß dieser redaktionelle Bericht auch von der Opposition zum Gegenstand der Kritik genommen wird. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. B l e n k: Das sind Kommunikationsschwierigkeiten! Eher peinlich!)*

Ich habe in meiner Anfrage, Herr Vizekanzler, ganz eindeutig nicht gefragt, ob im Energiebericht irgend etwas zur Kernenergie drinnensteht, sondern ich habe ganz konkret gefragt, ob im endgültigen Energiebericht über die Zukunft der Kernenergie eine klare Aussage getroffen werden wird. Und ich nehme doch wohl an, daß der zuständige Energieminister zu so einem wichtigen Thema in seinem Energiebericht, den er nota bene noch Konzept nennt, eine klare, eindeutige Willensäußerung abgeben wird. *(Abg. G r a f: Das glaube ich nicht!)*

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens: Es ist wirklich ein großer Unterschied, ob Sie über das Energiekonzept reden oder der Herr Dr. Kier, denn er weiß ja, was drinnen steht. *(Abg. Dr. B l e n k: Es ist veröffentlicht!)* Er liest es ja täglich, er arbeitet mit. Sie kennen es nicht. Ich habe nur gesagt, daß Sie nicht über Dinge Entscheidungen bekanntgeben sollen, die Sie nicht kennen, weil Sie dort sagen, was alles fehlt.

Meines Wissens hat er außerdem nicht der Zeitung aktiv bekanntgegeben, was alles drinnensteht, sondern er ist einiges gefragt worden, wobei er durchaus vorsichtige Antworten gegeben hat, im wesentlichen über umstrittene Entscheidungen.

Zweitens: Ich bin es gewohnt, daß in der politischen Auseinandersetzung manchmal Sachverhalte verdreht werden. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob Sie mich fragen:

Werden Aussagen zur Frage Atomenergie enthalten sein? — das ist ein wesentlicher Themenkreis, das haben Sie jetzt soeben gefragt; da sage ich Ihnen selbstverständlich: Ja, es werden Aussagen enthalten sein! —, oder ob Sie das fragen, was in der schriftlichen Anfrage steht. Dort heißt Ihre Anfrage: „Werden Sie in Ihrem Energiekonzept eine klare Entscheidung über die Zukunft von Zwentendorf treffen?“

Sehen Sie, so machen Sie mit einer kleinen Änderung plötzlich etwas ganz anderes daraus. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Aber das entspricht in der Frage Zwentendorf durchaus Ihrem Stil!

Sie arbeiten an einer Dreiparteienentscheidung im Nationalrat mit, wonach es Änderungen nur bei einer neuerlichen Zweidrittelmehrheit hier im Plenum des Hohen Hauses zu dieser Frage mit einer nachfolgenden Volksabstimmung geben kann. Sie wissen, daß gleichzeitig Ihr Parteiobmann ständig Gespräche zu diesem Themenkreis abgelehnt hat. *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. G o r t o n.)* Ich habe ihn zuletzt im Sommer zu einem Gespräch eingeladen; er hat es ausdrücklich abgelehnt. Eine Zweidrittelmehrheit — so ist das halt in den Abläufen im Parlament — ist aber nur dann möglich, wenn sich auch die Volkspartei letztendlich in irgendeiner Form an Gesprächen beteiligt. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Eine Entscheidung darüber kann nach der geltenden Rechtslage nicht die Regierung treffen, eine Entscheidung darüber kann nur das Parlament treffen, weil es diese Parlamentsbeschlüsse gibt.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aussagen werden daher enthalten sein, die Entscheidung muß letztendlich das Parlament treffen beziehungsweise nachfolgend muß es auch eine Volksabstimmung geben, wenn es überhaupt je dazu kommt. Für mich als Minister gelten alle Gesetze, ich habe das zu vollziehen, was das Parlament beschlossen hat.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Vizekanzler! Ich bedaure, daß ich mit allem Nachdruck — mit allem Nachdruck! — Ihre Auffassung zurückweisen muß, daß Ihre persönlichen Sekretäre Berichte veröffentlichen können und der Opposition das Recht abgesprochen wird, zu genau denselben Berichten eine kritische Stellungnahme abzugeben! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist ein Verständnis von Demokratie, das man nicht teilen kann. *(Abg. Dr. B l e n k: Ein verbogenes Demokratieverständnis!)*

Dkfm. DDr. König

In der Sache selbst ist es eindeutig, daß eine klare Aussage im Energiebericht zur Kernenergie, die erforderlich ist, eine Entscheidung über Zwentendorf mit einschließt.

Nun hat Ihr Generalsekretär Grabher-Meyer erklärt: Weil es nicht im Regierungsprogramm steht, wird das auch nicht behandelt.

Das ist eine Haltung, die vielleicht er als Abgeordneter, aber nicht Sie als zuständiger Minister einnehmen können.

Unser Parteiboss Dr. Mock hat für die Volkspartei unmißverständlich klargestellt, daß wir auf Grund einer Regierungsvorlage sehr ernst dieses Thema hier im Hause behandeln werden und uns als Volkspartei um eine Entscheidung nicht drücken werden.

Ich frage Sie daher noch einmal ganz eindeutig: Werden Sie in Ihrem Energiebericht für sich als Energieminister, der Sie die Verantwortung hierfür tragen, eine klare Aussage zur Kernenergie treffen, die uns in die Lage versetzt, darüber auch wirklich Ihre Meinung und die Absicht der Bundesregierung zu erkennen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie sagen, daß Ihr Parteiboss Dr. Mock klare Aussagen dazu getroffen hat. Ich erinnere mich, daß er klar sagt: Die Volkspartei ist für Atomenergie, aber gegen Zwentendorf. — Wo da die Klarheit besteht, verstehe ich nicht ganz. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Sie sind ja der Minister!)*

Ich sage Ihnen, daß es außerdem falsch ist, daß der Herr Dr. Kier, den Sie hier genannt haben, den Energiebericht der Regierung veröffentlicht hätte. Davon kann keine Rede sein.

Ich habe vorher nur darauf verwiesen, daß er, wenn er gefragt wird, von etwas spricht, was er kennt, während Sie von etwas sprechen, was Sie nicht kennen, sich aber trotzdem in Mehrspaltern darüber äußern, was enthalten ist und was nicht enthalten ist, und jetzt sogar den Bericht einer Zeitung übernommen haben — als Ihre eigene Aussage —, was in meinem Vorwort drinnensteht, obwohl ich schon in einer Pressekonferenz gesagt habe, daß dieses Vorwort noch nicht geschrieben worden ist, und ich mir vorbehalten habe,

das Vorwort zu diesem Energiebericht persönlich zu schreiben.

Sie sehen, so gibt es ständig Aussagen in Ihren Reihen von Abgeordneten, die nicht wissen, wovon sie in dem Fall wirklich reden, weil sie es gar nicht kennen können.

Nach den parlamentarischen Abläufen bin ich verpflichtet, bis Ende November diesen Energiebericht dem Hohen Hause vorzulegen. Ich werde selbstverständlich alle Fristen einhalten *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk)*, und wir werden dann in aller Ruhe die parlamentarischen Beratungen aufnehmen können. Ein Vorgriff auf das, was zum gleichen Zeitpunkt heute erst im zuständigen Expertenausschuß beraten wird, damit es dann in die Endredigierung kommt — und das Vorwort schreibe ich wirklich erst, wenn alles fertig ist, und nicht vorher *(Zwischenruf bei der ÖVP)* —, eine Diskussion darüber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht möglich.

Zur Atomenergie werden klare Aussagen in diesem Bericht enthalten sein. *(Abg. Dr. Blenk: ... statt jetzt herumzuschwätzen!)*

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Bergmann.

Abgeordneter Bergmann (ÖVP): Herr Minister! Ich verstehe nicht, daß Sie die an sich klare Formel, man ist grundsätzlich für die Atomenergie, aber gegen Zwentendorf, vor allem, wenn die Sicherheitsbedingungen nicht geklärt sind, so als nicht klare Linie darstellen. Denn es muß ja einem Bürger dieses Landes auch gestattet sein, für die FPÖ, aber gegen Steger zu sein, und trotzdem eine klare Linie zu haben. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Minister, ich möchte Sie ganz konkret im Zusammenhang mit Ihren Kompetenzen — und diesmal hundertprozentig Ihren Kompetenzen — fragen: Wenn heute in der Zeitung steht, daß in der Frage Zwentendorf heikle Geheimverhandlungen zwischen der SPÖ und der FPÖ stattfinden, dann heißt das doch, daß die Fragestellung oder Ihre Zielsetzung zumindest die ist, Zwentendorf in Betrieb zu nehmen.

Gehe ich richtig in der Annahme, daß Ihre Bestrebungen bei diesen Geheimverhandlungen sind, zu erreichen, daß die Bundesregierung im Parlament vorstellig wird, das Atomsperrgesetz aufzuheben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie so oft sind auch in dem Fall (*Abg. Heinzinger: Antworten und nicht urteilen wie ein kranker Oberlehrer!*) Ihre Annahmen nicht richtig, denn meine ablehnende Haltung zu Zwentendorf ist, wie Sie wissen, bekannt.

Ich darf Ihnen aber auch eines sagen, weil Sie etwas hereingezogen haben, bei dem ich gehofft habe, daß es nicht im Parlament zur Sprache kommt.

Selbstverständlich ist es möglich, für die Freiheitliche Partei zu sein, aber sich einen anderen Obmann zu wünschen. Unzulässig und der Tiefpunkt des demokratischen Zustandes ist aber, daß Sie erklärt haben, daß für einen Menschen wie mich in der Innenpolitik kein Platz sein sollte! Das ist ein Tiefpunkt der Innenpolitik gewesen, den ich schärfstens zurückweise! Und Sie haben von dem Themenkreis hier begonnen! (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk. — Ruf bei der SPÖ: Doch ein Vergifter!*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Heinzinger (ÖVP) an den Herrn Minister.

367/M

Wie ist das von Ihnen angekündigte Ergebnis der Prüfung der Privilegien der E-Wirtschaft?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich gefragt, wie das von mir angekündigte Ergebnis der Prüfung der Privilegien der E-Wirtschaft aussieht.

Ich darf Ihnen dazu mitteilen, daß die Prüfung sich selbstverständlich auf Gesellschaften des Verbundkonzerns beschränken muß, weil es nur dort die entsprechenden Möglichkeiten des Bundesministers gibt.

Die Eingriffsmöglichkeiten sind nur über die Organe möglich, wobei auf Grund des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes die Verbundgesellschaft dazu berufen ist, bei den Sondergesellschaften die treuhändige Verwaltung der Bundesbeteiligungen wahrzunehmen. Zusatzleistungen, oft vertraglich oder durch Betriebsvereinbarungen fixiert, sind daher, wenn überhaupt, nur langfristig änderbar.

Meine persönlichen Erhebungen basieren

auf der Rechnungshofkritik an der ÖDK, TKW, DOKW und den Vorarlberger Illwerken. Das Ergebnis — ich fasse es etwas gestrafft zusammen —:

Bei dem Verbundkonzern wurde den Beanstandungen des Rechnungshofes voll Rechnung getragen, und soweit rechtlich möglich wurde das bereits umgesetzt und wurden Änderungen durchgeführt.

Einschneidende Reduktionen ergaben sich bei den freiwilligen Sozialleistungen, besonders bei dem freiwilligen Pensionsfonds, und mit der Aufhebung der innerbetrieblichen Gehaltsautomatik für höhere Angestellte. Allein die Neuregelung der Pensionsleistungen wird in Zukunft eine Verminderung der freiwilligen Ruhebezüge um 21 Prozent zur Folge haben.

Bei der ÖDK besteht ab sofort kein Anspruch mehr auf Dienstwohnungen für den Vorstand.

Es gibt keine Gratis-Opernballkarten mehr.

Es gibt eine Kürzung der Zuschüsse für Studienfahrten, Urlaubsaktionen und der Fahrtkostenzuschüsse.

Und es gibt eine Neuregelung der Krankenzusatzversicherung, wobei jetzt verstärkt Dienstnehmer selbst Beiträge zu leisten haben.

Es gibt weiters eine Anrechnung der innerbetrieblichen Urlaube, die freiwillig vereinbart waren, auf die mittlerweile begonnene gesetzliche Urlaubsverlängerung, sodaß auch hier schrittweise eine Reduktion der zusätzlichen Urlaube erfolgt ist.

Es gibt einen Abbau des Bestandes an Werkswohnungen insgesamt,

und es gibt eine kritische Durchleuchtung des Unterstützungsfonds.

Ich werde jedenfalls auch in Hinkunft bereit sein, mit allem Nachdruck die Forderung zu unterstützen, daß Kritik des Rechnungshofes auch in diesem Bereich ernst genommen wird, ich glaube aber, den Nachweis antreten zu können, daß schon einige wesentliche Schritte in die Praxis umgesetzt wurden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Herr Minister, was die österreichische Bevölkerung im

Heinzinger

Zusammenhang mit Privilegien am meisten aufregt, ist, wenn politische Parteien durch ihre Einflußnahme Ämter und Posten beanspruchen. Sie sind ein besonderer Kritiker, und Ihre Partei hat sich immer dadurch zu profilieren versucht, daß sie diese Übung der beiden traditionellen Großparteien, die ja nicht gerade rühmlich ist, vehementest kritisiert hat.

Seitdem Sie in der Regierung, also an der Krippe sind, ist es offensichtlich Ihr Ehrgeiz, den Nachholbedarf aufzuholen.

Ich frage Sie daher konkret: Wie viele Posten haben Sie bisher schon durch Ihren politischen Einfluß für Ihre Partei an Land gezogen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Abgeordneter! Ich mache Sie gleich aufmerksam: Sie haben Ihre Frage vergessen. Ihre Frage lautet: „Wie ist das von Ihnen angekündigte Ergebnis der Prüfung der Privilegien der E-Wirtschaft?“ Und das haben Sie zu fragen.

Haben Sie eine weitere Frage?

Abgeordneter **Heinzinger:** Ich habe ja eine Frage gestellt.

Präsident: Die ist nicht zugelassen. *(Ruf bei der ÖVP: Die ist nicht zugelassen?)* Nein! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Lesen Sie die Geschäftsordnung und dann geben Sie zu Ihrer Grundfrage eine andere Frage! *(Ruf bei der ÖVP: Er stellt eine andere Frage!)* Bitte.

Abgeordneter **Heinzinger:** Herr Vizekanzler! Es handelt sich um die Privilegien der E-Wirtschaft. Ist es richtig, daß Sie im neuen Energiekonzept die Aufstockung der Konzernspitze des Verbundes vorschlagen, oder ist das eine jener Spielereien, die Sie in dem Konzept verborgen haben, um die Öffentlichkeit zu täuschen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es steht auch in dieser Frage noch gar nicht fest, was wirklich im Konzept stehen wird. Ich halte es aber für durchaus möglich, daß im Rahmen der Diskussionen jetzt der Eindruck entstanden ist, daß einiges enthalten ist, was am Schluß nicht drinnen sein wird, damit die Opposition ihre Angriffe in eine falsche Richtung setzt.

Ich darf Ihnen nur eines sagen: Es hat keinerlei Gespräche gegeben, daß aus Partei-

gründen in der Energiewirtschaft irgendein Direktor oder leitender Angestellter aus den freiheitlichen Reihen ernannt werden soll oder in Zukunft ernannt werden wird.

Ich habe mir aber zur Sicherheit eine Statistik geben lassen und dabei festgestellt, daß innerhalb der Energiewirtschaft die Volkspartei laufend und ständig viele Jahre hindurch, auch als sie nicht mehr Regierungspartei war, Verhandlungen gesucht hat, wie Mitglieder der Volkspartei Direktoren werden können. Ich habe auf Grund dieser Statistik festgestellt, daß fast zwei Drittel aller Direktoren in der Energiewirtschaft Angehörige der Volkspartei sind. *(Abg. Dr. Blenk: Saubermänner!)*

Es ist jedenfalls nicht ein Vollzug des demokratischen Selbstverständnisses, wenn Sie ständig auf die Privilegien in der Energiewirtschaft schimpfen, aber überwiegend Ihre Herren Direktoren in dieser Energiewirtschaft sind. Das werde ich nicht weiter vollziehen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schimmer.)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben in Ihren Ausführungen bereits anklingen lassen, daß in weiten Bereichen Privilegien in den Vorstandsetagen der EVUs abgebaut wurden. Die Frage, die Ihnen der Herr Abgeordnete Heinzinger gestellt hat, ist eine jener typischen Glashaussagen der Österreichischen Volkspartei. Wenn die Landeshauptleute der ÖVP sagen, sie hätten keine Möglichkeit, in den entsprechenden EVUs etwas zu tun, dann schlage ich vor, daß sie aus den Aufsichtsräten herausgehen. Das wäre ein Beitrag der Österreichischen Volkspartei zum Privilegienabbau. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Helga Wieser: Was hat das damit zu tun? — Abg. Brandstätter: Wo ist da die Frage?)*

Nun frage ich Sie, Herr Minister — der Abgeordnete Graff, der Atomhetzer der Nation, hat sich aus dem Saal gestohlen, offensichtlich will er den Neusiedler See für den Winter mit einem dritten Atomkraftwerk aufheizen —, wenn die Verbundgesellschaft Privilegien abgebaut hat, ob im Zusammenhang mit den Strompreiserhöhungen, die gefordert werden, Kalkulationsunterlagen vorgelegt wurden und ob die Privilegien Teil dieser Strompreiserhöhungen sind.

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, daß von seiten der Gewerkschaft Erklärungen vorliegen, daß sich Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Energiewirtschaft an das halten sollen, was sonst im Wirtschaftsbereich an Lohn erhöhungen üblich ist. Ich persönlich trete immer dort, wo ich als Eigentümerversorger tätig werde, dafür ein, daß es ein ähnlicher Rahmen ist, daß für die Energiewirtschaft die gleichen Bedingungen wie für alle anderen Wirtschaftsbereiche zu gelten haben. Aber Lohnabschlüsse werden nicht im Rahmen der Regierung beraten. Wir geben auch keine Lohnleitlinien vor. Hier hat die Gewerkschaft tätig zu werden, hier ist es der Interessenausgleich, der durch Eigentümer und Arbeitnehmer zu finden ist.

Bei allen Untersuchungen zum Energiepreis muß jedenfalls getrachtet werden, daß nicht unzumutbare Sondervorteile gegeben werden, denn das Verständnis der Bevölkerung, daß gleichzeitig der Stromtarif erhöht werden muß, ist sonst sicher nicht sehr groß.

Bei dem jetzt laufenden Vorprüfungsverfahren kann man noch keine Ergebnisse vorwegnehmen. Das wird erst in einigen Monaten beantwortet werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Veselsky.

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Vizekanzler! Sie haben uns erklärt, wie die Verhältnisse im Bereich des Verbundes, wo der Bund Einfluß besitzt, sind. Sie haben auch gesagt, daß zwei Drittel der Direktoren in der E-Wirtschaft der ÖVP nahestehen. (*Vizekanzler Dr. Steger:* Fast!) Das bezieht sich offenbar, worüber wir hier nicht reden können, auf die Landesgesellschaften.

Ich frage Sie nun, Herr Vizekanzler: Geben Sie sich damit zufrieden, sagen zu müssen, man könne dort seitens des Bundes keinen Einfluß ausüben, oder denken Sie daran, auch in diesem Bereich tätig zu werden, also das zu tun, was die Bevölkerung erwartet? (*Abg. Dr. Blenk:* Die Frage ist erlaubt, Herr Präsident?)

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin nach Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler gerne bereit, auch dort einzugreifen. Ich kann das nur nach jeweiligen Regierungsbeschlüssen machen, stehe aber dazu jederzeit zur Verfügung. (*Abg. Kraft:* Die Frage war erlaubt?)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frizberg.

Abgeordneter Dr. Frizberg (ÖVP): Werter Herr Vizekanzler! Sie haben wieder eine sehr schöne Erklärung für Bereiche abgegeben, für die Sie natürlich nicht zuständig sind. Es würde mich viel eher interessieren, ob Sie zu Bereichen, in denen Sie sehr wohl zuständig sind, eine Frage zu beantworten bereit sind.

Herr Vizekanzler! Wie viele Positionen sind in der Verbundgesellschaft beziehungsweise in der E-Wirtschaft im Zuge des Privilegienabbaus für freiheitliche Personen freigemacht worden? Wie viele freiheitliche Personen sind in solche Positionen nachgerückt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann Sie beruhigen: Es ist bisher kein einziger Freiheitsliebender dort als Dienstnehmer eingerückt. Aber Sie werden doch eines dem Minister nicht verwehren: Wenn ich ein Ministerbüro habe, so besetze ich das nicht mit Angehörigen der Volkspartei, denn meine eigenen Mitarbeiter bilden doch meinen unmittelbaren Stab. (*Abg. Brandstätter:* Wer hat Sie darum gefragt?) Ich habe gehört, Herr Abgeordneter Brandstätter, daß auch die Volkspartei in urgrauen Zeiten, als sie noch Minister stellte, ihre Büros nicht mit Angehörigen der Sozialistischen Partei und auch nicht mit Angehörigen meiner Partei besetzt hat. (*Abg. Brandstätter:* Darum hat Sie kein Mensch gefragt!)

Wenn in die Aufsichtsräte ein direkter Vertreter des Ministers nominiert wird, dann kommt es halt vor, daß mein persönlicher Energieberater und Energieexperte in den Aufsichtsrat als Vertretung des Eigentümers nominiert wird. Ich glaube jedenfalls nicht, daß Angehörige der Opposition die besten Eigentümerversorger im Sinne des Ministers sind. Das merke ich ja schon an Ihren Fragen hier! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ich darf Ihnen jedenfalls folgendes sagen: Die Doppelstrategie, daß Sie auf alles schimpfen, sei es in der verstaatlichten Industrie oder in der Energiepolitik, aber Ihre Herren politisch dort das Sagen haben, werde ich zu durchbrechen versuchen. (*Neuerlicher Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Blenk:* Polemisieren Sie nicht! Herr Präsident! Das sind Polemiken! Ungeheuerlich!)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7:

Präsident

Abgeordneter Köck (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

370/M

Welche bundesrechtlichen Vorschriften zur Lagerung und Abfüllung brennbarer Flüssigkeiten sind nach Ihrer Auffassung änderungsbedürftig?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich gefragt, welche bundesrechtlichen Vorschriften zur Lagerung und Abfüllung brennbarer Flüssigkeiten meiner Auffassung nach änderungsbedürftig sind.

Die bestehenden Rechtsvorschriften — da gebe ich schon dem Tenor Ihrer Frage recht — sind dringend änderungsbedürftig. Sie werden nämlich den Anforderungen unserer Wirtschaft heute nicht mehr gerecht. Es fehlen zum Beispiel ausreichende Bestimmungen für Lagerbehälter aus nichtmetallischen Werkstoffen. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und das Bundesministerium für soziale Verwaltung haben daher den Entwurf einer neuen Verordnung über die Lagerung und Abfüllung brennbarer Flüssigkeiten ausgearbeitet und dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Köck: Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sie haben in Ihrer Fragebeantwortung zum Ausdruck gebracht, daß Sie die Änderung der bundesrechtlichen Vorschriften für die Lagerung und Abfüllung brennbarer Flüssigkeiten für notwendig erachten.

Ich frage Sie: Bis zu welchem Zeitpunkt, glauben Sie, werden derartige Vorschriften, Verordnungen oder ähnliches durchgeführt sein?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Um allen Schutzinteressen gerecht zu werden, ist es sehr, sehr schwierig, all diese widerstreitenden Interessen in ein einheitliches Gesetz oder in mehrere Gesetze entsprechend einzubringen. Das äußerst umfangreiche Begutachtungsverfahren hat sehr viele ganz verschiedenartige Anregungen gebracht, wobei Interessenkollisionen sehr häufig vorhanden sind.

Es wurde deshalb jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen,

ob es nach dem Fortgang der Beratungen bereits im kommenden Jahr möglich sein wird, die Verordnung auch wirklich zu erlassen. Es geht vor allem darum, daß nach den Anregungen im Begutachtungsverfahren auch eine Fülle von anderen Gesetzen zu ändern ist. Ich kann daher dem nicht vorgreifen. Es wäre aber wünschenswert, wenn wir rasch zu einem Abschluß kommen würden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter Kraft (ÖVP): Herr Vizekanzler! So wichtig entsprechende Vorschriften sind, sie nützen wahrscheinlich zuwenig, wenn die entsprechenden Lagerstätten beziehungsweise Entsorgungsbetriebe nicht vorhanden sind. Asten wird ja angeblich nicht gebaut; mit Ihrer Zustimmung, nehme ich an. Wie wichtig das wäre, wissen wir alle.

Es gibt in Österreich auch keine Statistik über das Gefahrgutaustragen, während das in anderen Ländern sehr wohl der Fall ist. Wir wissen meist erst durch Berichte über Unfälle, welche rollenden Bomben durch unser Land fahren, welche gefährlichen Stoffe durch Tankzüge bei uns transportiert werden.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Rechtslage für die Behandlung gefährlicher Güter viel, viel besser. Sie wissen, es gibt einen eigenen Beirat in der Bundesregierung.

Sie sind ja immerhin der Vizekanzler der sozialistischen Koalitionsregierung. Könnten Sie sich vorstellen, daß auch bei uns ein Beirat für die Behandlung gefährlicher Güter eingerichtet wird, vielleicht in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium und dem Innenministerium, könnten Sie sich vorstellen, daß auch hier eine qualitativ ähnliche Rechtslage wie in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich scheint das durchaus diskussionswürdig, was Sie hier vorschlagen. Ich möchte aber nur darauf verweisen, daß bei der konkreten Festsetzung von Lagerplätzen die Zuständigkeit der Landesregierungen beziehungsweise des Landeshauptmannes vorhanden ist. Bei dem von Ihnen genannten Lagerplatz wurde ich überhaupt nicht mit dieser Fragestellung befaßt. Es ist hier der Landeshauptmann Ratzenböck, der sich bisher noch nicht entscheiden konnte, welche Lagermöglichkeit er selbst am richtigsten findet.

Vizekanzler Dr. Steger

Ich gebe Ihnen aber recht, es sollte das alles in Ruhe weiter erörtert werden. Ich könnte mir auch vorstellen, daß über eine solche Beiratsdiskussion sehr intensiv weiter diskutiert wird.

Es gibt vor allem die Schwierigkeiten bei der Lagerung in Gebäuden im verbauten Gebiet, bei den Bestimmungen über den Lagerhof und auch bei den sogenannten Geistertankstellen. Wir müssen jetzt zunächst einmal die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe abwarten, dann kann auch Derartiges, wie von Ihnen angeregt, weiter besprochen werden.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter Haigermoser (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Der Kollege Kraft, glaube ich, sollte sich besser bei seinem Landeshauptmann Ratzenböck zum Thema Asten einsetzen. Offensichtlich heißt der Herr Kraft nur so und ist weniger kraftvoll.

Nun darf ich Sie fragen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — aufpassen, Herr Kollege! —, Herr Vizekanzler: Welche besonderen Schwierigkeiten sind bei den Vorarbeiten für die Lagerung noch zu überwinden?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt umfangreiche Schwierigkeiten. Ich habe schon versucht, ein bißchen darauf einzugehen.

Ich darf noch einmal sagen: Es ist vor allem die Frage der Lagerung in Gebäuden im dichtverbauten Gebiet. Das scheint überhaupt die größte Schwierigkeit, weil hier mit Recht schrittweise auch ein sehr starker Widerstand der Bevölkerung entstanden ist.

Es gibt aber auch das Problem der Lagerhöfe und es gibt auch das Problem der Geistertankstellen, wo man mit Schlüssel-, Münz- oder Kreditkartentankstellen neue Möglichkeiten aufgebaut hat.

All das muß in Ruhe erörtert werden, dann erst kann abschließend dazu Stellung genommen werden.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Respektvoll begrüße ich den im Hause erschienenen Herrn Bundespräsidenten. (*Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen*

und begrüßen den Bundespräsidenten mit lebhaftem Beifall.)

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage (964/J) der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend Kurswechsel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler durch eine große Steuerreform dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch.

Es ist mir ein Schreiben der drei Klubobmänner zugegangen, in dem sie mich ersuchten, nach Erledigung der Tagesordnung die Sitzung zu unterbrechen und um 15 Uhr wieder aufzunehmen. Die Sitzung wird daher nach Erledigung der Tagesordnung erst um 15 Uhr fortgesetzt.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 879/AB bis 881/AB eingelangt sind.

Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 110/A der Abgeordneten Steinbauer und Genossen betreffend Verzicht auf die arabische Finanzierung des Konferenzentrums zu.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (400 und Zu 400 der Beilagen) eingelangt ist.

Antrag gemäß § 69 Abs. 3 GO**Beschluß auf erste Lesung**

Präsident: Ich lasse sogleich über den von den Abgeordneten Wille, Dr. Mock und Peter gemäß § 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung gestellten Antrag, diese Regierungsvorlage in erste Lesung zu nehmen, abstimmen.

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt:

Erklärung des Herrn Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985.

Ich erteile dem Herrn Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky das Wort.

11.10

Bundesminister für Finanzen Dr. **Vranitzky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Respekt vor dem Hohen Haus und vor den Bestimmungen der Bundesverfassung gebietet mir, vor der Budgetrede eine Erklärung abzugeben:

Ich bedaure zutiefst, daß in heute erschienenen Presseorganen bereits Budgetdaten publiziert werden. Ich habe eine strenge Untersuchung angeordnet, um zu klären, wie das zustande gekommen ist.

Herr Präsident! Hohes Haus! In der Rezession war es Sache der Budgetpolitik, die Wirtschaft zu stützen. Der Wirtschaftsaufschwung gebietet es nun, die Konsolidierungspolitik zu verstärken.

Noch vor einem Jahr wurden die Wirtschaftsaussichten Österreichs für das Jahr 1984 viel vorsichtiger beurteilt als heute. Das reale Wirtschaftswachstum wurde mit 0,5 Prozent prognostiziert. Tatsächlich werden wir 2,5 Prozent erreichen.

Das Wachstum der Investitionen wurde mit real 0,7 Prozent angenommen. Nach Ablauf der ersten neun Monate des Jahres sagen die Experten einen Wert von 3,7 Prozent voraus.

Als Arbeitslosenrate wurden 5,5 Prozent erwartet. Tatsächlich wird sie, auf das Jahr berechnet, 4,6 Prozent betragen.

Ähnliche Verbesserungen lassen sich in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in der für Österreich so wichtigen Exportwirtschaft, feststellen.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung waren also ganz offensichtlich erfolgreich. Ich stehe aber nicht an, in einer dem Anspruch nach Objektivität genügenden Beurteilung auch auf die Entwicklung jener Volkswirtschaften hinzuweisen, die maßgeblich die Richtung und das Tempo der internationalen Konjunkturentwicklung prägen.

In den USA fällt das diesjährige Wirtschaftswachstum — mit einer Rate von real 7 Prozent — stärker aus, als noch Ende 1983 angenommen worden war. 1985 muß allerdings mit einer Halbierung dieses Wertes gerechnet werden.

Einer zufriedenstellenden Investitionsnachfrage, einer zumindest im Jahresdurchschnitt sinkenden Arbeitslosenrate und einer geringen Inflationsrate stehen in den USA das weiterhin hohe Zinsniveau, das gestiegene Leistungsbilanzdefizit sowie das vielfach als zu hoch empfundene Budgetdefizit gegenüber.

Die kräftige Erholung der amerikanischen Konjunktur hat zu den Exporterfolgen der europäischen Industrieländer, nicht zuletzt Österreichs, beigetragen.

Eine weitere wirtschaftliche Großmacht — Japan — wird heuer real um 5 Prozent wachsen und auch im nächsten Jahr vermutlich nur einen leichten Rückgang der Wachstumsrate hinnehmen müssen.

Der dritte wichtige Auslandsmarkt — und der ist für Österreich von besonderem Interesse — ist die Bundesrepublik Deutschland, in der man für das Jahr 1984 mit einem realen Wachstum von 2,5 Prozent rechnet. Das ist eine Entwicklung, die im Gleichklang mit jener Österreichs steht. Während für 1985 allerdings ein Wert prognostiziert wird, der unter dem des Jahres 1984 liegt, kann Österreich noch eine leichte Wachstumsbeschleunigung auf real 3 Prozent in Ansatz bringen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die außereuropäischen OECD-Staaten auch 1985 eine höhere Wachstumsdynamik als die europäischen Industriestaaten aufweisen werden.

Das europäische Wirtschaftswachstum wird somit aller Voraussicht nach nicht ausreichen, ein neuerliches Ansteigen der Arbeitslosenraten zu verhindern. Der im laufenden Jahr fortschreitende Inflationsabbau dürfte 1985 infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs zum Stillstand kommen.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Die an sich gebesserte Lage der Weltwirtschaft ist leider nicht dazu geeignet, ein vorbehaltlos optimistisches Bild zu zeichnen. Die internationale Schuldenkrise ist nur einer der Bereiche, aus dem Unsicherheitsfaktoren resultieren können. Die Nachhaltigkeit des konjunkturellen Aufschwungs ist aber auch aus anderen Gründen vorerst nicht abgesichert.

Die wirtschaftlichen Aussichten Österreichs sind dennoch positiv zu beurteilen. Im Gegensatz zu vielen anderen Industriestaaten können wir für 1985 mit einem neuerlichen Anstieg des realen Wachstums unserer Volkswirtschaft rechnen.

Obwohl sich in Europa eine Tendenz weiter ansteigender Arbeitslosigkeit zeigt, sollte es uns gelingen, die Arbeitslosenrate im Jahr 1985 von 4,6 Prozent auf 4,4 Prozent abzusenken.

Im Außenhandel werden für 1985 reale Steigerungen von 7,0 Prozent bei den Warenexporten und von 5,5 Prozent bei den Importen erwartet.

Die Wirtschaftsforscher prognostizieren für 1985 eine annähernd ausgeglichene Leistungsbilanz.

Im Rahmen einer Einschätzung der Jahre 1984 und 1985 ist besonders erwähnenswert, daß sich auch die Investitionsgüternachfrage erfreulich entwickelt. Nach real 3,7 Prozent im Jahr 1984 wird für 1985 mit 4,2 Prozent eine noch bessere Marke vorhergesagt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Inflationsrate, die heuer zum Jahresende bei etwa 5,5 Prozent liegen wird, sollte sich im kommenden Jahr auf 4 bis 4,5 Prozent reduzieren lassen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Das sind ja lauter Absichtserklärungen!)*

Die Unsicherheiten der österreichischen Wachstumsprognose für 1985 liegen vor allem im Bereich der internationalen Konjunktur. Wenn sich die Weltwirtschaft stärker abschwächen sollte als erwartet, dann ließen damit auch die vom Export auf die inländische Wirtschaft ausgehenden Impulse nach: Die Beschäftigung und die Masseneinkommen würden sich ungünstiger entwickeln und der private Konsum nicht im prognostizierten Ausmaß wachsen.

Hohes Haus! Die österreichische Wirtschaft

ist durch ein enges Zusammenwirken von privatem und öffentlichem Sektor geprägt.

Die Finanzpolitik muß — ausgehend von dieser wirtschaftlichen Besonderheit — darauf abzielen, die Leistungskraft im privaten wie auch im öffentlichen Sektor zu stärken.

Diese Bundesregierung bekennt sich zu Leistung und Arbeit, hat doch die Tradition der Sozialdemokratie wie die der Liberalen der Leistung stets einen wichtigen Stellenwert eingeräumt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Haben die einen mehr die Leistungen des Individuums für die Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt, so haben die anderen die Leistung des einzelnen in der Gesellschaft betont.

Wenn auch immer wieder vom wachstumsfeindlichen Übermaß des Staatseinflusses gesprochen wird — ich nehme dieses Thema durchaus ernst —, so bekennen wir uns doch zu den Prinzipien der Gemeinschaft und der Solidarität in unserer Gesellschaft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Was bedeutet das für die staatliche Finanzpolitik? Zum einen ist staatliches Handeln — so zurückhaltend es konzipiert sein mag — allein durch das Volumen der durch die öffentliche Hand geleiteten und ausgelösten Zahlungsströme für alle anderen Wirtschaftssektoren eine entscheidende Größe.

Zum zweiten aber gibt es gar kein „neutrales“ Wirken des Staates. Jedes Budget trifft Auswahl, fördert und schafft Einkommenschancen. Budgetpolitik ist nie neutral.

Wer von dieser Erkenntnis ausgeht, sieht nicht nur die große Verantwortung, die der Politik bei der Erstellung eines Bundesvoranschlages zukommt, sondern auch die der Regierung auferlegte Pflicht zur gestaltenden Budgetpolitik.

Der Staat hat eine Vielzahl von Aufgaben, ordnungspolitische und ablaufpolitische. Die öffentliche Hand hat dabei darauf zu achten, daß sie Eigeninitiative nicht erschwert, sondern Leitlinien schafft, die die individuelle Leistungsbereitschaft nicht in Partikularismus verlaufen lassen, sondern letztendlich zum Wohl der Gemeinschaft bündeln.

Für uns folgt daraus das Prinzip der wechselseitigen Stärkung privater und öffentlicher Kräfte.

Der Beitrag der Sozialpartner zur wirt-

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

schaftlichen Entwicklung unseres Landes sei an dieser Stelle einmal mehr hervorgehoben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Beispiele anderer Nationen lehren uns, daß in unserem Land unter allen Umständen eine Konfrontation der gesellschaftlichen Gruppen vermieden werden muß.

Die Budgetpolitik soll in Abstimmung mit dem sonstigen wirtschaftspolitischen Instrumentarium durch stetige Veränderungen und nicht durch abrupte Schritte geprägt sein. Dies auch, um den Staatsbürgern und den Betrieben Berechenbarkeit staatlichen Handelns zu sichern.

Regierungen, die ihre wirtschaftspolitischen Konzepte ohne soziale Bedenken umsetzen, riskieren schwere Arbeitskonflikte. Dies führt nicht nur zu Armut, familiärem Elend und unwürdigem Dasein. Es soll sich doch niemand der Illusion hingeben, daß die Zerstörung der ökonomischen Basis nicht letztlich auch zur Gefährdung des gesellschaftlichen Gewebes führt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Der Bundesvoranschlag 1985 ist nach folgenden Grundsätzen erstellt:

Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik und Fortsetzung der strukturellen Verbesserung der österreichischen Wirtschaftssubstanz zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus,

Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft,

Sicherung des sozialen Ausgleichs und

Erhaltung der wirtschaftspolitischen Flexibilität.

Wirtschaftspolitische Flexibilität bedeutet, daß der Staat nicht nur über das Instrumentarium verfügt, sondern daß die Hebel der Wirtschaftspolitik gerade dann einsatzbereit sind, wenn sie benötigt werden.

In Österreich wird konsequente Währungspolitik und verantwortungsvolle Lohnpolitik betrieben. Die Geldpolitik kann daher zur Erhaltung der außenwirtschaftlichen Stabilität eingesetzt werden. Damit bleibt Österreich der Einsatz des monetären „Werkzeugs“ als Inflationsbrecher weitgehend erspart.

Die Fiskalpolitik hingegen setzt strukturpolitische Akzente. Sie schafft ebenso selektive Anreize, wie sie hemmende Belastungen aus-

gleicht. All dies dient letztlich der Erweiterung des Expansionsspielraums der österreichischen Wirtschaft.

Die Budgetpolitik setzt weiter auf den Kurs der Konsolidierung. Budgetkonsolidierung ist zuallererst Sicherung des effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel. Budgetkonsolidierung ist weder ein modisches Schlagwort, noch kann dieser Forderung durch Paukenschläge entsprochen werden.

Die Verringerung von Budgetabgängen darf jedoch niemals zum Selbstzweck werden, wie es ökonomische Doktrinäer ohne Rücksicht auf den einzelnen Bürger so gerne vertreten.

Das Maß der öffentlichen Finanzgebarung darf nicht bloß der Saldo von Einnahmen und Ausgaben sein.

In der jeweiligen wirtschaftlichen Lage ist stets die Zusammensetzung der budgetären Aggregate zu betrachten. Alle diese Faktoren bestimmen, ob der Bundeshaushalt den gesamtwirtschaftlichen und den gesellschaftspolitischen Anforderungen entspricht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1985 konnte die Manövrierbarkeit des Bundeshaushalts neuerlich verbessert werden. Mittelfristig ist es unser Ziel, den Ausgabenüberhang in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Leistung weiter zu reduzieren. Dabei dürfen nicht zu optimistische Erwartungen in eine rasche Anpassung der Einnahmen- und Ausgabenstrukturen gesetzt werden, weil es sich ja nicht bloß um Zahlungsvorgänge handelt, sondern um die finanzielle Absicherung von unter Umständen schon seit langem existierenden Systemen.

Unsere Staatsverschuldung ist international vergleichsweise niedrig.

Dennoch sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. Ein rasch zunehmender Schuldendienst engt die konjunktur- und strukturpolitische Einsetzbarkeit des Budgets ein.

2. Die Staatsschuld darf jenes Maß nicht überschreiten, das im Urteil der internationalen Finanzwelt der Stärke unserer Wirtschaft angemessen erscheint.

Außerdem ist darauf zu achten, daß die Inanspruchnahme der Finanzmärkte durch die öffentliche Hand private Initiativen nicht beeinträchtigt.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zielsetzung für die Erstellung des Bundesvoranschlages 1985 lauten:

1. Das Wachstum der Ausgaben ist unter der Steigerung des nominellen Bruttoinlandsprodukts zu halten.

2. Das Bruttodefizit des Vorjahres soll auch 1985 nicht überschritten, das Nettodefizit sogar gesenkt werden.

3. Trotz abnehmender Ergiebigkeit bestehender Steuern werden keine neue Steuern eingeführt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Lassen Sie mich auf das Budget 1984 zurückkommen. Bereits bei der Erstellung des Voranschlages 1984 wurden Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gesetzt. Der bisherige Budgetvollzug zeigt, daß das Ergebnis 1984 insgesamt gesehen sogar noch etwas günstiger ausfallen wird als der Voranschlag.

Der Bruttoabgang dürfte 1984 94,5 Milliarden Schilling, der Nettoabgang etwa 61,5 Milliarden Schilling betragen. Der Nettogebarungsabgang in Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird damit von den ursprünglich erwarteten 4,9 Prozent auf 4,75 Prozent absinken.

Hohes Haus! Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1985 weist Gesamtausgaben von 462,9 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 368,7 Milliarden Schilling auf, sodaß das Bruttodefizit 94,2 Milliarden Schilling beträgt.

Nach Abzug der Finanzschuldtilgungen in Höhe von 33,8 Milliarden Schilling wird sich das Nettodefizit auf 60,4 Milliarden Schilling belaufen.

Von den Gesamtausgaben entfällt 1985 ein knappes Viertel oder 117,2 Milliarden Schilling auf den Personalaufwand, dessen Anteil seit Jahren tendenziell zurückgeht. 345,7 Milliarden Schilling sind im Budget des kommenden Jahres als Sachaufwand vorgesehen.

Die Ausgabenansätze des Bundesvoranschlages 1985 weisen gegenüber dem voraussichtlichen Gebarungsabgang des Jahres 1984 eine Steigerung um 5,2 Prozent auf und werden damit beträchtlich unter der voraussichtlichen nominellen Zuwachsrate des Sozialprodukts von 7 Prozent liegen. Das für 1985 geschätzte Wachstum der Einnahmen beträgt 6,7 Prozent.

Die stabilitätspolitisch relevante Meßzahl „Nettodefizit in Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ wird sich 1985 neuerlich vermindern, und zwar von 4,75 auf voraussichtlich 4,4 Prozent. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Für das Jahr 1985 werden für die öffentlichen Abgaben Bruttoeinnahmen von 335,7 Milliarden Schilling und Nettoeinnahmen von 206,9 Milliarden Schilling veranschlagt. Dabei sind Zuwächse aufgrund der verstärkten Wirtschaftsaktivität ebenso berücksichtigt wie Auswirkungen der bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen.

Neue Steuern werden nicht eingeführt, die bestehenden Steuern nicht erhöht. Steuererleichterungen sind für 1985 unter anderem bei der Gewerbesteuer, beim Verlustvortrag und im Zusammenhang mit Umweltschutzinvestitionen vorgesehen.

Eine Steuer wird sogar deutlich gesenkt: Die Zinsertragsteuer wird von 7,5 Prozent auf 5 Prozent, also um ein Drittel, herabgesetzt, und zwar gleichermaßen für Einlagen und Wertpapiere. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die im Verlauf des Jahres 1984 eingetretene Verflechtung des österreichischen Kapitalmarktgeschehens hat mehrere Ursachen. Mit der Herabsetzung der Zinsertragsteuer ist ein gewisses Signal gesetzt worden. Es wird darüber hinaus aber in Zusammenarbeit mit der österreichischen Geldwirtschaft notwendig sein, durch intensive Betreuung diesen wichtigen Markt wieder zu mehr Aktivität zu führen.

Bei den Einnahmen der Bundesbetriebe, insbesondere bei Bahn und Post, sind nur geringfügige Zuwächse zu erwarten.

Von den Bruttoeinnahmen aus öffentlichen Abgaben in Höhe von 335,7 Milliarden Schilling werden aufgrund des neuen Finanzausgleiches 128,8 Milliarden Schilling oder rund 38 Prozent an Länder, Gemeinden, Fonds und an andere Körperschaften des öffentlichen Rechts überwiesen werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Obwohl Länder und Gemeinden bei Eröffnung der Verhandlungen über den Finanzausgleich ein Forderungsprogramm im Umfang von jährlich rund 8 Milliarden Schilling auf den Tisch gelegt hatten und zunächst ein erfolgreicher Abschluß nur unter beträchtlichen Opfern des Bundes möglich schien, konnte verhältnismäßig rasch ein für alle Seiten befriedigendes

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Ergebnis erzielt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bund hat seine Bereitschaft zur Unterstützung der Gemeinden in die Tat umgesetzt, weil der Gemeinde bei der Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums der in unserem Land lebenden Menschen eine Vielzahl von Aufgaben erwächst.

Zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern wurde vor wenigen Tagen Einvernehmen über die Grundzüge der künftigen Krankenanstaltenfinanzierung erzielt. Hier wird ein neuer Schritt in Richtung Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Sektor gesetzt: Vom bisherigen, überwiegend an Verlustabdeckung orientierten System wird auf ein leistungsorientiertes Zuschußsystem übergegangen. Damit soll die Wirtschaftlichkeit der österreichischen Krankenanstalten wesentlich gesteigert werden.

Es ist bekannt, daß es zur Neugestaltung des Steuersystems eine Vielzahl von Vorschlägen und Forderungen gibt. Die bisher vorgelegten Konzepte haben fast ausnahmslos einen nicht ohne weiteres akzeptablen gemeinsamen Nenner: Sie würden zu einem Steuerausfall führen und damit die allseits beklagte Tarifaushöhlung noch verstärken und das Defizit erhöhen.

In der nächsten Zeit geht es daher vor allem darum, eine Bestandsaufnahme aller Ideen und Vorstellungen durchzuführen. Die Stoßrichtung wird hierbei nicht prioritär eine Veränderung des Steueraufkommens sein, sondern vorrangig in Richtung administrativer Vereinfachung liegen.

Kalkulierbarkeit und Überschaubarkeit erfordern nicht nur legistische Maßnahmen, sondern stellen auch Ansprüche an die Vollziehung.

Überschaubarkeit bedeutet Bürgerfreundlichkeit.

Das ist konkret

Verwaltungsvereinfachung,

umfassende Information,

leichter Zugang zum Recht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Bevor ich zu den einzelnen Kapiteln des Bundesvoranschlags 1985 Stellung nehme, möchte ich den Mitgliedern der

Bundesregierung für ihr Verständnis, das sie den Belangen des Gesamthaushaltes entgegengebracht haben, danken. Dank gilt auch all jenen Beamten, die bei der Erstellung des Bundesvoranschlags — dies auch schon unter der Ägide meines Amtsvorgängers — so gute Arbeit geleistet haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich erlaube mir, mich nunmehr der Ausgabe Seite zuzuwenden.

Wie ich schon erwähnt habe, entfällt rund ein Viertel des Ausgabenvoranschlags auf den Personalaufwand. Das sind 117,2 Milliarden Schilling.

Der Stellenplan 1985 umfaßt etwas über 290 000 Bundesbedienstete. Eine Planstellenerhöhung um 0,4 Prozent oder rund 1 200 Mitarbeiter ergibt sich vor allem aufgrund von Maßnahmen im Unterrichts- und Wissenschaftsbereich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß großen Teilen des Personalaufwandes investitionsähnlicher Charakter zukommt. Mit Recht kann man bei Bildung, Forschung, Gesundheit und Umweltschutz von „Human Capital“ sprechen.

In den letzten 10 Jahren kam es darüber hinaus zu einer Betonung der sicherheitspolitischen Anliegen. In diesen Bereichen sind Leistung und Personaleinsatz besonders eng miteinander verknüpft. Demgegenüber gelang es, die Zahl der Bediensteten in der allgemeinen Verwaltung trotz steigender Anforderungen an den Staat deutlich zu senken. Damit ist der Beweis gelungen, daß effiziente Verwaltung keine leere Worthülse ist. Nicht zuletzt die Finanzverwaltung hat im Bereich der Verwaltungsreform Pionierarbeit geleistet und sich mit Engagement und Sachkenntnis der Hilfsmittel der elektronischen Datenverarbeitung bedient.

Hohes Haus! Lassen Sie mich nunmehr zu den einzelnen Kapiteln des Bundesvoranschlags 1985 Stellung nehmen.

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Gesundheitspolitik, die sich nicht nur auf die Heilung von Krankheiten beschränkt, sondern auch danach trachtet, den Lebensraum der Menschen gesundheitsgerecht zu gestalten und somit vorbeugend zu wirken.

Ebenso ist die langfristige Sicherung der Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Krankenhausleistungen hohen Standards erklärtes Anliegen.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Für die Vorhaben auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden 1985 rund 2,6 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Zur Unterstützung einer gesundheitsbewußten Lebensführung der österreichischen Bevölkerung werden auch weiterhin Informationskampagnen durchgeführt. Nicht minder wichtig erscheint im Hinblick auf die Sicherheit unserer Arzneimittel der Ausbau und die Modernisierung jener Untersuchungsanstalten des Bundes, die mit Aufgaben im Rahmen der Vollziehung des neuen Arzneimittelgesetzes befaßt sind.

Der Umweltschutz ist zentrales Thema der gesellschaftlichen Diskussion.

Wenn auch der Begriff „Umweltschutz“ mit Bewahren oder Sichern assoziiert wird, so hat die tatsächliche Aufgabenstellung das bloße Fernhalten von Schaden bereits weit überholt. Geboten ist eine offensive Politik, die neben Wiederherstellen auch Vorbeugen im Auge haben muß. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Nur eine Politik, die der Natur eine Chance gibt, wird letztlich in der Lage sein, auch den Menschen eine Chance zu geben.

Folgende Aspekte sind zu beachten:

1. Die Relevanz der Umwelt wirft in vielen Bereichen die Problematik auf, daß dem einzelnen richtig oder nützlich erscheinendes Verhalten für die Gemeinschaft schädlich wirkt.

2. Es geht vielfach nicht mehr bloß um herkömmlichen Schutz der Umwelt, wie von Luft oder Wasser, sondern um immaterielle Begriffe, wie Wohlbefinden, Lebensqualität und Vertrauen auf eine lebenswerte Zukunft.

3. Umweltschutz kann nicht allein durch Einsatz der staatlichen Autorität erreicht werden, sondern muß auch in der Wertskala jedes einzelnen verankert sein.

Somit gilt es festzuhalten, daß die Umweltrelevanz im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Entscheidung in verstärktem Maße nicht als Korrektur volks- oder betriebswirtschaftlicher Überlegungen betrachtet werden darf, sondern integrierender Bestandteil der Kalkulation sein muß, wie andere Kostenfaktoren auch.

Umweltpolitik muß sich mehrerer Instrumente bedienen:

gesetzlicher Regelungen, wie sie zum Teil bereits geschaffen wurden,

bewußtseinsbildender Maßnahmen,

finanzieller Anreize.

In diesem Sinn werden die für den Umweltfonds vorgesehenen Mittel im Jahr 1985 verdoppelt und somit 1 Milliarde Schilling betragen. Durch die bisherige Tätigkeit des Fonds konnte bereits ein umweltbezogenes Investitionsvolumen von 1 Milliarde Schilling stimuliert werden. Damit wird es zum Beispiel gelingen, die Qualität der Luft in großen Ballungszentren zu verbessern. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Umweltschutz und wirtschaftliche Effizienz müssen selbst in betriebswirtschaftlicher Hinsicht nicht miteinander im Konflikt stehen. Es gibt viele Beispiele dafür, daß mit Investitionen, die zunächst der Verminderung der Umweltbelastung dienen, letztlich die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens gestärkt wird. So hat ein großes österreichisches Chemieunternehmen eine Anlage zur Reinigung seiner industriellen Abwässer installiert.

Aus dem Reinigungsprozeß gelang es, zwei wertvolle Chemikalien zu gewinnen, deren Erlös die Anlage innerhalb von knapp vier Jahren amortisiert. Das Beispiel dieses Unternehmens belegt nicht nur die Verträglichkeit von Umwelt und Wirtschaft, sondern zeigt darüber hinaus, welche hohe technische Herausforderung umweltbezogene Vorhaben vielfach mit sich bringen.

Umweltschutz ist nicht Luxus einer Wohlstandsgesellschaft, sondern Überlebensfrage einer Industrienation. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung mißt der Förderung und finanziellen Entlastung der Familie große Bedeutung bei. Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz verfügt mit dem Familienlastenausgleichsfonds allein im Jahr 1985 über ein Budget von 36 Milliarden Schilling. In finanzieller Hinsicht ist die Erhöhung der Familienbeihilfe ab 1. Jänner 1985 um 100 S monatlich für jedes Kind hervorzuheben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Die Bedeutung der familienpolitischen Instrumente mag daraus ersehen werden, daß allein durch Schülerfreifahrten das Jahresbudget einer Familie um rund 3 200 S je Schüler entlastet wird.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Zum Thema Soziales.

Diese Bundesregierung ist von der Verantwortung der Gemeinschaft für den einzelnen überzeugt. Wir setzen daher Maßnahmen, das soziale Gefüge unseres Staates zu festigen.

Die Sozialversicherung wurde als öffentliche Einrichtung geschaffen, um jedem einzelnen in einem bestimmten Maß wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten. Dieses Prinzip steht auch in aller Zukunft außer Zweifel — ein deutlicher Gegensatz zu Staaten, die nicht davor zurückschrecken, soziale Einrichtungen zu demontieren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Mit Recht steht die Beschäftigungspolitik weiterhin im Mittelpunkt.

Beschäftigungspolitik ist nicht das Festhalten an veralteten Strukturen. Sie ermöglicht und erfordert vielmehr den Strukturwandel; sie ist jene Politik, die es öffentlichen wie privaten Unternehmungen erlaubt, ihr Leistungsangebot an sich ändernde Marktbedingungen anzupassen.

Wir werden weiterhin bereit sein, Betriebe zu unterstützen, gleich ob sie sich in privatem oder öffentlichem Eigentum befinden, soweit wir damit mittel- und längerfristig selbsttragende Arbeitsplätze sichern und letztendlich neue Beschäftigungsmöglichkeiten begründen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

In den Jahren 1980 bis 1984 stiegen die Ausgaben der Arbeitsmarktverwaltung von 7,5 Milliarden Schilling auf 18 Milliarden Schilling. Der Großteil dieser Erhöhung ergab sich im Bereich der Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen 1984 ein Volumen von 13,5 Milliarden Schilling erreichen.

Die Förderausgaben der Arbeitsmarktverwaltung erfahren im Bundesvoranschlag 1985 eine überproportionale Ausweitung gegenüber dem Ansatz des Jahres 1984. 1985 sind für diesen Zweck 2,8 Milliarden Schilling vorgesehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Bei der Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten wird in besonderer Weise den Problemen der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen Rechnung getragen. Mit dem Beschäftigungsprogramm „Aktion 8000“ wird auch 1985 versucht, durch Einstellungsbeihilfen den Eintritt in eine Beschäftigung zu erleichtern. Für junge Menschen sind zusätzlich die Lehrstellenförderung sowie spezielle Maßnahmen für die

Altersgruppe der 19- bis 25jährigen hervorzuheben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Pensionsreform 1984 ist in Angriff genommen worden, um das Leistungsrecht in seiner Substanz zu erhalten. Eine Reform ist deshalb notwendig, weil ohne die 40. Novelle zum ASVG das Anwachsen der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung zu einer zu starken Belastung des Bundeshaushaltes geführt hätte.

Bereits im Jahr 1984 wird der Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung über 33,3 Milliarden Schilling betragen. Bei unveränderter Rechtslage wäre im Jahr 1990 unter Berücksichtigung vorliegender Prognosen ein Bundesbeitrag von 71 Milliarden Schilling zu finanzieren gewesen. Die Reform erfolgt im Sinne des Grundsatzes der sozialen Symmetrie:

Die Aktiven werden durch einen erhöhten Beitragssatz zu einer besseren Eigenfinanzierung der Pensionsversicherung beitragen, die bestehenden Pensionen bleiben unverändert, werden jedoch ab 1986 etwas weniger stark steigen. Eine Reihe von weiteren Veränderungen, wie die Verlängerung der Bemessungszeit von fünf auf zehn Jahre, werden die Reform abrunden. Für das Jahr 1985 wird eine weitere Budgetentlastung durch Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherung in einer Größenordnung von rund 800 Millionen Schilling erzielt werden können.

Das Maßnahmenbündel ist nicht nur geeignet, die Vorbildlichkeit des österreichischen Pensionsrechts zu erhalten, sondern wird auch die innere Gerechtigkeit des Leistungssystems erhöhen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Unseren Kindern Wissen, Einsicht und Verantwortungsgefühl zu vermitteln, heißt, ihnen eine unverzichtbare Grundlage für ihre Zukunft zu gestalten. Diesem Gedanken folgt unsere Schulpolitik. Mit einem Ansatz von 36,3 Milliarden Schilling für das Kapital Unterricht können geeignete Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.

In den letzten Jahren wurde die Zahl der Lehrer maßgeblich gesteigert und mit neuen Arbeitsformen und wesentlich kleineren Klassen wurde die Unterrichtssituation deutlich verbessert.

Die Regierungserklärung 1983 bezeichnet den Sport als wesentlichen Bestandteil der

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Lebensgestaltung. Dieses Bekenntnis bleibt bei einem um nahezu 16 Prozent höheren Budgetansatz für die Sportförderung aufrecht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wichtiger Grundsatz der Kulturförderung ist das uneingeschränkte Bekenntnis zur Freiheit der Kunst und zur Vielfalt ihrer Ausdrucksformen. Die Kulturförderung wird dafür Sorge tragen, daß Kunst und Kultur nicht als Vorrecht einiger weniger verstanden werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Wissenschaft und Forschung werden im Bundesvoranschlag 1985 verstärkt gefördert. Damit sollen Umweltschutz, Forschung und neuen Techniken besondere Entwicklungschancen eröffnet werden.

Mehr Forschung in diesen Bereichen, verbunden mit einem Ausbau der Förderung, welche die Möglichkeit schafft, Grundlagenforschung in angewandte Technologie, das heißt marktgerechte Produkte, überzuleiten, sind wesentliche Elemente eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Bundesregierung ist sich des Umstandes bewußt, daß Investitionen in Wissenschaft und Forschung auch Investitionen in eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft sind. In diesem Sinn wird der Gesamtausgabenrahmen für Wissenschaft und Forschung 1985 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1 Milliarde Schilling oder 8,9 Prozent wachsen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Bundesministeriums für Inneres wird auch im kommenden Jahr seinem Selbstverständnis als Bürgerministerium entsprechen. Gemäß dem Auftrag der Regierungserklärung kommt sowohl der Verbesserung der Beziehungen zwischen Bevölkerung und Exekutive als auch dem Schutz jedes einzelnen Bürgers dieses Landes große Bedeutung zu. In diesem Sinn wird es nicht nur zu einer Ausweitung der technischen und personellen Mittel der Exekutive, sondern auch zu einer Reihe von Reformen kommen, die dem Bürger den Umgang mit der Verwaltung erleichtern.

Die materielle Ausstattung von Bundespolizei und Gendarmerie wird verbessert, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit verstärkt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die für 1985 veranschlagten Gesamtausgaben des Justizressorts erfahren mit 7 Prozent

eine überproportionale Erhöhung. Im Interesse einer raschen Bewältigung der Aufgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie im Interesse der Sicherheit in den Justizanstalten erfolgte eine Erhöhung spezifischer Budgetansätze.

Durch den Einsatz erhöhter Mittel wird es möglich sein, die Vereinssachwalterschaft, eine neue Form der Rechtsfürsorge für psychisch Kranke und Behinderte, auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen und damit den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung zu tragen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zur Verhinderung des Rückfalls von Haftentlassenen werden Einrichtungen der Haftentlassenenhilfe in verstärktem Ausmaß gefördert werden.

Ein neues Gerichtsgebührenrecht wird die Administration wesentlich vereinfachen.

Hohes Haus! Im Jahr 1985 stehen für die Landesverteidigung Mittel in Höhe von 16,9 Milliarden Schilling zur Verfügung. Dadurch werden die Finanzierung der Bereitschaftstruppe und der weitere Ausbau der Landwehr sichergestellt. Neben der schrittweisen Anschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen liegt das Schwergewicht auf der Bereitstellung der materiellen Ausrüstung des Bundesheeres.

Weiters kann der Aufwand für den Zeitsoldaten in vollem Umfang abgedeckt werden, sodaß eine erhebliche Aufstockung des Kaderpersonals möglich ist.

Zu Auswärtige Angelegenheiten.

Mit den für das Jahr 1985 zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 1,8 Milliarden Schilling werden die Aufwendungen für unsere Vertretungsbehörden im Ausland und ihren weitreichenden Aktivitäten sichergestellt. Hiedurch soll der Notwendigkeit und dem erklärten Ziel der Bundesregierung Rechnung getragen werden, zum Ausland freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Österreich hat 1983 0,23 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe aufgewendet, während sich der OECD-Durchschnitt auf 0,36 Prozent belief. Wir haben uns jedoch gegenüber der OECD verpflichtet, diesen Prozentsatz auf 0,7 Prozent anzuheben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Erhöht wurden in den letzten Jahren

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

die Ansätze für bilaterale technische Hilfe, Investitionsdarlehen und die Entwicklungshilfeprogramme der Vereinten Nationen.

Meine Damen und Herren! Für das Kapitel Bauten und Technik sind 1985 mit 27,9 Milliarden Schilling rund 5 Prozent mehr Budgetmittel vorgesehen als 1984. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Das Bundesbudget wird dabei auch für den Hochbau Impulse setzen. Die Wohnbauförderungsmittel kommen ab 1985 verstärkt auch der Wohnhaussanierung zugute.

Auch der Wasserwirtschaftsfonds wird 1985 über höhere Bundesmittel verfügen. Das insgesamt durch Förderungen aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds ausgelöste Bauvolumen wird bei 10,5 Milliarden Schilling und damit um etwa 5 Prozent höher als 1984 liegen.

Nach den großen Erfolgen der Maßnahmen zur Reinhaltung der Seen wird der Fonds in den nächsten Jahren verstärkt in die Fließgewässerreinigung investieren.

Die Budgetmittel für den Bundesstraßenbau werden 1985 mit rund 16,8 Milliarden Schilling die des Jahres 1984 ebenfalls um rund 5 Prozent übersteigen.

Zum Bereich Handel, Gewerbe und Industrie. Klein- und Mittelbetriebe haben einen großen Anteil an der österreichischen Wertschöpfung. Die Bundesregierung schenkt deshalb diesen Betrieben ebenso großes Augenmerk wie den großen Unternehmungen. Die dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie dafür zur Verfügung gestellten Mittel betragen rund 1,6 Milliarden Schilling. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auch die Innovationsagentur soll primär Klein- und Mittelbetrieben dienen. Sie soll als koordinierende Service- und Informationsstelle die Forschungs-, Entwicklungs- und Technologiepotentiale des universitären, außeruniversitären und industriell-gewerblichen Bereichs erfassen und einer wirtschaftlichen Nutzung zuführen.

Ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wird in einer verstärkten Regionalförderung für entwicklungs- und strukturschwache Gebiete gesetzt. Im Rahmen von Verträgen mit den Bundesländern wurden in diesem Bereich die Förderungen stark erhöht.

Die Konkurrenz im internationalen Tourismus hat in Europa bei insgesamt stagnieren-

der bis rückläufiger Nachfrage verstärkt den Charakter eines Verdrängungswettbewerbs angenommen. Die österreichische Fremdenverkehrspolitik muß daher primär auf Qualitätsförderung setzen. Für diesen Zweck werden 1985 mehr als 600 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Die Mittel für die Fremdenverkehrswerbung werden auf 210 Millionen Schilling aufgestockt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Bundesregierung wird dem Nationalrat in Kürze das neue Energiekonzept vorlegen. Darin wird das Bestreben ausgedrückt, Energie- und Umweltfragen nicht als Gegensätze zu behandeln, sondern in einem übergreifenden Konzept zu vereinen. An der Spitze der Bemühungen der Energiepolitik stehen Maßnahmen, die zur sinnvollen Nutzung von Energie und zur Steigerung des Wirkungsgrades — also zu Energiesparen im wohlverstandenen Sinn — führen. Jeder Erfolg beim Energiesparen ist gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

Ein vorrangiges Ziel der Energiepolitik der Bundesregierung ist es weiters, den Anteil des Erdöls an der Energieversorgung durch andere Energieträger, insbesondere heimische, wie die Wasserkraft, zu ersetzen. Die bisherigen erfolgreichen Bemühungen um eine breite geographische Streuung der Energieimporte werden fortgesetzt.

Die Rohstoff- und Bergbaupolitik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, die inländische Versorgung zu möglichst günstigen Preisen zu sichern.

Hohes Haus! In Österreich hat sich ein tiefgreifender Wandel in der Wirtschaftsstruktur vollzogen. Marktanteilsgewinne im In- und Ausland, die gegenüber den siebziger Jahren tendenzielle Verbesserung der Leistungsbilanz sowie technologisch interessante Betriebsansiedlungsprojekte bezeugen dies.

Strukturwandel ist ein permanenter Prozeß, weitere Anpassungen sind daher laufend notwendig.

Es wäre verfehlt, die traditionellen Industrien schlechthin als technologie- und innovationsfeindlich zu klassifizieren und allein den modernen Sparten industrieller Tätigkeit Erfolgsaussichten zuzuschreiben. Selbstverständlich sind auch im Bereich der Grundstoffindustrie enorme technische Leistungen vollbracht worden. Dennoch zeigt die genaue Analyse der Exportstatistiken eine nach wie

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

vor unbefriedigende Preisentwicklung. Österreich muß daher in erhöhtem Maße technologischen finden, um mit angemessenen Preisen einen befriedigenden Ertrag für qualitativ hochstehende Arbeit zu erzielen.

Strukturpolitik bedeutet auch Politik des sinnvollen Ausgleichs regionaler Ungleichgewichte, eine Problematik, die man gerade in einer Zeit der konjunkturellen Belebung nicht aus dem Auge verlieren darf. Wir müssen weiter alles tun, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den ökonomischen Randlagen zu verbessern.

Es gehört zu den Errungenschaften der Zweiten Republik, daß Strukturpolitik in sämtlichen politischen Lagern nicht als reine Managementfrage, sondern im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gesehen wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Richtig investieren heißt, für Produkte, die morgen benötigt werden, bereits heute die Voraussetzung ihrer wirtschaftlichen Produktion zu schaffen. All dies wird gemeinhin unter dem Sammelbegriff „Innovation“ zusammengefaßt.

Es sind verschiedentlich kritische Worte über das österreichische Förderungssystem gefallen. Diese Einwände sind sehr ernst zu nehmen. Unser erklärtes Ziel ist es, das Förderungsinstrumentarium zu vereinfachen, zu entbürokratisieren und auch die Instrumente selbst — gleichsam innovativ — zu verbessern. So wurde etwa zur Unterstützung der Ansiedlung neuer Betriebe in bestimmten Krisenregionen eine Leasingfinanzierungsvariante entwickelt, bei der die öffentliche Hand in der schwierigen Anlaufphase die Bezahlung der Leasingraten übernimmt.

An weiteren Maßnahmen sind anzuführen: Die Förderung technologieintensiver Produkte über TOP-Investitionskredite, die Mikroelektronikförderung, die Mobilitätsförderung und die Regionalförderung.

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird Bereiche umfassen, deren Tätigkeit auf sämtliche Sektoren der österreichischen Wirtschaft ausstrahlt. Allein die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung sieht für 1985 Investitionsaufträge in Höhe von 14,3 Milliarden Schilling vor. Auch diese Mittel werden neuerlich zur Umorientierung auf moderne Techniken eingesetzt. 1985 werden die ersten Telefonzentralen in Digitaltechnik ihren Betrieb aufnehmen, und mit dem Einsatz von Glasfaserka-

beln für Fern- und Vermittlungsleitungen wird eine neue Dimension der Informationstechnik erschlossen werden.

Die Österreichischen Bundesbahnen werden 1985 9 Milliarden Schilling investieren, ein Volumen, das fast ausschließlich in Österreich nachfragewirksam sein wird. Dies gilt für traditionelle Sparten des Hoch- und Tiefbaus, des Waggon- und Stahlbaus, der Stark- und Schwachstromindustrie ebenso wie für Bereiche neuester Entwicklungen, wie elektronische Zugleitsysteme oder moderne Stellwerkstechnik. Auch in diesem Sektor wird den beiden wirtschaftspolitischen Prioritäten des Jahres 1985, Umweltschonung und Wirtschaftlichkeit, Rechnung getragen.

Die verstaatlichte Industrie hat ihren Erneuerungsprozeß in diesem Jahr fortgesetzt. 1984 werden voraussichtlich sechs der neun größten Unternehmungen wieder schwarze Zahlen schreiben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Die Bundesregierung hat den in der ÖIAG zusammengefaßten verstaatlichten Betrieben Unterstützung bei der Durchführung der notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen zugesagt. Für 1985 stehen rund 5 Milliarden Schilling aus dem Gesamtpaket von 16,6 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Die Bundesregierung ist den verstaatlichten Unternehmungen tatkräftig zur Seite gestanden. Sie hat sich dabei vergewissert — und wird das in Zukunft auch so halten —, daß die als tragfähig erkannten Unternehmenskonzepte konsequent realisiert werden. Dies liegt sowohl im Interesse der Beschäftigten der verstaatlichten Industrie als auch in dem der rund 20 000 Klein- und Mittelbetriebe, deren jährliche Zulieferungen etwa 30 Milliarden Schilling betragen.

Für die Land- und Forstwirtschaft und für die Preisausgleiche werden 1985 insgesamt rund 8,5 Milliarden Schilling an Förderungsmittel zur Verfügung stehen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Einkommenssicherung der Landwirte und zur Absatzfinanzierung agrarischer Überschüsse geleistet. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Im Zuge der Marktordnungsverhandlungen war es möglich, vor allem die Milchmarktordnung zugunsten der Bauern zu verbessern und die Finanzierung der Überschußverwertung auch im Getreidebereich weiter zu sichern.

Bei den Kosten der Überschußverwertung insgesamt muß eine überproportionale Steige-

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

rung festgestellt werden. In diesem Zusammenhang wird eine grundsätzliche Überprüfung des bisherigen Systems der Stützungsentscheidungen notwendig sein. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Bergbauernpolitik ist nach wie vor ein Schwerpunkt der Agrarpolitik der Bundesregierung. Die Bergbauern-Sonderprogramme der Bundesregierung sind zu einem wirksamen Instrument der Erhaltung von existenzgefährdeten Bergbauernbetrieben geworden. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auch im Bereich der Forstpolitik hat die Umweltoffensive Vorrang. Die Maßnahmen gegen das Waldsterben müssen mit besonderer Intensität fortgesetzt werden. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)* Nur dann wird der Wald seiner Schutz-, Nutz- und Wohlfahrtsfunktion gerecht werden können, wenn es gelingt, sehr rasch waldschädigende Schadstoffimmissionen zu verringern.

Hohes Haus! Die Bundesregierung legt Ihnen einen Bundesvoranschlag für 1985 vor, der den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und der Umweltschonung Rechnung trägt. Er ist darüber hinaus ein Bundesvoranschlag der Konsolidierung, der die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Leistungsangebots gleichzeitig absichert.

Viele an den Bundeshaushalt herangetragene Wünsche konnten nicht erfüllt werden. Auch in Hinkunft wird dem Umstand Rechnung zu tragen sein, daß die eine oder andere an das Budget gerichtete Forderung mangels finanzieller Möglichkeiten nicht realisiert werden kann.

Eine maßvolle Ausgabenpolitik in einer Phase des Wirtschaftsaufschwungs erlaubt es uns, das in der Rezession gestiegene Defizit schrittweise wieder auf ein niedrigeres Maß zurückzuführen. Dennoch geht es nicht in erster Linie und nicht ausschließlich um eine mechanische Saldogrößenbetrachtung, sondern um die Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Mitteleinsatzes. Wir haben die Chance ergriffen, die Einsatzfähigkeit des Staatshaushaltes zu bewahren. Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß der einzelne bestärkt wird, seine individuelle Leistungsbereitschaft umzusetzen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, dem Bundesvoranschlag 1985 Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.01

Präsident: Die Tagesordnung ist damit erledigt. Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis 15 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 2 Minuten unterbrochen und um 15 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident Dr. Stix: Ich nehme um 15 Uhr die unterbrochene Sitzung wieder auf.

**Dringliche Anfrage
der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Graf, Dr. Taus, Dr. Steidl, Dr. Schüssel und Genossen
an den Bundeskanzler betreffend Kurswechsel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler durch eine große Steuerreform
(964/J)**

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst die Frau Schriftführer, Abgeordnete Edith Dobesberger, die Anfrage zu verlesen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Gute Aufgabe!)*

Schriftführerin Edith Dobesberger: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Graf, Dr. Taus, Dr. Steidl, Dr. Schüssel und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Kurswechsel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler durch eine große Steuerreform.

Wenn es zu keiner Änderung des österreichischen Steuersystems kommt, wird die Belastung der Masseneinkommen durch die Lohnsteuer bis 1988 um fast 30 Prozent (in Worten: dreißig Prozent) ansteigen.

Zu diesem dramatischen Ergebnis kommt der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen in seiner Budgetvorschau für 1984 bis 1988.

Für die Österreicherinnen und Österreicher heißt dies: Die hohen Inflationsraten, die steigenden Belastungen und die ungebremste Steuerprogression nehmen den Bürgern immer mehr von ihren hart erworbenen Schillingen weg.

Dieser immer brutaler werdende Griff in die Taschen der Menschen ist leistungshemmend und eigentumsfeindlich: Gleichzeitig bleiben aber die Probleme der längerfristigen Sicherung der Arbeitsplätze sowie die Finanzierung der Renten und Pensionen ungelöst.

Schriftführerin

Dies ist auch der sozialistischen Koalitionsregierung bekannt. Denn in der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Dr. Sinowatz am 31. Mai 1983 dem Nationalrat vorgelegt hat, heißt es wörtlich:

„Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen. Diese Reform wird der Zielsetzung eines sozial gerechten, einfachen und leistungsfördernden Steuersystems verpflichtet sein.“

Wer das Versprechen, „sehr rasch Vorschläge“ zu unterbreiten, ernst nahm, wurde das erste Mal enttäuscht, als sich im darauffolgenden Herbst herausstellte, daß im Budget für eine Steuerreform keine Vorsorge getroffen wurde.

Die zweite Enttäuschung bereitete Bundeskanzler Dr. Sinowatz jenen, die an seine Regierungserklärung geglaubt haben, als er im Mai dieses Jahres die von Dr. Salcher bereits vorbereitete Reform mit einer Presseerklärung absagte.

Finanzminister Dr. Salcher wollte damals zurücktreten, er durfte aber nicht — später, als er bleiben wollte, mußte er gehen.

Die dritte Enttäuschung erleben die Österreicherinnen und Österreicher in diesen Tagen. Der neue Finanzminister setzt die alte sozialistische Steuerpolitik fort. Er hat im Budget 1985 keine umfassende Steuerreform eingeplant und für eine Entlastung der Bürger und der Wirtschaft keinerlei Vorsorge getroffen. Es ist ihm nicht gelungen, die Sparbuchsteuer abzuschaffen. Ja er geht sogar soweit zurück, daß er feststellt, für ihn sei die Steuerpolitik kein Schlüssel zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme.

Als sichtbar wurde, daß die sozialistische Koalitionsregierung ihr Versprechen, „sehr rasch“ eine Steuerreform durchzuführen, nicht einhalten will, hat die ÖVP im Nationalrat ein umfassendes Konzept über eine große Steuerreform eingebracht.

Eine Verwirklichung der ÖVP-Vorschläge würde die österreichischen Steuerzahler entlasten, das Wirtschaftswachstum stärken, bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Da der Bundeskanzler in der Erklärung der sozialistischen Koalitionsregierung vor dem Nationalrat „sehr rasch Vorschläge“ für eine Steuerreform versprochen hat, im heute vor-

gelegten Budgetentwurf des Finanzministers aber dafür keine Vorsorge getroffen wurde, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

Wann wird die Bundesregierung eine große Steuerreform zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler, wie sie die ÖVP im Nationalrat bereits vorgelegt hat, verwirklichen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident Dr. Stix: Danke für die Verlesung der Anfrage.

Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Dr. Kohlmaier als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort.

15.04

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Eine Anfrage muß, vor allem wenn sie in dringlicher Form gestellt wird, ihre Berechtigung haben, ihre Sinnhaftigkeit von der Klarstellung her, die gewünscht wird. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Diese Voraussetzung wird wohl kaum, meine Damen und Herren von der SPÖ, kaum jemals so gegeben sein wie bei dem Thema, um das es uns heute geht, nämlich die künftige Gestaltung des Steuersystems. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)*

Wir alle wissen, daß unsere Zeit Reformen braucht, Neuordnung in großen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens. Es ist völlig unbestritten, daß dies ganz besonders für das Steuersystem gilt, handelt es sich doch dabei um einen Ordnungsfaktor ersten Ranges. Hier muß die Antwort auf eine Grundfrage der Politik gegeben werden, die lautet: Wer leistet welchen Anteil zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben?

Hohes Haus! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine prinzipielle Tatsache festhalten, die man trotz ihrer Selbstverständlichkeit oft nicht zur Kenntnis nehmen will: Der Staat kann nur leisten, was seine Bürger durch ihre Leistung ermöglichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Kohlmaier

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch ein absolutes Prinzip aussprechen, von dem die Österreichische Volkspartei ausgeht und das ich so formulieren möchte:

Nicht die Ausgabenpolitik eines verschwenderischen Staates darf das Maß für die Steuern liefern, sondern umgekehrt: Die zumutbare Belastbarkeit der Bürger muß das Maß für die Ausgaben des Staates sein, Hohes Haus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Maß ist längst überschritten. Seit es einen sozialistischen Bundeskanzler gibt, ist die gesamtwirtschaftliche Belastungsquote von 35,8 Prozent auf mehr als 42 Prozent gestiegen.

Gerade weil die Regierungsparteien immer wieder mit internationalen Vergleichen operieren, sei hinzugefügt, daß Österreich im Spitzenfeld der Steuerbelastung im OECD-Vergleich liegt. Hinter uns rangieren unter anderem Großbritannien, Luxemburg, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz — von den Vereinigten Staaten oder Japan ganz zu schweigen.

Man mag über die Form der Argumentation spötteln, aber es stimmt: Erst ab dem 4. Juni eines Jahres arbeitet Herr Österreicher für die eigene Tasche, bis dahin für den unersättlichen Bedarf der öffentlichen Hand. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Sie hören die Wahrheit offenbar nicht gern, meine Damen und Herren von der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Genau! — Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé. — Zwischenrufe.)*

Steuerfragen lieferten dementsprechend die großen politischen Ärgernisse der letzten Jahre. Zu Beginn dieses Jahres wurde uns das Belastungspaket beschert, das eine höchst unsoziale Erhöhung der Massensteuern und volkswirtschaftlich genau jene Folgen, die wir als Opposition vorausgesagt haben, brachte: den Verlust der Stabilität, also hohe Inflation, mit allen bekannten ökonomischen Gefahren.

Die sogenannte ZEST., besser als Sparbuchsteuer bekannt, wird zum Dauerproblem, an dem offenbar auch der neue Finanzminister — einst deklariert Gegner dieser extrem schädlichen Abgabe — scheitert.

Hohes Haus! Gerade angesichts einer hohen Geldentwertung bedrückt uns heute besonders das Phänomen der „kalten“ Verschärfung der Steuerprogression. Durch das Untätigbleiben des Gesetzgebers, durch das

Weitergelten längst überholter Einkommensstufen für die progressiv zunehmende Besteuerung aller Bezüge kommt es zu einem gewaltigen Anwachsen der Belastung für den einzelnen, obwohl die Kaufkraft, also das Realeinkommen, nicht steigt.

Das ist nicht die polemische Betrachtungsweise eines Oppositionspolitikers, sondern gesicherter Wissensstand der Finanzwissenschaften. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf.)*

Schon 1981 veröffentlichte Gerhard Lehner eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts, wo er davor warnte, daß Steuersenkungen wieder rasch kompensiert würden, wenn die Progressionskurve nicht korrigiert, sondern immer steiler werde. Lehner warnte davor, daß auch Einkommensteile, die nur der Abgeltung der Geldentwertung dienen, der Progression unterworfen und daß damit die Realeinkommen überproportional geschmälert würden.

Genau das ereignet sich und findet jetzt verstärkt statt.

Lassen Sie mich das, meine Damen und Herren, an Hand einiger Beispiele erörtern, wobei ich von der Annahme ausgehe, daß Arbeitnehmer eine 5prozentige Lohnsteigerung erhalten, die heuer ja nicht einmal mehr zur Inflationsabgeltung ausreicht, also schon brutto tritt ein Realverlust ein. Dennoch wird dieser unzureichende Zuwachs zu einem erheblichen Teil weggesteuert! *(Abg. Weinberger: Müssen die Arbeitgeber mehr zahlen!)*

Bei einem steuerpflichtigen Monatseinkommen von 7 000 S machen 5 Prozent brutto mehr 350 S aus, die Steuer steigt um 94 S.

Bei 14 000 S werden von 700 S Teuerungsabgeltung 273 S dem Fiskus abgeführt, Hohes Haus.

Und bei einem Einkommen von 21 000 S sind von 1 050 S unzureichender Teuerungsabgeltung bereits 504 S sofort wieder verloren.

Das alles, meine Damen und Herren, betrifft aber genauso Pensionisten, die zum kommenden Jahreswechsel überhaupt nur 3,3 Prozent bekommen und von dieser wirklich kläglichen Aufbesserung progressive Steuern bezahlen müssen.

Sieht man das im Zusammenhang mit den

Dr. Kohlmaier

vorgestrigen Beschlüssen der Regierungsparteien, welche diese unzureichende Dynamik bewußt noch verschlechtern, dann muß man wohl mit Fug und Recht von einem sozialen Steuerskandal in Österreich sprechen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Unser Steuersystem weist aber auch noch eine Reihe anderer schwerer Mängel auf.

Es ist ungerecht, auch durch seine Unübersichtlichkeit (*Zwischenruf bei der SPÖ*), durch nicht mehr sinnvolle Ausnahmeregelungen und Sondervorschriften.

Es ist familienfeindlich, Herr Abgeordneter.

Es erschwert die Bildung des heute absolut unverzichtbaren Risikokapitals in der Wirtschaft, es hemmt Initiative und bessere Ausrustung unserer Betriebe. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky.*)

Die österreichische Wirtschaft ist durch Ihre Politik extrem unterkapitalisiert worden, besonders in der Industrie macht die zu geringe Investitionsquote allen denen Sorgen, die um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft bangen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Auch hier liegen wir im OECD-Vergleich schlecht, der Maschinenpark ist vielfach überaltert, und das alles angesichts eines internationalen Wettbewerbs mit Staaten, denen eine gewaltige wirtschaftliche Dynamik einschließlich ständiger Neugründung von Betrieben und überlegener Forschung zugute kommt.

In dieser Situation leistet sich Österreich ein Steuersystem, das Eigenkapital wie zum Beispiel Einlagen in Kapitalgesellschaften bewußt diskriminiert. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Wie sollen wir so eine Zukunft bewältigen, die laut einer geradezu rührend schlichten SPÖ-Plakatwerbung angeblich schon begonnen hat?

Hohes Haus! Der Schluß ist zwingend: Wir haben die vorrangige Verpflichtung, alle Kraft für eine Gesamtreform des Steuersystems, das heute leistungsfeindlich ist, einzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jedermann weiß das.

Es wußten auch Sie das, Herr Bundeskanzler, als Sie am 31. Mai des Vorjahres Ihre

Regierungserklärung abgaben und dem Hohen Haus erklärten:

„Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen. Diese Reform wird der Zielsetzung eines sozial gerechten, einfachen und leistungsfördernden Steuersystems verpflichtet sein.“ (*Abg. Dr. Mock: Der Wert einer Regierungserklärung!*)

Angesichts dieser Tatsachen muß man die tiefe Enttäuschung, ja geradezu das Entsetzen einer interessierten Öffentlichkeit verstehen, als sie — etwa durch die Schlagzeile der auflagenstärksten Tageszeitung am 23. Mai des heurigen Jahres — erfuhr:

„Regierungschef steigt auf die Bremse: Keine Steuerreform.“ (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Was sind wohl die Ursachen für dieses totale Herumreißen des Steuers? Ich finde, Hohes Haus, nur Erklärungen, die wahrlich kein gutes Licht auf die Politik der Bundesregierung werfen.

Die eine lautet, daß Ihnen einfach die Kraft und der Mut fehlen, ein ausdrücklich als notwendig anerkanntes Vorhaben zu verwirklichen. Viel, fast alles spricht für diese Annahme. Sie haben zwar unter dem Druck eines explodierenden Budgetdefizits das Belastungspaket zustande gebracht, aber die Unsicherheit, ja der Streit über die Richtigkeit und vor allem über die politische „Verkaufbarkeit“ einer Steuerreform hat Sie offenbar überfordert.

Hier haben Sie genau das Verhalten an den Tag gelegt, das auch eine echte Reform der Sozialversicherung verhindert hat, indem Sie die Menschen durch eine leichtfertige, unkluge und verworrene Diskussion über kommende Verschlechterungen schockierten, anstatt ein wohlabgewogenes und ausgereiftes System vorzulegen, das Sinn und Vorteile einer Neuerung begründbar macht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Politiker der Koalition überboten sich im Wegräumen von sogenannten Tabus, ohne die Gegenleistung für den Steuerzahler verständlich zu machen: Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Überstunden, ja selbst Abfertigungen sollten schärfer besteuert werden, und der Sturm der Entrüstung bei den Arbeitnehmern fegte die Verhandlungspositionen noch so bemühten Experten weg.

Dr. Kohlmaier

Auch der Ideologiestreit konnte natürlich nicht fehlen, und ich möchte in diesem Zusammenhang nur den neben Karl Blecha zunehmend als eine Art Chefideologe der Regierung auftretenden Wissenschaftsminister Fischer zitieren, der zur Steuerpolitik recht offenerherzig meinte, meine Damen und Herren:

„Es wäre sozialistischer gewesen, anstelle der Mehrwertsteuererhöhung die höhere Besteuerung des 13. und 14. Gehalts durchzuführen.“ *(Ruf bei der ÖVP: Da schau her!)*

Es gibt uns dieser Ausspruch jedenfalls auch Klarheit darüber, in welche Richtung Ihre Bestrebungen offenbar weiterhin gehen und was von den Betroffenen zu befürchten ist.

Es gibt aber auch eine andere Erklärung für das bisherige Scheitern der Steuerreform, die, meine Damen und Herren, noch bedrückender ist.

Sie lassen die Steuerreform bleiben, weil Sie wissen, daß Ihnen die kalte Progressionserhöhung, über die ich schon gesprochen habe, einen relativ bequemen Weg eröffnet, die Steuerschraube in den kommenden Jahren gründlich weiter anzuziehen.

Erklärungen, die Sie abgegeben haben, Herr Dr. Sinowatz, wie etwa, daß es keine Steuererhöhungen bis Ende 1985 geben werde, sind in dieser Sicht der Dinge nicht nur extrem unaufrichtig, sondern ein Indiz dafür, daß Sie sich mit der Inflation verbündet haben, um einen vermehrten Zugriff auf die Einkommen der Menschen zu erhalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

So ablehnenswert diese Haltung ist, so begreifbar ist sie uns auch. Handeln Sie doch geradezu zwanghaft in der Folgewirkung jeder sozialistischen Politik, die sich anmaßt, den Staat als Spender aller Wohltaten darzustellen: als Arbeitgeber der Nation, als Ernährer, als Familienerhalter, als allein Vorsorgender und sozialen Aufstieg Vermittelnder.

Sie haben damit einen Teufelskreis in Gang gesetzt. Je mehr Sie politische Bestätigung dadurch erwarten, daß Sie die Menschen scheinbar mit Wohltaten überhäufen, umso mehr müssen Sie den angeblich Beschenkten das Geld dann dafür auf Heller und Pfennig wieder abknöpfen.

Oder, als Sie dabei an die Grenzen der Belastbarkeit stießen, handelten Sie dann

noch dazu nach dem Werbeslogan: „Kaufen Sie heute — zahlen Sie später!“

Die Staatsschuld schnellte in die Höhe, und dafür büßen die Steuerzahler jetzt mit Zinsen und Zinseszinsen.

Wir stehen heute mitten in diesem von mir genannten Teufelskreis, und er ist in die häßlichste Entartung getreten, die hier denkbar ist. Wir sind, meine Damen und Herren, jetzt dort, daß einer immer höher werdenden Steuerleistung zurückgehende Staatsleistungen gegenüberstehen — verkürzte Straßenprojekte, verkürzte Pensionen, verkürzte Familienbeihilfen. Das ist das Ergebnis sozialistischer Politik. Je mehr der Bürger zahlt, umso weniger bekommt er an öffentlichen Leistungen angeboten. Eine wahrhaft absurde Situation, Hohes Haus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz, sind von Schuld nicht loszusprechen, auch wenn Sie die Misere von Ihrem Vorgänger und seinem Finanzminister übernommen haben, die es schafften, schon in der Zeit der Hochkonjunktur die Staatsverschuldung hinaufzutreiben, und die uns in schlechten Zeiten gehen ließen mit ungedeckten Wechseln auf die Zukunft. Sie waren ja schon immer dabei, zuletzt als Vizekanzler. Wir alle tragen am Erbe der Herren Dr. Kreisky und Dr. Androsch, die noch dazu Ihre Partei im vergangenen Sommer in eine schwere politische Krise trieben und jetzt noch den traurigen Mut haben, immer wieder öffentlich als große Ratgeber aufzutreten.

Angesichts all dessen ist auch verständlich, obwohl es an sich unfassbar erscheint, daß der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes einen traurigen Wandel, einen gründlichen Wandel vom Interessenvertreter der arbeitenden Menschen zum obersten Steuereintreiber der Nation vollzog. Er sagte einmal, und zwar noch im Vorjahr, zur Notwendigkeit der Steuerreform, wie ein Nachrichtenmagazin am 27. Juni 1983 zitierte: Das ziehen wir schon durch, da gibt es gar nichts, die werden pfeffern, wir werden es machen! Es — die Steuerreform nämlich.

Anton Benya liebt aber auch eine andere Redewendung, die da bekanntlich lautet: Da ist nichts drin! Am vorigen Wochenende lasen wir in einem Benya-Interview, daß der ÖGB, der Österreichische Gewerkschaftsbund, derzeit an einer Lohnsteuerreform nicht interessiert sei; jener ÖGB, der sich über den bedauerlichen Umstand wundert, daß ihm die Mit-

Dr. Kohlmaier

glieder davonlaufen. Ich wundere mich darüber bei einer solchen Einstellung des ÖGB-Chefs, die in keinem Gremium beschlossen wurde, nicht.

Diesem Präsidenten können gar nicht genug Steuern bezahlt werden. Er kämpft jetzt ganz offensichtlich für die Sparsbuchsteuer und zieht halt überhaupt nur mehr durch, daß nichts drinnen ist, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: Das ist ungeheuerlich! — Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky.*) Ja, so ist es. Was heißt, das ist ungeheuerlich? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich finde es ungeheuerlich, daß ein Mann, dessen oberste Aufgabe es ist, auf der Seite der Steuerzahler zu stehen, sich heute ganz auf die Seite der Steuereintreiber stellt. Das ist ungeheuerlich! (*Abg. Dr. Nowotny: Seine Aufgabe ist es, für die Arbeitsplätze zu sorgen!*) Nein, die Aufgabe des ÖGB-Präsidenten ist es, für die Einkommen der Arbeitnehmer zu sorgen und ihre Interessen zu vertreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich danke Ihnen für diese Zwischenrufe. Sie sind äußerst entlarvend. Sie zeigen, wo Sie heute stehen. Sie stehen nicht auf der Seite der Arbeitnehmer, Sie stehen eindeutig auf der Seite des Finanzministers. Wie soll denn hier die Ausgewogenheit hergestellt werden, wenn sich alle nur auf der Seite verbünden, wo kassiert wird, und wenn niemand mehr auf der Seite steht, wo die Abkassierten sind. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Veselsky: Unverantwortliche Kritik!*)

Die Menschen wissen das. Die Menschen spüren das. Sie werden Ihnen die Rechnung dafür weiter präsentieren. Da können Sie schreien, soviel Sie wollen, die Menschen lehnen diese Machtpolitik ab, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Fragen Sie einmal die VOEST-Arbeiter!*) Die möchte ich gerne fragen, ob sie mit den Abzügen einverstanden sind, die sie heute haben. — Sie sind es nicht. (*Abg. Roppert: Ein „Sozialpolitiker“ spricht!*) Jawohl, jawohl, das kann ich Ihnen sagen. Mein soziales Herz steht auf der Seite derer, die Sie heute aussackeln, bis es nicht mehr geht. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Die Folge Ihrer Politik, meine Damen und Herren, ist, daß die Einkommen aller arbeitenden Menschen sinken, daß die Einkommen aller arbeitenden Menschen zusammengepreßt werden zwischen einer unzureichen-

den Ertragskraft der überlasteten Wirtschaft und einer davongaloppierenden Besteuerung. Da und dort trostreich angeführte Statistiken über angebliche Lohnsteigerungen stimmen nicht. Es wird zunehmend eingestanden, daß die Masseneinkommen sinken, daß die Kaufkraft schrumpft, daß die sozialen Mißstände und die Armut erschreckend zunehmen. (*Abg. Windsteig: Reden Sie von Deutschland oder von uns?*) Ich rede von Österreich. Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Beziehung zu diesem Land und zu den Menschen dieses Landes so sehr verloren haben (*Ruf bei der SPÖ: Sie haben sie noch gar nie gehabt!*), dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Ihnen das Vertrauen der Wähler verlorenggeht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Windsteig: Man muß Verantwortung auch tragen für die Leute!*) Hohes Haus! Wir werden uns und wir wollen uns mit dieser Situation nicht abfinden. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Eine Änderung all dessen ist nicht nur für die Opposition (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) — ich würde Sie bitten, mir jetzt zuzuhören, auch wenn Ihnen das Schreien offenbar wichtiger ist —, sondern muß für die gesamte Volksvertretung eine hohe Verpflichtung sein; für eine Volksvertretung, meine Damen und Herren, die vor eineinhalb Jahren eine sozial gerechte und leistungsfördernde Steuerreform versprochen erhielt und die mehr denn je auf Geradlinigkeit, Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik achten muß, soll nicht noch viel mehr verlorengehen als der Steuerschilling. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir müssen den Teufelskreis, von dem ich gesprochen habe, durchbrechen. Auch andere Länder versuchen das (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), bemerkenswerterweise zuletzt auch das sozialistisch regierte Frankreich. Wie oft haben Sie in den letzten Jahren die sogenannte konservative Politik verhöhnt, und jetzt lebt der bescheidene Aufschwung, dessen Sie sich rühmen, von der Nachfrage gerade jener Länder, deren Politik Sie verspottet haben, nicht aber von einer verstärkten Inlandsnachfrage, also einer hausgemachten Konjunktur. (*Ruf bei der SPÖ: England!*)

Hohes Haus! Es muß uns jetzt gelingen, drei Schritte zu bewältigen.

Erstens einen Verschwendungsstopp: Der Steuerschilling muß wieder als das betrachtet werden, was er ist, nämlich als Frucht des Fleißes der Bürger, dem man Respekt entgegenzubringen hat, nicht aber die Arroganz von Feudalherren neuer Prägung.

Dr. Kohlmaier

Zweitens: Wir müssen alle Kraft einsetzen, daß wir gesunde, leistungsfähige, ertragreiche Betriebe haben, daß wir also wirtschaftliche Rahmenbedingungen für eine offensive Wirtschaftspolitik herstellen. Die Österreichische Volkspartei empfiehlt mit allem Nachdruck die Anwendung jenes Rezeptes, das unserer Heimat in einer noch schwierigeren Situation eine segensreiche Entwicklung sicherte und das unter dem Titel „Raab-Kamitz-Kurs“ populär wurde.

Wir sind davon überzeugt, daß Steuerverzicht zugunsten von Ertragsanreizen in der weiteren Folge auch die steuerliche Ertragskraft und damit die Finanzlage des Staates entscheidend verbessern wird. Diese Auffassung wird auch durch aktuelle internationale finanzwissenschaftliche Erkenntnisse gestützt. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Wo denn?*)

Ich möchte hier auf die jüngst erschienene Studie Nr. 605 der Weltbank verweisen, die sich unter dem Titel „Link between taxes and economic growth“ mit dem Zusammenhang von Steuerbelastung und Wachstumschancen befaßt. Herr Staatssekretär, ich kann sie Ihnen zur Lektüre überreichen. (*Abg. Dr. Nowotny: Da sind alle Entwicklungsländer drinnen!*)

Das Ergebnis lautet im wesentlichen, daß ein Prozentpunkt mehr Belastungsquote das volkswirtschaftliche Wachstum um 0,36 Prozent drückt. (*Abg. Dr. Nowotny: Das haben Sie überhaupt nicht verstanden!*) Es wird in dieser Studie die auffällige Tatsache betont, daß die Länder mit höchster Staatsquote das geringste Wachstum aufweisen; Hohes Haus. Wachstum ist aber ein Schlüssel nicht nur für unseren Wohlstand, sondern auch für die finanziellen Möglichkeiten des Staates. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Drittens: Wir verlangen eine steuerliche Entlastung, nicht nur eine vorübergehende, die bald wieder von einer gnadenlosen Progression aufgefressen wird, sondern wir verlangen als Hauptziel einer Steuerreform, daß die reale Steuerbelastung auf Dauer gleichbleibend gehalten wird. Das geht nur mit einer gesetzlichen Neuregelung im Sinne einer Verpflichtung des Finanzministers, den Steuertarif regelmäßig einem schwindenden Geldwert anzupassen. Wenn der Finanzminister höhere Steuern will, so soll er sich dem Hohen Haus mit Gesetzesvorlagen stellen, sich aber nicht zurücklehnen und darauf warten, daß ihm die Steuerprogression eine grausame Automatik der ständigen Mehrbelas-

tung durch die Teuerung beschert. (*Bundesminister Mag. Gratz: ... unbarmherzig!*) Ja, das ist unbarmherzig, natürlich ist es unbarmherzig. (*Bundesminister Mag. Gratz: Ich erkläre es nur Kollegen Fischer!*)

Wenn die Progression heute mittlere Einkommen so erfaßt wie früher hohe und kleine Einkommen so wie früher mittlere, wenn der Gesetzgeber einen Tarif beschlossen hat, der von den Realitäten weit weg ist, und wenn Sie die Menschen in eine Progression hineintreiben, die niemals ein Gesetzgeber wollte, dann betrachte ich das als unbarmherzig gegenüber den Steuerzahlern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Das sind die Grundgedanken jenes Steuerkonzeptes, das die Österreichische Volkspartei als Antwort auf Ihr Versagen der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Das ist unsere Alternative, ja das ist eine Dokumentation unseres Wollens und des Aufzeigens jenes Weges, der uns wieder zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik führen soll. Wir wissen vor allem, daß noch so hohe Steuern die überfällige Sanierung des Staatshaushaltes nicht herbeiführen werden. Wir halten es hier mit Professor Koren, dessen fachliche Qualifikation auch bei Ihnen außer Streit steht und der immer wieder darauf hinweist, daß man ein Budget nur von der Ausgabenseite her sanieren kann.

Hören Sie endlich mit der Vergeudung öffentlicher Mittel auf, dann können wir wieder zu vertretbaren Steuerbelastungen und zu einer vernünftigen Finanzgebarung des Staates kommen. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Es ist falsch, was Sie da von sich geben!*) Meine Damen und Herren! Ich bin überrascht über das Ausmaß der Ignoranz, das sich auf der Regierungsbank offenbart. Da reden die Herren hinter meinem Rücken und tauschen die Meinung aus, das habe Professor Koren nie gesagt. Wenn Regierungsmitglieder nicht einmal wissen, was der Nationalbankpräsident sagt, dann offenbart das eine Ignoranz, die ich als erschreckend betrachte. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Immer schön fein bleiben!*) Wenn Ihnen Ignoranz nicht fein genug ist, dann muß ich Sie, verehrter Herr Hofrat, darauf aufmerksam machen, daß ich das auch mit ganz anderen Worten ausdrücken könnte, aber das tue ich nicht, das wäre mehr Ihre Art. (*Abg. Dr. Gradenegger: Das ist Ihr Stil, nicht der unsere!*)

Meine Damen und Herren! Die Grundsätze, die ich hier darzulegen versucht habe, diese Überzeugung steht hinter der Frage, die wir

Dr. Kohlmaier

heute beantwortet wissen wollen. Es geht nicht nur darum, daß Sie endlich Klarheit in eine verwirrende Vielzahl von Ankündigungen bringen, wo es von kleinen Steuerreformen, wichtigen und unwichtigen Details, auch geplatzten Seifenblasen, wie etwa eine angebliche Abschaffung der Lohnsteuerkarten, und ähnlichen Alibihandlungen nur so wimmelt. Jetzt hört man im Finanzministerium, meine Damen und Herren, man müsse sich erst alle bisherigen Vorschläge wieder ansehen, man denke nicht an eine Beschleunigung des Verfahrens, und es wird sogar die Steuerreform als permanenter Prozeß beschrieben. Dieses Wort möchte ich in diesem Zusammenhang volkstümlich in „endloses Herumbasteln“ übersetzen.

Wenn wir fragen, ob, wann und wie sich die Bundesregierung an ihre eigene Erklärung halten und eine echte Steuerreform durchführen will, stellen wir auch die Frage, wann Sie bereit sind, auf einem verhängnisvollen Weg der Belastung und des Zurückziehens aus der steuerpolitischen Verantwortung endlich umzukehren. Wir fragen, weil wir Verwirrung beseitigen wollen, Verwirrung, wie sie eine Regierungspolitik schafft, welche der Propaganda den Vorrang vor der Leistung einräumt.

Meine Damen und Herren! Am 6. Oktober schrieb ein Kommentator im Zentralorgan der großen Regierungspartei, in der „Arbeiter-Zeitung“: „Die wirklichen Wertzerstörer sind die Konservativen, die sich gegen eine radikale Umverteilung der Arbeit und der Einkommen wenden.“ Und der Kommentator fügte dem, was die „bösen“ Konservativen angeblich nicht wollen, in seiner Aufzählung — man höre und staune — auch das Wort „Steuerreform“ hinzu und schloß diesen kühnen Gedankengang mit dem Satz: „Die Sozialisten werden diese Dinge anpacken.“

Herr Bundeskanzler! Manche Äußerungen in der letzten Zeit lassen in mir Zweifel darüber aufkommen, wieweit Sie es noch ertragen, als Sozialist angesprochen zu werden. Aber da Sie immerhin Vorsitzender der Sozialistischen Partei sind, wage ich es, Sie im Zusammenhang mit dem Kommentar Ihrer Parteizeitung zu fragen, was Sie als Sozialist jetzt „anpacken“ werden. Es geht ja schließlich und endlich auch um die Beurteilung der Person des Bundeskanzlers.

Sie haben versucht, Herr Dr. Sinowatz, Energie zu demonstrieren, indem Sie einen Finanzminister, und das noch dazu unter eher entwürdigenden Umständen, in die Wüste

schickten. Was bleibt, ist die Frage, ob neue Minister auch neue politische Wege signalisieren.

Ihr Sozialminister war in dieser Frage, welche die Öffentlichkeit sehr interessiert, sehr deutlich und meinte aus seiner bekanntermaßen linken Position am 20. September in einem Interview: Es gibt keine neue wirtschaftspolitische Richtung, keinen Kurswechsel. Bezogen auf seine neuen Amtskollegen, etwa Dr. Vranitzky, sagte er: Man wird sich einschleifen, einordnen in die Entwicklung.

Sie aber, Herr Dr. Sinowatz, sprachen vor dem September-Parteirat der SPÖ von „Mut zu neuen Lösungen“ und von der „Mobilisierung der reformwilligen gesellschaftlichen Kräfte“. Wir fragen Sie, Herr Bundeskanzler, nicht zuletzt — ich wiederhole das noch einmal — weil es um Ihre Beurteilung als Regierungschef geht, der dem Parlament ein Versprechen abgegeben hat und jetzt davon wieder zurückweicht. Wir können und wollen auch Sie nur nach Ihren Taten messen, nicht nach noch so schönen und noch so gewundenen Erklärungen. Bedenken Sie, wie sehr das österreichische politische Klima von der Erkenntnis eines politischen Qualitätsverlustes schon negativ beeinflusst ist. (*Abg. Dr. Nowotny: Jetzt sprechen Sie aber von sich!*)

Sei es wie es sei, Sie bekommen heute von uns eine Schlüsselfrage gestellt — ich betrachte es so —; eine Schlüsselfrage aus vielen Gründen: Halten Sie Ihre Zusagen? Wie beurteilen Sie die steuerliche Belastung der Österreicher? Wie wollen Sie die Dinge verbessern? Ich betrachte das — ich sage es noch einmal — als eine wirkliche Schlüsselfrage der Innenpolitik. Ich glaube, diese Frage ist hinlänglich begründet.

Sollte Ihre Antwort heute nein sein oder auf ein Nein hinauslaufen, so darf ich jetzt schon eines sagen: Wir fragen heute nicht nur, sondern wir legen auch ein Bekenntnis ab; ein Bekenntnis, das in den Forderungen des Steuerkonzeptes der Volkspartei seinen Niederschlag gefunden hat. Wir wollen uns damit eine Pflicht auferlegen; die Pflicht, mit aller Ernsthaftigkeit und allem Nachdruck, der uns zur Verfügung steht, für eine Entlastung der Wirtschaft und der österreichischen Bürger, der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern, der Gewerbetreibenden, der Freiberufler und der öffentlich Bediensteten, einzutreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir treten ein für eine Entlastung auch der sozial Schwachen und der älteren Generation.

Dr. Kohlmaier

(Abg. Dr. Nowotny: Nur steht davon in Ihrem Konzept nichts!)

Wir werden die Pflicht, die wir uns auferlegen, beharrlich zu erfüllen versuchen, und wenn es uns als Opposition nicht gelingt, dann soll und wird es der Auftrag der Wähler unter neuen Verhältnissen sein. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)* 15.39

Präsident Dr. Stix: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz gemeldet.

15.40

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich hätte mich gewundert, wenn diese Rede nach der heutigen Budgetrede des Herrn Finanzministers nicht gehalten worden wäre *(Abg. Dr. Graff: Was soll das?)*, denn ich bin seit 1971 bei den Budgetreden des Finanzministers dabei und kann Ihnen sagen: 1971, '72, '73, '74, '75, '76, '77 *(Abg. Dr. Graff: Zählen kann er! — Heiterkeit bei der ÖVP)*, '78, '79, '80, '81, '82 und '83 ist festgestellt worden, meine Damen und Herren von der Opposition, und zwar Jahr für Jahr: Alles ist für Österreich verloren, die Katastrophe ist da, die Regierung hat versagt, und Österreich ist nun ein Land der Armut! *(Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform?)*

Aber ich sage Ihnen nach diesen vergangenen 13 Jahren: Noch nie gab es in Österreich so viel Wohlstand bei so vielen Menschen wie heute. *(Starker, lang anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dabei, meine Damen und Herren... *(Ruf bei der ÖVP: War der Beifall abgesprochen? — Zahlreiche Zwischenrufe bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich kann Ihnen versichern, mir genügt der Beifall, den ich jetzt im Hause bekommen habe. *(Neuerlicher langanhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Antwort geben, nicht polemisieren!)*

Dabei möchte ich gar nicht verschweigen, daß wir noch viel zu tun haben, daß wir viele Sorgen haben, daß wir die Jahre der Rezession überstehen mußten und daß wir — die Bundesregierung — auch keine Wunder wirken konnten. Das gebe ich ja alles gerne zu. *(Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform?)*

Aber noch einmal: Es ist heute in Österreich viel besser als in der Zeit vor 1970. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform?)*

Und jetzt möchte ich noch eines feststellen: Es stimmt schon, Herr Abgeordneter Kohlmaier, wenn Sie sagen, daß die Steuerquote seit 1970 von 35,8 Prozent auf 42 Prozent gestiegen ist. Sie sprechen ja bei Ihrer Anfrage in vornehmem Ton von einem brutalen Griff in die Tasche, und Sie selbst haben von „aussackeln“ geredet.

Meine Damen und Herren! Aber in der Zeit seit 1970 ist die Kaufkraft des Lohnes eines österreichischen Industriearbeiters um 56 Prozent gestiegen. Können Sie da sagen, daß die Leute „ausgesackelt“ worden sind? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Im selben Zeitraum, den Sie anführen, ist die Kaufkraft unserer Pensionen um 55 Prozent real gestiegen, meine Damen und Herren! *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform? — Bundesminister Mag. Gratz: Ein geringer Wortschatz!)*

Wir haben doppelt so viele PKWs, die Menschen geben doppelt so viel für ihren Urlaub aus, und in allen Bereichen hat es unerhörte Fortschritte gegeben. Das, sagen Sie, ist die Folge eines brutalen Griffes in die Taschen der Menschen? Meine Damen und Herren! Das ist die Folge und das Ergebnis einer guten Politik, die seit 1970 gemacht worden ist. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Da Sie heute in dieser Form den ÖGB und den Präsidenten des ÖGB diskriminiert haben *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nicht den ÖGB!)*, werde ich Ihnen sagen: Bitte schön, Herr Abgeordneter Kohlmaier, lesen Sie die Ergebnisse der Betriebsratswahlen der größten Betriebe in Österreich! Das ist das Ergebnis und das ist das, was der ÖGB heute bei den Arbeitern und Angestellten gilt. *(Langanhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Unterstellen Sie mir nichts! Ich habe nicht den ÖGB kritisiert! — Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform?)*

Hohes Haus! Zu den Anfragen selbst. Die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen ist im Sinne der Geschäftsordnung vor Eingang in die Tagesordnung der heutigen Sitzung und damit vor der Budgetrede des Bundesministers für Finanzen — ich stelle fest: vor der Budget-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

rede — eingebracht worden. (*Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform? Da steht ja auch nichts drin!*) Warten Sie, es kommt schon, Herr Abgeordneter Graff, warten Sie ein bißchen! Denn das ist nämlich vermutlich der Grund — ich kann mir gar keinen anderen vorstellen —, warum den Fragestellern offenbar eine Reihe von Tatsachen und Fakten nicht bekannt gewesen ist, die die Situation der österreichischen Wirtschaft und die wirtschaftliche Lage der Österreicherinnen und Österreicher in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen, als es von den Fragestellern dargestellt worden ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Steuerreform?*)

Aber ich benutze die Gelegenheit heute sehr gerne — die mir von Ihnen gebotene Gelegenheit —, das Hohe Haus unter Hinweis auf die Budgetrede des Finanzministers über die tatsächliche Situation zu informieren und die Fehleinschätzungen der Herren Fragesteller nachzuweisen.

Der Finanzminister hat in seiner heutigen Budgetrede die Grundsätze der Steuerpolitik dargestellt. In dieser Legislaturperiode werden weder neue Steuern eingeführt noch bestehende Steuern erhöht werden.

Dagegen gibt es vor allem im Wirtschafts- und im Umweltbereich bedeutende Steuererleichterungen. So wird etwa die Gewerbesteuer, die schon mit Anfang 1984 erstmals gekürzt wurde, neuerlich reduziert. Weiters werden die Abschreibungsmöglichkeiten bei Umweltschutzinvestitionen substantiell verbessert, und nicht zuletzt wird die Zinsertragsteuer um ein Drittel gesenkt.

Gleichzeitig sind wir in der Lage, den Prozeß der Budgetkonsolidierung fortzusetzen und das Nettodefizit zu senken. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Wo ist die Steuerreform?*)

Es kann daher von einem immer brutaler werdenden Griff in die Tasche der Menschen nicht die Rede sein, das Gegenteil ist der Fall (*Abg. Dr. Graff: Wo bleibt die Steuerreform?*), die Staatsquote wird im kommenden Jahr einnahmenseitig nicht höher liegen und ausgabenseitig sicher niedriger liegen als im heurigen Jahr. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Das hat der Salcher auch schon gesagt!*)

Hohes Haus! Auch die Behauptung, daß die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze und

die Finanzierung der Pensionen ungelöst bleiben, ist nachweisbar unrichtig.

Die Arbeitslosenrate wird in Österreich im kommenden Jahr auf 4,4 Prozent sinken, in den europäischen OECD-Ländern wird sie dagegen auf durchschnittlich 11,3 Prozent steigen, das kann man wahrhaftig von der Regierungsbank aus sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und nun zu den Pensionen. Die Finanzierung unseres Pensionssystems wäre dann nicht gesichert, wenn die von der Bundesregierung erarbeitete Pensionsreform abgelehnt worden wäre. Da aber der Nationalrat mit eindrucksvoller Mehrheit diese Reform beschlossen hat, kann ich guten Gewissens versichern: Jawohl, die Pensionen unserer älteren Mitbürger sind bis weit in die neunziger Jahre hinein gesichert. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Hohes Haus! In der Anfragebegründung zeigen sich die Fragesteller enttäuscht, daß im Mai dieses Jahres eine Steuerreform in einem Wochenmagazin angekündigt (*Abg. Dr. Graff: In der Regierungserklärung!*) und von mir in dieser Form nicht akzeptiert wurde. Ich kann diese Enttäuschung voll und ganz verstehen, ist doch damit eine weitere Möglichkeit weggefallen, die Bundesregierung zu attackieren und die Bevölkerung zu verunsichern. (*Abg. Dr. Graff: Was ist mit der Regierungserklärung?*)

Im Gegensatz zu den Fragestellern werden aber die Österreicherinnen und Österreicher bestimmt nicht darüber enttäuscht sein, daß ich eindeutig klargestellt habe, daß ich weder eine höhere Besteuerung des Urlaubsgeldes noch des Weihnachtsgeldes noch der Überstunden geplant habe; das steht jetzt einmal fest. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Leider gilt seit Kreisky das Wort eines Bundeskanzlers nichts mehr!*)

Und wenn die Fragesteller in diesen Tagen eine weitere Enttäuschung registrieren, so ist das wohl die Enttäuschung darüber, daß die Bundesregierung aufgrund der wirtschaftlich günstigen Entwicklung die Zinsertragsteuer, ich sagte es schon, um ein Drittel reduzieren kann. Und nun, meine Damen und Herren... (*Abg. Dr. Graff: Und wo bleibt die Steuerreform?*) Und nun, meine Damen und Herren von der Opposition, zu der Anfragebeantwortung ganz konkret (*Abg. Dr. Kohlmaier: Hört! Hört!*), zu den Vorschlägen, die Sie gemacht haben. Sie verlangen auf der einen Seite eine 20prozentige Senkung der

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Lohn- und Einkommensteuer (*Abg. Dr. Graff: Wie schaut Ihre Steuerreform aus?*), gleichzeitig aber... Herr Abgeordneter Graff! Sie haben ja Zeit, Sie werden es hören, Sie werden sehr Interessantes von mir hören. Sie können sich ruhig Zeit lassen.

Sie verlangen also auf der einen Seite eine 20prozentige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, gleichzeitig aber eine Senkung des Budgetdefizits von 61 Milliarden auf 48 Milliarden Schilling, das waren Sie, wenn ich mich richtig erinnere, der das vorgeschlagen hat, obwohl sich alleine durch diese 20prozentige Tarifsenkung die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden um 28 Milliarden Schilling verringern würden. (*Abg. Dr. Graff: Was ist mit Ihrer Steuerreform?*)

Sie verlangen weiters in Ihrem Steuerpapier den wirtschaftspolitisch zweifelhaften Ausbau diverser Ausnahme- und Sonderregelungen, obwohl dies nach Ihrer eigenen Schätzung einen weiteren Einnahmeausfall von rund 11 Milliarden Schilling bedeuten würde, Sie verlangen schließlich auf der einen Seite den generellen Abbau der Subventionen und auf der anderen Seite, um nur zwei der markantesten Vorschläge aus Ihrem Forderungspaket in Erinnerung zu rufen, die Einführung eines Müttergehaltes und zusätzliche Milliardensubventionen an die Landwirtschaft.

Eine solche Politik, die sich nur an kurzfristiger Popularität orientiert, aber nicht die Konsequenzen für den Staatshaushalt sieht, lehnt die Bundesregierung jedenfalls mit aller Entschiedenheit ab. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und weil Sie es nicht erwarten können, Herr Abgeordneter Graff, was ich zu der konkreten Anfrage sage, das kommt jetzt: Aus den von mir vorher erwähnten Gründen beantworte ich die gestellte Frage, wann die Bundesregierung eine Steuerreform im Sinne der ÖVP-Vorschläge verwirklichen wird, dahin gehend, daß die Verwirklichung der ÖVP-Vorschläge von uns abgelehnt wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Das habe ich nicht gefragt!*)

Das ist nämlich die Frage, die an mich gestellt wurde. Lesen Sie das bitte noch einmal nach. (*Ruf bei der ÖVP: Sie sprechen wie ein Oppositionsführer!*) Aber weiter.

Für die Bundesregierung ist die Steuerreform eine permanente Aufgabe. Unser Ziel ist es, wie es in der Regierungserklärung zum

Ausdruck kommt, ein möglichst einfaches, transparentes und sozial gerechtes Steuersystem zu schaffen. Als ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieser Aufgabe wurde dem Nationalrat am 17. Oktober 1984 das Abgabenänderungsgesetz vorgelegt. Ich ersuche das Hohe Haus, den darin enthaltenen Steuerreformvorschlägen einschließlich der Senkung der Zinsertragsteuer um 33,3 Prozent zuzustimmen.

Zuletzt noch eine Feststellung, meine Damen und Herren: Die Bundesregierung registriert... (*Abg. Graff: Also ist es doch eine Steuerreform! Vranitzky hat gesagt, es ist keine Steuerreform!*) Sie werden der Zinsertragsteuersenkung nicht zustimmen, kann ich das also annehmen? — Sehr interessant. Wir nehmen das zur Kenntnis. (*Ruf bei der ÖVP: Zinsertragsteuer abschaffen!*)

Die Bundesregierung registriert in diesem Herbst einen deutlichen wirtschaftlichen und auch politischen Aufschwung und wird alles tun, diesen Aufschwung zu verstärken.

Ich danke den Fragestellern für die Gelegenheit, dies unter nochmaligem Hinweis auf die Budgetrede des Herrn Finanzministers dem Hohen Haus darlegen zu können. (*Starker, anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 15.55

Präsident Dr. Stix: Wir gehen nun in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

15.55

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wann immer in den letzten Jahren die Sozialisten frenetisch applaudiert hatten, hat es zwei Gründe gegeben. Entweder war es knapp vor der Absägung eines ihrer Minister, oder sie waren in Verlegenheit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich muß abschließen, daß Sie irgend jemand absägen wollen, denn das ist ja erst zu Ende gegangen, und in Verlegenheit sind sie sicher. Und zuerst noch... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich komme darauf. Ich leide unter der Kujonie der 20 Minuten. Ich kann nicht auf alle Ihre Zwischenrufe eingehen.

Herr Bundeskanzler! Der erste frenetische Applaus Ihrer Fraktion galt Ihnen, als Sie uns sagten, Sie können von 1 bis 15 zählen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Graf

Ich muß zum zweiten, bevor ich mit Ihnen... (*Rufe: Es waren nur 13!*) Selbst wenn es nur 13 waren, war es des Applauses nicht wert. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Aber bevor ich zu Ihren Ausführungen komme, muß ich eine Feststellung machen für den Dr. Kohlmaier. Er hat Anton Benya kritisiert und nicht den Gewerkschaftsbund. Und Anton Benya ist kritisierbar so wie jeder andere in diesem Haus! Ich darf Ihnen das hinterbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie sagten, der Grund für unsere dringliche Anfrage sei vermutlich darin gelegen gewesen, daß wir unsere Anfrage vor der Budgetrede des Herrn Finanzministers eingebracht haben. Hier irren Sie wie so oft am heutigen Tag. Wir haben diese dringliche Anfrage aus einem sehr realistischen Grund eingebracht. (*Ruf bei der SPÖ: Wegen des Fernsehens!*) Da haben wir schon andere Möglichkeiten. Früher als Sie kommen wir schon hinein, Herr Abgeordneter! (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Schieder: Das war interessant! Das muß man mitschreiben!*) Lassen Sie sich nicht aufhalten. (*Abg. Dr. Veselsky: Das war ein Geständnis! Bitte, ins Protokoll!*)

Wir haben, meine Damen und Herren, diese dringliche Frage eingebracht, weil Sie, Herr Bundeskanzler, vor einigen Wochen Ihre Regierung umgebildet haben und auch von uns attestiert bekamen, daß Sie an sich fähige Leute in diese Regierung hineingenommen haben. Wir haben damals erklärt, daß wir diesen neuen Leuten, auch Ihrem Herrn Finanzminister, die Befähigung, etwas zu können, nicht absprechen. Wir sagten aber, es werde sich herausstellen, ob er seine Fähigkeit im Budget und in seiner Rede umsetzen kann.

Und da Sie so gut wie wir alle im Haus wissen, daß uns der Herr Bundesminister nicht aus Gnade, sondern einem alten Brauch zufolge seine Rede am Abend zugestellt hat, wußten wir am Abend und heute in der Früh, bevor die Rede gehalten wurde, daß sich nichts geändert hat, nicht weil Vranitzky nicht fähig wäre, sondern weil sozialistische Dogmatik ihn nicht reden läßt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist der einzige und realistische Grund. Wir wollten von Ihnen jetzt wissen: Hat sich etwas geändert an der Finanzpolitik, ja oder nein? Auf Grund Ihrer Aussagen — und auch das ist keine Überraschung — hat sich nicht nur nichts geändert, es ist kein koalitionsfähiges Budget, sondern es ist ein sozialistisches Bud-

get, das nicht die Handschrift Vranitzkys trägt, und bevor Sie von der Freiheitlichen sich aufregen, möchte ich sagen: Ihre sechs „Gastarbeiter“ in der Regierung haben diesem Budget keinen Stempel aufgedrückt. Das muß ich Ihnen sagen. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Leider, leider! (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Die „Gastarbeiter“ sind sehr stark!*)

Herr Bundeskanzler, auf die Steuererhöhung kann ich im Moment nicht eingehen. Ich möchte aber folgendes sagen: Wenn Sie hier erklären, Herr Bundeskanzler, Sie haben die ZEST um ein Drittel gesenkt, und wenn Sie sagen, daß das eine Leistung der Regierung ist, dann lassen Sie sich allen Ernstes sagen: Es gibt im Zusammenhang mit der Zinsertragsteuer überhaupt nur eine Lösung, nämlich die Abschaffung, und die haben Sie nicht getroffen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Diesbezüglich hat der neue Finanzminister unsere Erwartungen nicht erfüllt.

Ich sage Ihnen noch etwas. Wir haben dem Herrn Finanzminister selbstverständlich einen Spielraum gewährt, weil wir wußten, er übernimmt große Teile eines vorbereiteten Budgets. Was wir heute vom Herrn Dr. Vranitzky hören wollten, war, daß er zwar keine Zeit zum Zero-budgeting und zum Sunset-budgeting hatte, aber daß er bei der Betrachtung der Ausgaben so vorgehen wird, als ob er Zeit gehabt hätte. Das haben wir erwartet.

Herr Bundeskanzler! Alle Ihre heutigen Erklärungen waren applausträchtig, aber der Applaus Ihrer Fraktion erinnert mich an ein Baseball-Stadion in New York. Wenn die Red socks von New York spielen, applaudieren alle New Yorker, ob sie gut oder schlecht sind, und das haben Sie hier fabriziert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Herren! Die Red socks sind keine Erfindung, weil ihre Parteifarbe rot ist, die gibt es wirklich. (*Vizekanzler Dr. Steger: Die sind in Chicago, nicht in New York!*) Herr Dr. Steger, ich bin Ihnen dankbar für diesen Hinweis. Sie haben auch schon in New York gespielt, aber ich habe keine Zeit, mich mit Ihnen in dieser Frage zu spielen.

Ich möchte Ihnen etwas sagen: Sie, die gesamte Regierung, sagten zu diesem Budget — und unsere Kritik richtet sich heute nicht isoliert an den Herrn Finanzminister, und daher fragten wir den Herrn Bundeskanzler —, Sie sagten bei der Regierungserklärung, Sie hätten die Segel neu gesetzt. Das bedeutet — wir beide haben ja nur Flachwassererfahrung, aber immerhin —, es bedeutet, wenn man die Segel neu setzt, will man den alten

Graf

Kurs beibehalten. Und diese Befürchtung der Volkspartei haben das heutige Budget und die Rede des Herrn Ministers bestätigt.

Nur ein paar Dinge lassen Sie mich noch sagen: Sie haben mit diesem Budgetentwurf — Sie, die Regierung generell — die Chance versäumt, bei der sich langsam abzeichnenden Konjunkturverbesserung eine wirkliche Verringerung des Budgetdefizits durchzuführen, denn das haben Sie ja tatsächlich nicht getan.

Ich möchte in Erinnerung rufen, ich stehe nicht an zu erklären, daß man sich in Diktion und im Ton und im Inhalt der Rede minus der Zahlen einfach geäußert hat, ohne besondere Freude, das sei dem Finanzminister zugeschrieben. Er hat geflissentlich nicht gesagt, um seine Fraktion nicht zu kränken, daß im Jahre 1985 die Zinszahlungen mit bereits 39 Milliarden Schilling ein Fünftel aller Steuereinnahmen auffressen werden. Und Sie wissen, was das bedeutet. Die Chance auf die Steuerreform, die haben Sie vertan.

Und Ihre Feststellung, Sie werden Steuern nicht erhöhen, sie bezog sich erstens nur auf dieses Budget, und zweitens, auch wenn Sie die Steuern nicht erhöhen, es ist lediglich eine Captatio benevolentiae an Leute, die das nicht genau wissen.

Auch bei der Nichterhöhung, ohne Steuerreform, wächst durch die Entwicklung der Inflation und die Progression die Belastung der Bevölkerung. Und das hätten Sie ganz gerne sagen sollen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. — Vizekanzler Dr. Steger: Das waren die black socks!)*

Und warum, meine Damen und Herren, sich der Herr Bundeskanzler, warum der Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz sich bei der Opposition... *(Abg. Staudinger: Keine Zwischenreden von der Regierungsbank! Das ist eine Unart sondergleichen! — Staatssekretär Dkfm. Bauer: Wo steht das geschrieben? — Abg. Staudinger: Das ist eine Frage der Kultur! Das ist jahrzehntelang außer Frage gestanden!)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich interfraktionell meine Rede in der vorgeschriebenen Zeit beenden.

Warum der Herr Bundeskanzler die Gelegenheit wahrgenommen hat, sich bei der Opposition für diese dringliche Anfrage zu bedanken, wird mir ewig unverständlich bleiben, denn, Herr Bundeskanzler, die Gesamt-

belastungsquote in der Zeit des Kabinetts Steger — Sinowatz hat sich von 41,4 auf 42,2 Prozent erhöht, das bedeutet eine meßbare Erhöhung der Belastung um 20 Milliarden Schilling.

Zweitens. In Ihrer Ära ist die Belastung der Masseneinkommen von 11,5 Prozent im Jahre 1983 auf 11,8 Prozent im Jahre 1984 gestiegen, und sie wird auf 12,2 Prozent im Jahre 1985 steigen. Das bedeutet einen automatischen Progressionsschub durch die Belastung der Inflation von 5 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren. Und Sie haben durch die Nichtdurchführung einer wirtschaftsbelebenden Steuerreform mögliche Aktivitäten beeinträchtigt und Sie reduzieren die Steuerergiebigkeit. Das alles wissen Sie.

Und zu der Erwartung, zu unserer Erwartung, daß mit dem neuen Finanzminister ein Kurswechsel in der Steuerpolitik in Richtung konstruktiver Verbesserungen erfolgt, haben Sie uns jetzt wissen lassen, daß das nicht passiert. *(Abg. Schieder: Das stimmt doch so wenig wie der Gag mit den red socks! Die sind doch aus Boston, nicht aus New York!)*

Wunderbar. Jetzt haben wir endlich drei Plätze, das scheint Ihnen wichtig zu sein, und es ist bezeichnend, daß Sie keine anderen Sorgen haben. Ich habe gesagt „New York“, der Herr Steger sagt „Chikago“ und Sie sagen „Boston“. Die Österreicher werden sich freuen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schieder: Alle drei Parteien könnten wir klären, wer recht hat!)*

Wissen Sie, wo wir recht haben? — Daß Ihr Beifall ein Ausdruck von Verlegenheit war, um über etwas hinwegzutäuschen. Ich sag's Ihnen. Oder soll ich annehmen, daß Sie schon wieder jemand absetzen wollen, denn das habe ich immer in dem Hause erlebt.

Und ich werde Ihnen noch etwas sagen zu dem Budget, das hier so gelobt wird.

Ist Ihnen bewußt, daß die Zunahme der gesamten Forschungsförderung eine Sache ist, der wir interfraktionell größte Bedeutung beimessen? Interfraktionell! Die Zunahme der gesamten Forschungsförderung ist mit 38,3 Millionen Schilling nicht einmal halb so hoch wie die Zunahme beim Bundestheaterdefizit. Wissen Sie, was ich mit diesem Satz sagen will? Sie haben nicht nur nichts getan, Sie haben Entscheidendes versäumt, auch Ihr neuer Herr, und ich sage für ihn, nur weil Sie ihn sich nicht entwickeln ließen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Graf

Ich muß etwas dazusagen: Ihre Rede, Herr Bundeskanzler, dokumentiert, daß die Regierung Sinowatz — Steger mit der Bewältigung des Kreisky-Erbes überfordert ist. Und ich werde Ihnen abschließend zwei Beweise liefern. Ich hätte fünf, aber die erste Lesung kommt, und da darf ich länger. Zwei Dinge.

Die Abschaffung der ZEST, meine Damen und Herren, in der Meinung des Bankiers Vranitzky, nichts hat sich daran geändert. Sie haben etwas getan, was fast nichts ist, weil es die Beklemmung beläßt, um Ihrem Mann öffentlich zu zeigen, wir haben ihn eh lassen.

Und das zweite, was Sie versäumt haben, und hier unterstelle ich Ihnen beweisbar, Sie haben Kreisky nicht überwunden. Die arabischen Schatten des Dr. Kreisky werden zwar immer kürzer, aber wenn man ansieht, was sich gestern im Zusammenhang mit der Araber-Finanzierung abgespielt hat — und es ist budgetwirksam, daher darf ich es sagen —, dann hätte es überhaupt für Sie, Herr Bundeskanzler, nur eine einzige Möglichkeit gegeben: dem Fachmann Vranitzky zu erlauben, nach Arabien zu fahren und nicht gestern hier herumzutanzten, man dürfe Araber nicht kränken.

In der internationalen Finanzwelt — und diese Leute kommen von dort — gibt es eine Möglichkeit: Es gibt ein besseres, ein neueres Offert, und das verhindert, daß man in unserer Souveränität herumbohrt. Sie hätten ihn dort hinschicken müssen, und er hätte es für Sie geregelt. Verstehen Sie mich? Und das haben Sie versäumt.

Und hier allein zeigt sich, Sie haben die Erbfolge zwar übernommen, aber Sie haben Kreisky nicht bewältigt. Sie bekennen sich zu einem Kurs, den Sie beibehalten.

Und an Sie, meine Herren blue Socks, ob Boston, Chicago oder New York, blaue Gastarbeiter in der Regierung, Sie sollten langsam anfangen zum Nachdenken. Sie sollten langsam anfangen, das könnte für Sie auch, Frau Doktor, gelten, aber ich kann Sie nicht zum Denken animieren, ich habe nicht das Recht dazu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber: Sie sollten langsam nachdenken, wer hat recht. Der Herr Dr. Sinowatz, wenn er sagt, es gibt keinen Kurswechsel, oder der Herr Steger, wenn er sagt, Sie haben freiheitliche Momente eingebracht. Dieses Budget ist ein sozialistisches, es ist das schlechteste, obwohl Sie den Vranitzky haben, und wir werden es bekämpfen. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{16.10}

Präsident Dr. Stix: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

^{16.10}

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Mich hat sehr interessiert, warum diese dringliche Anfrage heute von der Österreichischen Volkspartei eingebracht worden ist, und ich bin dem Herrn Abgeordneten Graf sehr dankbar, daß er erklärte, warum seine Partei dies getan hat. Aber nur eines, das, was er gesagt hat, glaube ich nicht, und ich sage Ihnen, weswegen Sie die dringliche Anfrage tatsächlich eingebracht haben.

Es ist richtig, daß Sie schon gestern am Abend gewußt haben, was in der Budgetrede steht *(Abg. Graf: Ich hoffe, Sie auch!)*, und genau das war der Grund, warum Sie heute die dringliche Anfrage eingebracht haben, dies daher d'accord. Nur ein Unterschied ist da. Wir haben nämlich heute eine Budgetrede gehört und den Voranschlag für das Jahr 1985 bekommen, einen Voranschlag für 1985, der aufzeigt, daß wir im Jahre 1985 ein geringeres Defizit haben werden, daß die Verschuldung zurückgeht, und darüber hinaus in einer Vorlage auf Grund der statistischen Daten eindeutig jedem bekanntgibt, welcher wirtschaftlicher Erfolg von dieser Regierung ausgegangen ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Deshalb haben Sie heute eine dringliche Anfrage eingebracht, weil Sie dieses Budget verdecken wollen mit Ihrer dringlichen Anfrage und es nicht selbständig wirken lassen wollen auf die Medien. Das ist der einzige Grund, der dahintersteht. Das ist sicherlich das, was Sie sich in der ÖVP ausgemacht haben. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Aber, verehrte Damen und Herren, es ist ja nicht verwunderlich. Was hat sich denn in den letzten Tagen hier im Haus abgespielt? Man hat angefangen die Pensionsgefährdung herauszustellen, man hat angefangen Eigentumsgefährdung darzustellen, und so geht das weiter. Das heißt, das ist eine Politik der Verunsicherung, eine Politik der Schlagworte, eine Politik der Unsachlichkeit, die hier von der Österreichischen Volkspartei fortgesetzt wird. Das, verehrte Damen und Herren, werden wir überall aufzeigen, wo uns das möglich ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Heute geht es in dieser Form weiter: Steuerdruck, Steuerreform, wieder Schlagworte. Da kommt der Herr Abgeordnete Kohlmaier und sagt: Und hier wird dem Herrn Bundeskanzler die Schlüsselfrage gestellt.

Mühlbacher

Schauen Sie sich die Frage an, die er gestellt hat. Die lautet nämlich nur: Wann wird die Regierung das ÖVP-Steuerpapier verwirklichen? — Niemals! Ich habe Ihnen das schon einmal erklärt.

Da es sich um das ÖVP-Papier handelt, verehrte Damen und Herren, erübrigt sich nämlich die dringliche Anfrage. Denn die Damen und Herren der ÖVP dürften vergessen haben, daß wir das im September auf Grund des Fristsetzungsantrages schon debattiert haben. Das war ja schon Gegenstand der Verhandlung, und das bestätigt mir ja wieder, daß Sie nur wegen der heutigen Budgetrede, wegen deren Verschleierung, mit einer dringlichen Anfrage kommen und das noch einmal behandeln.

Verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Dr. Zittmayr: Dürfen wir das nicht oder müssen wir fragen?*) Aber nein, Sie können das ja x-mal machen. Wir werden es Ihnen beweisen und der Bevölkerung sagen, daß es Ihnen nur darum geht, mit Schlagworten die Verunsicherung der Bevölkerung fortzuführen.

Wir kommen also jetzt zu der Begründung, zur Staatsquote.

Verehrte Damen und Herren! Nehmen Sie doch jetzt aus den statistischen Beilagen zur Budgetrede die Entwicklung der Steuer- und Sozialquote zur Hand. Im Jahre 1981 war die Gesamtabgabenquote 41,6, und jetzt haben wir 41 Prozent. Das heißt, im Jahr 1980 war sie 40,3, und jetzt haben wir 41. Das heißt, diese Erhöhung erfolgte nicht in dem Ausmaß, wie Sie es dargestellt haben.

Und insbesondere bei der Steuer, bei den Steuereinnahmen, hatten wir im Jahre 1981 Steuereinnahmen des Bundes — in Prozenten zum Bruttoinlandsprodukt dargestellt — von 15,2, 1984 und 1985 sind es 15 Prozent. Was reden Sie denn von einem gestiegenen Steuerdruck, was reden Sie denn von Steuererhöhungen? Im Gegenteil, die Steuereinnahmen des Bundes haben sich im Vergleich zum Bruttonationalprodukt verringert.

Dann steht unter anderem drin in Ihrer Begründung, dies ist alles eine Wachstumsbremse. Verehrte Damen und Herren! Schauen Sie sich doch auch hier die Graphik 1 aus den Beilagen an: Wirtschaftswachstum Österreichs im Verhältnis zu Europa. Wir sind immer besser gelegen als der OECD-Durchschnitt. Sagt Ihnen denn das gar nichts? Hier ist der klare Beweis, daß

keine Bedenken da sind von seiten der Steuern.

Nun, verehrte Damen und Herren, zu Ihrem Dreiphasenprogramm, das Sie ja als Gegenstand der Frage gestellt haben. Wann soll man das verwirklichen? Wir haben Ihnen damals schon bei der Fristsetzung gesagt, was das kosten würde. Grob geschätzt mehr als 30 Milliarden Schilling, stellen Sie sich das bei den finanziellen Verhältnissen vor, das ist ja etwas Undurchführbares.

Aber andererseits, wie ich da lesen kann, verlangen Sie in der ersten Phase, in der Aufschwungphase, man möge den Aufschwung verstärken, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. Das haben wir getan. Nachzulesen in den statistischen Aufzeichnungen, die Ihnen vorgelegt wurden. Arbeit schaffen: Sie können sich auch auf Grund der Arbeitslosenstatistik anschauen, wie sich die Arbeitsmarktsituation in Österreich im Gegensatz zum OECD-Durchschnitt wesentlich verbessert hat.

Und dann: Strukturen verbessern; da sind wir dabei, verehrte Damen und Herren. Und da haben wir einen großen Erfolg, soweit Sie sich nicht immer querlegen. Ich werde darauf noch zurückkommen, was Sie unter „Strukturverbesserung“ verstehen, wenn ich zum nächsten Punkt komme.

Umwelt verbessern. Na, so viel ist für den Umweltschutz überhaupt noch nicht getan worden wie in letzter Zeit, und die Maßnahmen, die wir gesetzt haben, sind eindeutig die besten, die überhaupt in Europa gesetzt worden sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Was will die Österreichische Volkspartei mit dieser dringlichen Anfrage? Welchen Weg verfolgt sie? Da kommt mir heute eine Umfrage in die Hand, wo man Unterschriften sammelt für ein „Ja zur Steuerreform“, gegen den Steuerdruck. Da steht unter anderem: Beginnend beim sogenannten, wie Sie es hier ausführen, Mallorca-Paket, dann steht, was den Unternehmer alles trifft, die Mehrwertsteuererhöhung, die SpARBuchsteuer, die KFZ-Steuererhöhung und höhere Sozialversicherung.

Ich will hier nicht darüber sprechen, daß das der Wirtschaftsbund herausgegeben hat, der eigentlich wissen müßte, daß die Mehrwertsteuer nicht den Unternehmer trifft, sondern den Käufer. Aber das wollen wir lassen. Es stimmt ja so vieles nicht, was Sie sagen.

Mühlbacher

Aber wissen Sie, was nicht da steht: daß mit dem Maßnahmenpaket die Gewerbesteuer gesenkt wurde, daß mit dem Maßnahmenpaket die Steuerfreiheit der nicht entnommenen Gewinne erhöht wurde, und es steht nicht drinnen, daß die Beiträge zum Insolvenzfonds gesenkt wurden. Es steht nicht drinnen, daß auch die Beiträge zum EFZG, also zum Entgeltfortzahlungsgesetz, gesenkt wurden. Alles Erleichterungen für die Selbständigen, von dem schreiben Sie nichts.

Aber jetzt schreibt man vom neuen Papier. Was fordert man? Man fordert eine 20prozentige Einkommensteuersenkung. Wunderbare Sache, habe ich schon das letzte Mal gesagt. Das Gescheiteste ist, wenn man in der Opposition ist, man verlangt gleich die Abschaffung aller Steuern! Das ist also wirklich etwas, das jeder versteht und wo jeder sagen wird, das wäre das beste. Aber Sie begnügen sich damit, daß ein Fünftel aller Steuern gesenkt werden soll, und sagen dann: Erhöhung des Investitionsfreibetrages, Erhöhung der vorzeitigen AfA, Reform der Getränkebesteuerung und Abschaffung der Zinsertragsteuer.

Was wird nicht gesagt? — Daß Sie in diesem Papier — und jetzt komme ich zu Ihrem Strukturkonzept — auch die Abschaffung der Investitionsprämien verlangen. Das sagen Sie den Unternehmern nicht, steht aber auch in Ihrem Papier. Sie sagen nicht, daß Sie auch eine Kürzung aller Investitionsbegünstigungen, aller direkten Investitionsbegünstigungen um 10 Prozent verlangen. Das ist Ihre Methode. Sie sollen den Leuten deutlich alles sagen und dann erst unterschreiben lassen.

Einerseits sagen Sie, wir wollen das nicht, andererseits verlangen der Herr Präsident Sallinger und der Herr Präsident Graf, wir wollen mehr für den Fremdenverkehr, wie ich hier soeben gelesen habe. Das ist eine Doppelzüngigkeit, und wir werden nicht nachlassen, diese Doppelzüngigkeiten der ÖVP überall aufzuzeigen und die Bevölkerung darüber zu informieren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Man spricht nicht vom Abgabenänderungsgesetz, das wir am 25. Oktober hier im Haus im Finanz- und Budgetausschuß in Beratung nehmen werden. Verehrte Damen und Herren! Das hätte nämlich auch die dringliche Anfrage erspart. Sie wissen ganz genau, daß wir uns am 25. Oktober hier im Haus zusammensetzen werden, da haben wir Gelegenheit, darüber zu sprechen, auch über Einzelmaßnahmen, die unter Umständen in Ihrem Papier stehen. Aber nein, Sie wollen ja einen

Gag haben. Sie von der ÖVP wollen verunsichern, Sie wollen eine Politik der Schlagworte.

Meine Damen und Herren! Für mich ist jedes Abgabenänderungsgesetz eine Steuerreform, das müßten Sie auch einsehen. Hier geht es durch die Bank um Änderungen bei den Steuergesetzen. Hier verschweigen Sie aber auch, was da alles drinnensteht, das sind nämlich viele Einzelmaßnahmen. Es sind mehr als 40 Punkte, die der Vereinfachung dienen.

Verehrte Damen und Herren! Das ist auch eine Reform, das ist ein schrittweiser Beginn der Entbürokratisierung auf diesem Gebiet, eine Vereinfachung und Hilfestellung für den Unternehmer sowie eine Verbesserung für jeden Steuerpflichtigen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie haben nicht erwähnt, daß in diesem Abgabenänderungsgesetz weitere Begünstigungen bei Investitionen für den Umweltschutz drinnen sind. Das sagen Sie ja alles nicht! Bei Ihnen wird nur ein Schlagwort herausgestellt, ein unbegründetes auch noch. Hier wird darüber gesprochen, hier wird klar gestellt, hier sagt man Ihnen, daß das nicht stimmt, aber Sie versuchen trotzdem, weiterhin von diesen Schlagworten zu leben. Das werden wir Ihnen in nächster Zeit aber sicher schwieriger machen. Wir werden konsequent aufzeigen, wo Sie innerhalb Ihrer eigenen Partei verschiedener Meinung sind und wo Sie Unrichtiges sagen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Verehrte Damen und Herren! Wir haben uns entschlossen, laufend jene Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet zu setzen, die notwendig sind, die sich aus der Situation heraus ergeben. Das wird eine Steuerreform sein, die in einem permanenten Prozeß abgewickelt werden wird. *(Abg. Graf: Na servas, kann ich nur sagen! Das heißt, es geschieht nichts!)*

Da geschieht sehr viel, und der erste Schritt dazu ist das Abgabenänderungsgesetz, über das wir am 25. Oktober hier im Hause verhandeln werden.

Ich wiederhole jetzt hier wieder, das habe ich das letzte Mal schon gesagt bei Ihrem Fristsetzungsantrag hinsichtlich Ihres Antrages bezüglich „große Steuerreform“: Das ergibt eine Belastung von 50 Milliarden Schilling beim Budget. *(Abg. Graf: Jetzt sind es schon 50!)* Wenn ich die zehn dazurechne, wo Sie das Defizit verringern wollten, dann sind es schon 50.

Mühlbacher

Verehrte Damen und Herren! Wir werden den richtigen Weg gehen, aber nicht den, den Sie von der ÖVP gehen wollen. Wir sind selbstverständlich bereit, mit Ihnen über all Ihre Vorschläge zu reden und schrittweise eine Steuerreform durchzusetzen, die für jeden Steuerpflichtigen, für jeden Steuerzahler Erleichterungen und Vereinfachungen in der Gebarung gegenüber dem Finanzamt bringt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.24

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Taus.

16.24

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war jetzt in meinen Augen eine etwas verwirrende Darstellung, denn heute vormittag hat der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede der Steuerreform eigentlich eine Absage erteilt. Dann hat der Herr Bundeskanzler den Begriff der „permanenten Steuerreform“ erfunden, und jetzt sagen Sie, Herr Kollege Mühlbacher: Wir werden uns schon zusammensetzen und über bestimmte Maßnahmen reden. Das nenne ich Meinungsvielfalt. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Übrigens ist mir etwas aufgefallen: Der Herr Bundeskanzler — ich gebe zu, daß mir das gefällt — ist eigentlich immer wohlthuend ruhig, wenn er von der Regierungsbank aus spricht. Heute hat er dieses Prinzip verletzt und war sehr laut. Da ist mir eine alte Geschichte eingefallen. Winston Churchill hat ja bekanntlich seine Reden sehr genau vorbereitet, und da hat er einmal eine Rede gehalten, die gibt's noch, im Konzept hat er eine Stelle rot unterstrichen und dazugeschrieben: Stimme erheben, laut werden, Argumente schwach. So in etwa ist mir das auch heute bei der Beantwortung der Dringlichen durch den Bundeskanzler vorgekommen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Fister: Haben Sie Kohlmaier zugehört? — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich habe mich schon unter Kontrolle, keine Sorge, Herr Kollege. Machen Sie sich um mein Wohlbefinden am Rednerpult keine Sorgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Argumenten des Herrn Bundeskanzlers: Wir haben ihn gefragt, was mit der Steuerreform, die er ja als einen der Hauptpunkte in seiner Regierungserklärung angekündigt hat; das ist ja keine Erfindung von uns. Das war eine Zentralstelle der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983. Ich zitiere: „Schließlich bin ich der Meinung, daß unser Steuersystem in vielen Bereichen unübersichtlich, unüberschaubar und selbst für

Fachleute außerordentlich schwierig zu handhaben ist. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen.“

Da der Herr Finanzminister heute vormittag diese Steuerreform für tot erklärt hat, haben wir gefragt: Herr Bundeskanzler gilt das, was in der Regierungserklärung steht: ja oder nein? Und nun haben wir gehört: jein.

Der Finanzminister sagt nein, der Herr Bundeskanzler sagt, das sei eine permanente Aufgabe, und der Kollege Mühlbacher sagt: Wir werden uns zusammensetzen und darüber reden. Wir harren also der Dinge, die da auf uns zukommen werden.

Einige Feststellungen zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers: Ich persönlich bin der Auffassung, daß die Regierungsvorlage zum Abgabenänderungsgesetz — ich habe sie mir durchgeschaut — doch nicht als Reform bezeichnet werden kann, der Herr Finanzminister hat das ja auch nicht getan, der Herr Bundeskanzler hat das aber gesagt.

Was steht denn da drinnen, um die wesentlichsten Dinge einmal herauszuheben? Es ist von einigen technischen Dingen die Rede, aber die entscheidende Frage ist das Problem des Investitionsprämiengesetzes, wo man Investitionsprämien im Zusammenhang mit Umweltschutzinvestitionen erhöhen will.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, damit ist dieses Problem nicht zu lösen, es ist nicht einmal zu erleichtern. Wir sind aber gerne bereit — mein Kollege Graf hat das ja immer wieder betont —, über die Frage der Investitionsprämie zu reden; wir haben das ja einmal gemeinsam verhandelt und haben die Einführung einer Investitionsprämie beschlossen. Sie erinnern sich an diesen Ausschuß, in dem wir zusammengesessen sind und gesagt haben: Wir machen die Investitionsprämie. *(Abg. Dr. Veselsky: Sie waren für das Abschaffen!)*

Zur Zinsertragsteuer. Nach einer wochenlangen beziehungsweise monatelangen Diskussion über die Zinsertragsteuer hat der Herr Finanzminister Purzelbäume geschlagen — sicher contre cœur — und hat die ZEST um ein Drittel ermäßigt. Meine Damen und Herren! Jeder weiß, das ist keine Lösung, das ist nicht die Frage. In der Bundesrepublik wird die Kuponsteuer abgeschafft, in Amerika schaffen sie die Zinsertragsteuer ab.

Das heißt, wir haben eine Verzerrung unse-

Dr. Taus

rer Geldmarkt- und Kapitalmarktverhältnisse. Daher ist es ja vernünftig, daß wir gesagt haben: Schaffen wir die ZEST ab! Das ist keine demagogische Forderung, wie das von Ihnen behauptet wird. Der Herr Finanzminister weiß natürlich auch, daß das vernünftig ist.

Ich attestiere dem Finanzminister — so wie mein Kollege Graf das macht —, ein guter Fachmann zu sein, aber ein guter Fachmann ist eine Sache, und etwas politisch verwirklichen ist eine andere Sache. Vranitzky hat seine Auffassungen, die er vorher gehabt hat, politisch nicht durchgesetzt, es hätten ihm die Partei und die Regierung dabei ein bißchen helfen müssen. Aber das haben sie offenbar nicht getan, und damit ist Vranitzky übriggeblieben mit diesem Drittel, damit ein bißerl ein Erfolg da ist. Das ist die Situation, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die nächste Frage, weil wir schon bei der Steuerreform sind, beim Abgabenänderungsgesetz; eine Frage, die der Finanzminister nicht als solche bezeichnet hat. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln hat es geheißen. Meine Damen und Herren! Das ist eine bilanzoptische Vorgangsweise, denn es erhöht niemand das Kapital einer Gesellschaft, wenn er Steuern dafür zahlen muß, wenn er es aus den Rücklagen der Firma erhöht; daher wird steuerlich entlastet. Das ist eine reine Optik, das hat mit Eigenkapitalbildung und ähnlichem überhaupt nichts zu tun. Das geht nicht in die Richtung einer Förderung der Risikokapitalbildung. Das ist keine Steuerreform, das ist eine Sache der Optik. Aber der Finanzminister hat auch gar nicht gesagt, daß das eine neue Maßnahme wäre im Bereich der Eigenkapitalförderung.

Das heißt, meine Damen und Herren, es gibt keine Steuerreform. Die Formulierung des Herrn Bundeskanzlers von der „permanenten Steuerreform“ ist nichts anderes als der Versuch, auszubügeln, daß man vor eineinhalb Jahren in der Regierungserklärung gesagt hat, man werde eine Steuerreform machen und nichts davon übriggeblieben ist. Die „permanente Steuerreform“ ist die Todeserklärung für die Steuerreform. Wenn etwas für permanent erklärt wird — ob das ein Ausschuß ist oder sonst etwas anderes —, so wird das immer ein Begräbnis dritter Klasse, und wir haben ein Begräbnis dritter Klasse in der Frage der Steuerreform. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich persönlich glaube, daß im Jahre 1984 beziehungsweise im Jahre 1985 eine Möglich-

keit bestanden hätte — ich verwende ausdrücklich den Konjunktiv —, von der Budgetmisere vergangener Jahre wegzukommen. Lassen Sie mich ganz kurz begründen, warum ich das sage.

Ich kenne das Ergebnis des Jahres 1984, den Budgetvollzug, noch nicht. Der Herr Finanzminister hat nur zwei Zahlen genannt, er hat aber immerhin in seiner Budgetrede geschrieben, daß er ungefähr 17,4 Milliarden Schilling an Entlastung des Budgets durch seine Maßnahmen bringt; ich kann allerdings nicht überprüfen, ob das stimmt. Ich greife daher zurück auf die Zahlen des Herrn Dr. Salcher.

Die Pensionsreform und alle anderen Maßnahmen sind enthalten in einer Unterlage, die ich mir nur schnell durchgeschaut habe; ich habe sie erst seit heute vormittag. Darin ist zu lesen, daß ungefähr 7,7 Milliarden Schilling an Entlastung für 1985 da sind.

Das heißt also, man hat in zwei Jahren — in den Jahren 1984 und 1985 — rund 25,1 Milliarden Schilling, angegeben von den zuständigen Finanzministern, an Budgetentlastungen durch Mehrbelastung der Bürger durchgezogen, aber es gelingt bei diesen 25 Milliarden Schilling nicht, das Nettodefizit maßgeblich zu reduzieren. Das ist die Problematik, meine Damen und Herren von den Koalitionsparteien, vor der Sie stehen, vor der das ganze Land, vor der die Wirtschaft steht, vor der jeder Steuerzahler steht.

In Wahrheit hätten Sie — ohne jegliche Schwierigkeiten — mit dem Nettodefizit um etwa 10 Milliarden Schilling herunterkommen müssen, denn Sie belasten ja mit 25 Milliarden Schilling mehr, wenn ich diese Rechnung einmal so grob machen darf, da kann man jetzt sicher ein bißchen sophistizieren, gar keine Frage, aber im Prinzip, in der Grundlinie stimmt meine Rechnung.

Was uns so bedenklich stimmt, ist ja, daß es trotz dieser Belastungen nicht gelungen ist, mit dem Nettodefizit maßgeblich herunterzukommen. Das ist die Problematik! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das ist auch die Überlegung, aus der heraus ich sage, daß hier eine Chance verspielt wurde.

Jetzt sage ich genauso wie mein Freund Robert Graf zum Herrn Finanzminister — ich glaube, das versteht er —: Ich schätze ihn als Fachmann, ich kenne ihn lange genug in dieser Branche, da gibt es überhaupt kein Problem. Nur: Daß es zur Steuerreform nicht wirklich gekommen ist, das ist die erste große

Dr. Taus

strategische und politische Niederlage des Experten Vranitzky! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Einige wenige Sätze zu den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers, damit diese nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben. Immer wieder wird mit Arbeitsplatzproblemen argumentiert. Das ist ein großes Anliegen unserer Zeit. Immer wieder rühmt sich die Regierung, wie gering die Arbeitslosenrate in Österreich ist. Wir sind froh darüber, daß sie Gott sei Dank nicht hoch ist, und jeder, der ein bißchen etwas in der Wirtschaft zu tun hat, bemüht sich, in seinem Rahmen etwas zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen.

Es geht nun um eine entscheidende Frage, und wir sollten uns nicht immer in die Tasche lügen. Aus dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger kam die Meldung, daß wir mit allen vorzeitigen Pensionierungen ungefähr eine 6,6prozentige Arbeitslosigkeit hätten. Das ist nicht von mir, das stand in der Zeitung, ich habe es nur gelesen, es ist nicht dementiert worden. Nicht daß ich die Arbeitslosigkeit hinaufreden will! Im Gegenteil: Wenn wir null Prozent Arbeitslosenrate hätten, wäre es mir persönlich am liebsten. Wir haben 100 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt, wir gehören zum guten Durchschnitt der europäischen Industriestaaten, mehr nicht. Wir können ja auch nicht zaubern. Es ist viel vernünftiger, man spricht ehrlich darüber. Die Schweizer haben 250 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt — damit haben sie eine sehr geringe Arbeitslosigkeit, eine noch wesentlich geringere als wir. Aber sie haben es ja auch nicht ganz geschafft, denn man kann, wenn man Arbeitslosigkeit exportiert, nicht sagen: Ich habe die Vollbeschäftigung gesichert. Die Leute, die man wegschickt, sind genauso gute oder genauso schlechte, wie wir das selber sind.

Man sollte hier bei der Realität bleiben, wobei ich durchaus die Bemühungen der Regierung anerkenne, die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten. Ich habe dazu nie etwas anderes gesagt. Man soll nur nicht so tun, als hätten wir den Stein der Weisen gefunden. Wir haben ihn leider auch nicht, die Regierung hat ihn schon gar nicht, auch wenn sie noch so sehr betont, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Beantwortung der Dringlichen gesagt, daß im Mai dieses Jahres eine Steuerreform in einem Wochenmagazin angekündigt und von ihm in

dieser Form nicht akzeptiert wurde. Dann sagte er, er verstehe unsere Enttäuschung, denn damit sei eine „weitere Möglichkeit weggefallen, die Bundesregierung zu attackieren und die Bevölkerung zu verunsichern“.

Was heißt denn das? Verstehen Sie unter Steuerreform Steuererhöhungen oder sonstige Grauslichkeiten? Sonst kann man doch nicht so argumentieren. Das habe ich mir eigentlich nicht gedacht, auf diese Idee hat mich erst der Herr Bundeskanzler gebracht.

Jetzt sagen Sie, Sie erhöhen die Steuern nicht, aber Sie haben sie ja schon erhöht. Vom Standpunkt des einzelnen Steuerzahlers, des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers, des Gewerbetreibenden und des Bauern, wer immer es sein mag, ist natürlich auch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge eine Erhöhung. Es ist doch völlig gleichgültig, ob eine Steuer oder ein Sozialversicherungsbeitrag erhöht wird, das ist für ihn eine Art öffentliche Abgabe. Daher haben wir jedes Jahr eine gewaltige Erhöhung der Belastung. Das gibt es in diesem Land, das können Sie nicht wegdiskutieren. Die Statistik zeigt das auch.

Meine Damen und Herren! Unsere Überlegung wäre: Man sollte einmal versuchen, sich hier einzubremsen. Ich bin der letzte, der glaubt, daß man in den nächsten Jahren große Steuergeschenke machen kann. Das gibt es nicht. Das ist meine Meinung; das sage ich Ihnen ganz offen. Das werden Sie nicht machen können. Aber natürlich wird man vor den Wahlen sagen: Jetzt müssen wir wieder „Tarifkorrekturen“ machen. Dann werden Sie den Tarif weiter verzerren mit dieser „Korrektur“, die dann so geschwind gemacht werden muß, damit man noch schnell ein Wahlversprechen in der Hand hat. Nachher kommt das dicke Ende, nachher muß man wieder um das Doppelte erhöhen. Das ist die Politik, die Sie seit langem machen. Aber die Bevölkerung, so glaube ich, beginnt Sie zu durchschauen, meine Damen und Herren von der SPÖ. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, er denke nicht daran, über unsere Vorschläge hier zu diskutieren: Die Verwirklichung der ÖVP-Vorschläge wird von uns abgelehnt. — Wir haben ja auch nicht gedacht, daß dieses Konzept tatsächlich samt und sonders von der Regierung akzeptiert wird; das würde auch den Spielregeln widersprechen, das ist ja selbstverständlich.

Dr. Taus

Ich würde mich aber nicht hierherstellen und sagen: Das wird von uns samt und sonders abgelehnt. Niemand von uns hat geglaubt, daß dieses Konzept nun Regierungsprogramm der SPÖ werden wird. Das haben wir nicht geglaubt. Aber daß man a priori sagt: Wir reden gar nicht darüber, das wird von uns samt und sonders abgelehnt!, das, meine Damen und Herren, würde ich an Ihrer Stelle nicht machen, obwohl ich vermeiden möchte, Ihnen von dieser Stelle aus Ratschläge zu geben. Das tun wir nicht. Da sind ein paar Sachen drinnen, über die man durchaus reden kann. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Vieles geht doch auch gegen Ihre langjährige ideologische Tradition. Das wissen wir doch, selbstverständlich. Wir können doch nicht das gleiche Konzept machen, das Sie machen würden. Der Unterschied macht die Bewegung aus, und daher gibt es zwischen Ihnen und uns Unterschiede. Die muß es ja geben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was mir als Grundüberlegung vorschweben würde, da werden sicher von Ihrer Seite andere Sachen eingebracht, von unserer Seite auch. Ein Steuersystem in unserer ökonomischen Situation muß eine Art Katalysator der Veränderung sein. Unser jetziges Steuersystem bremst die Änderung aus einer Reihe von Gründen, die ich aus Zeitüberlegungen nicht mehr anschneiden kann.

Unsere Frage wäre: Wie dreht man das Steuersystem nun in die Richtung, daß es die positive Veränderung unterstützt und verhindert, daß sich Menschen aus steuerlichen Gründen gewissermaßen in die Erde krallen müssen, damit sie nichts verlieren? Das ist ja die Problematik unseres Steuersystems, wie wir es heute haben. Es ginge so, daß man aus dem Steuersystem gewissermaßen einen Katalysator der Veränderung macht, in eine positive Richtung geht. Das ist nicht leicht.

Hiezu werden Sie und wir eine andere Auffassung haben, aber irgendwo gibt es einen Weg, den man dann doch zu gehen versuchen kann. Die einen oder anderen werden dann sagen: Na gut, so könnte es auch gehen.

Das ist es, was wir heute mit der dringlichen Anfrage bezwecken wollten, daß man einmal nicht sagt: So, die Steuerreform ist vom Tisch, die gibt es nicht. Ich bin mit dem Begriff „Reform“ — das gebe ich zu — sehr vorsichtig. Aber was wir tun sollten und wozu wir Sie eigentlich ermuntern wollten, ist: Reden Sie weiter über Änderungen im Steuerrecht! Diese sind zum Wohle dieses Landes

dringend notwendig. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{16.41}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Haigermoser.

^{16.41}

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Abgeordneter Kohlmaier hat in seiner Anfragebegründung wörtlich ausgeführt: „Eine Anfrage muß, vor allem wenn sie in dringlicher Form gestellt wird, ihre Berechtigung haben, ihre Sinnhaftigkeit von der Klarstellung her, die gewünscht wird.“

Es wäre gut gewesen, wenn die Anfrage auch dem Inhalt nach diesen Sätzen entsprochen hätte. Beim Durchlesen dieser dringlichen ÖVP-Anfrage muß auffallen, daß nicht nach den Worten Kohlmaiers vorgegangen wurde. Den Beweis dafür werde ich noch erbringen.

Eingangs darf erwähnt werden, daß mit dem Budget 1985 ein weiterer Schritt zur Budgetkonsolidierung gesetzt wurde. Das hat der Herr Finanzminister heute ja ganz klar und deutlich in seiner Rede ausgeführt.

Zur Erinnerung muß der Opposition jedoch neuerlich gesagt werden, daß bereits 1984 das Nettodefizit in bezug auf das Bruttoinlandsprodukt niedriger wurde. Das Nettodefizit wird im nächsten Jahr wiederum gesenkt werden, und zwar von 4,75 Prozent auf zirka 4,4 Prozent. Das sind Erfolgszahlen, auf die wir zweifelsohne stolz sein können.

Meine Damen und Herren! Das ist der erfolgreiche Weg der sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung. Und von diesem erfolgreichen Weg lassen wir uns durch eine zahnlose Haxelbeißerpolitik nicht abbringen. Das garantieren wir Ihnen! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Der zweite Schritt, den die Regierung nun macht und schon lange gemacht hat, ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Diese Verbesserung ist eindeutig und zweifelsfrei gelungen. Der Beweis: Die für das laufende Jahr prognostizierten 0,5 Prozent Wachstumssteigerung, die Sie im vergangenen Jahr in Ihren zahlreichen Wortmeldungen in Frage stellten, wurden auf 2,5 Prozent hinaufgeschraubt. Und dies im laufenden Jahr, wie schon erklärt!

Für 1985 — für 1985, bitte herhören! — werden 3 Prozent reales Wachstum vorausgesetzt.

Haigermoser

Diese Regierung wird alles tun, diese Voraussage noch zu übertreffen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! In dieser Aufschwungphase — der Herr Kollege Taus hat ja zugegeben, daß es einen Aufschwung gibt — verlangt nun die ÖVP einen sogenannten Kurswechsel. Den erfolgreichen Kurs zu halten, ist das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren. Und wir werden diesen erfolgreichen Kurs halten mit den neuen Segeln, die gesetzt wurden.

Wir Freiheitlichen lehnen es ab, einen ÖVP-Zickzackkurs zu befahren, der diese Republik ins Bermudadreieck führen würde. Dagegen werden wir uns jedenfalls mit unserer Arbeit wehren, Herr Kollege. *(Abg. Fachleutner: Welches Wirtschaftswachstum konnte die Landwirtschaft erreichen?)*

Zugegebenermaßen ist etwas Rückenwind aus dem Ausland dabei. Der Tüchtige braucht natürlich auch etwas Glück, und für dieses Glück im Zusammenhang mit der Tüchtigkeit dieser Regierung sind wir dankbar.

Meine Damen und Herren! Die Fakten sind ja im WIFO-Bericht vom September 1984 aufgelistet. In diesem Bericht heißt es, daß die Industrieproduktion gewachsen ist, daß der Export die treibende Kraft des Aufschwungs ist — der Export und nicht der importierte Aufschwung — und daß zunehmend Impulse von der Investitionsnachfrage ausgehen. Zum Beispiel liegen die realen Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal 1984 um 10,4 Prozent über dem Vorjahr. Des weiteren sind erstmals seit Jahren die Insolvenzen im klein- und mittelständischen Bereich zurückgegangen.

Der Herr Kollege Taus hat den Blick in die Bundesrepublik und nach Amerika geworfen. Ich darf daraufhin zitieren, was der Kredit-schutzverband von 1870 in seinem Bericht sagt, nämlich daß in der Bundesrepublik in diesem Jahr die Insolvenzen der vergangenen Jahre sogar noch übertroffen worden sind. Und aus den Vereinigten Staaten ist zu berichten, daß im heurigen Jahr bereits 43 Geldinstitute insolvent geworden sind. Im vergangenen Jahr mußten 48 vor allem kleine Regionalbanken ihre Pforten schließen. Das war die höchste Zahl seit 1939. Das ist in Österreich nicht unser Vorbild, meine Damen und Herren von der ÖVP!

Die Politik der falschen Behauptungen der ÖVP ist weder als Kurswechsel noch als

Ansage von neuen Ideen zu bezeichnen, sondern als eine unverantwortliche Politik der verbrannten Erde. Diese Politik, die Sie betreiben, ist unverantwortlich. Die Bürger erkennen dies in zunehmendem Maße. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich möchte auf die Angstmacherparolen, auf die von vielen schon als „Krampuspolitik“ bezeichneten Kohlmaierschen Worthülsen zurückkommen. Die angekündigte Erhöhung der Familienbeihilfen ab 1. Jänner 1985, die Sie abqualifizieren, soll nun familienfeindlich sein. Das glauben Sie doch selber nicht, meine Damen und Herren von der ÖVP! Alles, was Ihnen dazu eingefallen ist, ist eine Lizitationspolitik und sonst nichts.

Nun zaubert die ÖVP aus ihrer Trickkiste mit doppeltem Boden auch noch den Angsthasen der höheren Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, der Überstunden und der Abfertigungen. Der Herr Bundeskanzler hat eindeutig erklärt, daß dem nicht so ist. Wir haben dies schon mehrmals nicht nur von der Regierungsbank aus, sondern auch von den Rednern der Regierungsparteien gehört. Diese Amateurzaubertricks des Herrn Kohlmaier vollführt die Mock-Partei obwohl sie weiß, daß gerade wir Freiheitlichen die höhere Besteuerung dieser Bezüge von den Unselbständigen abwenden konnten. Daher ist es besser, die ÖVP stößt ihre Unkenrufe in einem Moorsumpf aus als hier im Parlament.

Eigentlich müßte man die Hoffnung aufgeben — wenn auch Kollege Taus hier etwas anderes signalisiert hat, aber das macht er jedesmal in seinen Reden, gehandelt wird dann anders — auf die Bereitschaft der ÖVP zur konstruktiven Zusammenarbeit. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Ich möchte aus freiheitlicher Sicht aber trotzdem den Versuch unternehmen — man soll ja den Versuch nie aufgeben; Herr Kollege Blenk, bei Ihnen habe ich keine Hoffnung —, Ihnen noch einmal in Erinnerung zu rufen, was bisher geschah. Herr Kollege Blenk! Sie sehen ja sehr oft fern, wie ich gehört habe, und da wird ja auch vor jeder Fortsetzungsserie immer eingeschaltet: Was bisher geschah. Das mache ich jetzt für Sie.

Steuerpolitik: Abschaffung der Gewerbesteuer, Reduktion der Gewerbeertragsteuer, Senkung der Vermögensteuer für Betriebsvermögen, Erhöhung der Begünstigung für im Betrieb belassene Gewinne, Abschaffung der Kreditgebühr bei Umschuldungen, et cetera, et cetera.

Haigermoser

Des weiteren darf ich Ihnen mitteilen, welche steuerlichen Erleichterungen geplant sind und kommen werden und wie der Verwaltungsaufwand verringert wird: Verlängerung des Verlustvortrages von fünf auf sieben Jahre, Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung von 60 auf 80 Prozent beziehungsweise Einführung einer 12prozentigen Sonderinvestitionsprämie für Umweltschutzinvestitionen, steuerfreie Auflösung von Rücklagen zugunsten von Eigenkapital, 50prozentige Erhöhung des Freibetrages und der Freigrenze bei der Lohnsummensteuer — eine langjährige Forderung der Freiheitlichen; schrittweise und glaubwürdig wird hier vorgegangen, meine Damen und Herren —, Abschaffung der Gebührenpflicht für Fotokopien und amtliche Geschäftsstücke, et cetera. Für den Fremdenverkehr: Umsatzsteuerbefreiung der Verkehrsvereine.

Wir haben heute den Herrn Kollegen Graf gehört, der offensichtlich jetzt etwas anderes zu tun hat, als der Debatte zu folgen. Dazu muß ich sagen, es wäre besser gewesen, er hätte seinen Auftritt als politischer Sockenhändler nicht hier gehabt und er hätte aus seinem politischen Bauchladen etwas Besseres hervorgezaubert, als er mit seinen sogenannten Gags der roten und blauen Socken hier zum besten gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Wenn der Sekretariatsleiter der Steuerreformkommission Dr. Otto Helige in seiner Dokumentation meint — ich zitiere wörtlich —: „Die Umgestaltung der Steuerrechtsordnung ist ein ununterbrochener Anpassungsprozeß“, so habe ich aus freiheitlicher Sicht dazu nur anzumerken, daß wir zum Unterschied von der ÖVP bereit sind, den vorgeschlagenen und praktizierten Weg der permanenten Steuerreform mitzugehen, auch wenn der Herr Kollege Taus dieses Bemühen, dieses flexible Bemühen hier verunglimpfen wollte. Es ist ihm jedenfalls nicht gelungen. Dieser Weg ist der erfolgreiche Weg der Bundesregierung, meine Damen und Herren! Jedenfalls wird von freiheitlicher Seite alles getan werden, um die Budgetansätze auf Berechtigung, Folgewirkung und Wirksamkeit bei der Budgeterstellung und beim Vollzug zu prüfen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, dem unzweifelhaft im nationalen und internationalen Vergleich erfolgreichen Wirtschaftskurs der Bundesregierung nur eine Lizitationspolitik nach dem Motto: 365mal im Jahr muß das Christkind kommen!, entgegensetzen, so mag das Ihre Sache sein. Die Bürger dieses Landes erkennen immer

mehr die Doppelzüngigkeit der Österreichischen Volkspartei.

Das Wahlergebnis in Kärnten und bei näherer Beleuchtung auch das in Salzburg ... (*Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.*) Wenn Sie das Stichwort Elsbethen bringen, Frau Kollegin, möchte ich sagen: Wenn wir bei der Landtagswahl in meiner Gemeinde von 11 Prozent auf 20 Prozent gekommen sind, dann überlasse ich es Ihren mathematischen Kenntnissen, auszurechnen, was ein Erfolg und was ein Mißerfolg ist. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen einmal in Ihrem Gasthaus in einem stillen Eckerl das zu erklären, wenn Sie Zeit haben.

Das Wahlergebnis in Kärnten und bei näherer Beleuchtung auch das in Salzburg zeigt eindeutig, daß nicht nur die müden Haufen um Herrn Graff ein gerüttelt Maß an Schuld an diesen Niederlagen haben, sondern in zunehmendem Maße auch die ÖVP-Holzhammerpolitik von Mock, Graff, Bergmann und Co.

Einen letzten Satz in Ihr Stammbuch aus der heutigen „Presse“, also vom 19. Oktober 1984; sicherlich eine Zeitung, die nicht unbedingt den Freiheitlichen nahesteht. Hier heißt es wörtlich: „Die Opposition freilich wird gut daran tun, nicht gleich alle Ansätze einer sparsamen Ausgabenpolitik im Sozial- und Subventionsbereich in Grund und Boden zu verdammen.“

Sie tun jedoch etwas anderes als das, was Ihnen Journalisten, die Ihnen nahestehen, raten. Leider Gottes haben diese positiven Worte bei Ihnen noch kein Gehör gefunden. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, eines Tages werden auch Sie begreifen, wie positiv es mit unserer Politik vorwärtsgeht. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 16.54

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steidl.

16.54

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war bis heute der Meinung, der Chef der Bundesregierung ist für alle Österreicher da. Daß er von etwas mehr als der Hälfte dieses Hauses Beifall bekommt, mag für den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei ausreichend sein, für den Bundeskanzler der Republik Österreich ist das sicherlich zu wenig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil Sie meinen, Herr Bundeskanzler, die

Dr. Steidl

Betriebsratswahlen als Erfolg Ihrer Politik darstellen zu müssen, möchte ich doch berichten, daß das keine Sinowatz-Wahlen waren, sondern Ruhaltinger-Wahlen. *(Abg. Ruhaltinger: Ich bin ja auch wer! — Heiterkeit.)* Das Ergebnis hat deutlich gezeigt, wer bei der Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsratsobmann der VOEST und dem Bundeskanzler der Republik Österreich Sieger ist, wer Herr bei der VOEST ist.

Aber wenn Sie schon, Herr Bundeskanzler, auf Wahlergebnisse Bezug nehmen, warum nehmen Sie dann nicht die Arbeiterkammerwahlen her, wo die Österreichische Volkspartei geradezu einen Erdrutschsieg errungen hat? Oder wenn Sie weniger weit zurückliegende Wahlen nehmen wollen, dann empfehle ich Ihnen, die Gemeindevertretungswahlen in Salzburg zu nehmen, wo von 170 000 Wählern mehr Menschen der Österreichischen Volkspartei ihr Vertrauen geschenkt haben und wo die Sozialistische Partei und im ganz besonderen Ausmaß die Freiheitliche Partei ganz entscheidende Prozente verloren haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwimmer: War doch ein Sieg in Salzburg für die FPÖ!)*

Herr Vizekanzler! Ihre Zwischenrufe bestätigen aber wirklich, was die Öffentlichkeit immer sagt: Der Vizekanzler ist immer dann am besten, wenn er nichts sagt. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Die Aussichten auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung werden sehr unterschiedlich beurteilt. Die Unsicherheit besteht nicht zuletzt darin, daß man nicht weiß, wie es nach den Wahlen in den USA weitergehen wird. Es ist doch ein sehr hohes Zinsniveau, der Geldabfluß aus Europa ist in mancher Beziehung beängstigend, und es gibt Stimmen insbesondere in der Schweiz und in der Bundesrepublik, die meinen, daß der Wirtschaftsaufschwung doch einen sehr schweren Einschnitt erfahren wird. Wir wissen aber jetzt, daß wir in einem Wirtschaftsaufschwung sind, der zurzeit großteils noch aus dem Ausland stammt. Daher sollten wir doch alles dazu beitragen, diesen Wirtschaftsaufschwung durch innerösterreichische Maßnahmen entsprechend abzusichern.

Wenn schon eine Abkopplung von der internationalen Wirtschaft nicht möglich ist, dann sollte durch Schaffung entsprechender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen dafür gesorgt werden, daß die Konjunktur, wenn sie international zurückgeht, durch österreichbestimmte Komponenten erhalten bleibt. Als solche Rahmenbedingungen möchte ich die

Verminderung des Steuerdruckes, Anreize für Investition und Innovation und eine Stärkung des Eigenkapitals bezeichnen.

Ich weiß, meine Damen und Herren, es gibt über die Auswirkung von Steuersenkungen unterschiedliche Meinungen. Aber man ist sich einhellig darüber im klaren, daß Steuererhöhungen noch nie ein Mittel waren, eine Konjunktur anzukurbeln. Steuererhöhungen haben immer dazu gedient, eine erhitze Konjunktur abzukühlen, Wirtschaftswachstum einzubremsen, aber es nicht anzukurbeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es sollte Ihnen doch zu denken geben, daß es in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren, aufgeteilt auf zwei Branchen, Steuersenkungen im Ausmaß von 20 Milliarden D-Mark geben wird. Sie sollten, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, nicht unbeachtet lassen, daß Frankreich unter dem neuen Ministerpräsidenten bereits bei der ersten Ministerratssitzung den Beschluß gefaßt hat, Steuersenkungen im Ausmaß von 160 Milliarden Schilling vorzunehmen, und auch Schweden will entsprechende Steuersenkungen durchführen.

Ich glaube also, wenn wir von der ÖVP in unserem Steuerreformkonzept derartige Steuersenkungen vorschlagen und für notwendig halten, daß wir damit einen ganz entscheidenden Impuls für die Beibehaltung des Wirtschaftswachstums setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wissen, welche Bedeutung Innovation und Investition für das Wirtschaftswachstum haben. Gerade die Ausrüstung mit Maschinen, die zurzeit noch immer weit unter dem Durchschnitt der letzten Jahre ist, wäre ein Garant für die Beibehaltung beziehungsweise Entwicklung der Konjunktur. Gerade hier sollten wir entsprechende steuerliche Anreize schaffen, um die Anschaffung von Maschinen besonders zu begünstigen. Denn mit Maschinen werden wir konjunkturelle Maßnahmen in vermehrtem Ausmaß durchführen und halten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genauso wichtig erscheint es mir, durch Förderung von Innovation das Potential an Kreativität, das gerade den österreichischen Menschen auszeichnet, zu aktivieren und dazu beizutragen, daß wir mehr als bisher unsere schöpferischen Kräfte nutzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was die Eigenkapitalstärkung schließlich betrifft, so wissen wir, daß seit 1970 geradezu

Dr. Steidl

ein dramatischer Erosionsprozeß beim Eigenkapital eingesetzt hat. Lassen Sie mich einen Zeugen nennen, von dem ich nicht weiß, wie suspekt er bei Ihnen zurzeit ist; wir haben an sich immer gewisse Vorbehalte gehabt. In der letzten Ausgabe „CA-Exklusiv“ vom Oktober 1984 schreibt Androsch: Die Eigenmittelquote der österreichischen Aktiengesellschaften hat sich von 1970 bis 1982 von 37,3 auf 16,4 Prozent vermindert; eine Entwicklung, die wirklich bedrohend ist.

Herr Bundeskanzler! Nun haben Sie in Ihrer Regierungserklärung angekündigt, rasch eine Steuerreform zu machen. Das war keine Absichtserklärung, sondern Sie haben dezidiert erklärt, unter gewissen Auspizien rasch eine Steuerreform zu machen. *(Abg. Dr. M o c k: Richtig!)*

Ich habe es als einen Schlag ins Gesicht empfunden, daß Sie nicht einmal ein Jahr später, nämlich bereits am 23. Mai 1984, den Tritt auf die Bremse getan haben und diese Steuerreform, die ein Bestandteil Ihrer Regierungserklärung ist, abgeblasen haben.

Meine Damen und Herren! Ich habe bisher die Meinung vertreten, daß eine Regierungserklärung die Festlegung des Willens der Bundesregierung ist, was sie in den nächsten vier Jahren tun will. Wenn man sich nicht einmal ein Jahr auf das Wort des Bundeskanzlers, auf das Wort der Minister, die ja auch die Regierungserklärung mit beschlossen haben, verlassen kann *(Abg. Dr. M o c k: Alles gleichgültig!)*, dann weiß ich nicht, Herr Bundeskanzler, was man Ihnen noch glauben kann! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat deshalb ein eigenes Steuerreformkonzept ausgearbeitet, das sowohl bei den Fachleuten als auch in der Öffentlichkeit entsprechende Beachtung gefunden hat.

Wir haben es hingenommen, daß Staatssekretär Bauer eine Diskussion darüber abgelehnt hat, wiewohl sein Chef, der Finanzminister Salcher, erklärt hat, über einzelne Punkte unseres Konzeptes ließe es sich durchaus diskutieren.

Heute hat sich der Herr Bundeskanzler bedauerlicherweise auch von dieser Aussage „seines“ — unter Anführungszeichen — Finanzministers distanziert.

Auch Sie, Herr Bundeskanzler, wollen offenbar nicht mehr über diese notwendigen steuerlichen Maßnahmen zur Erhaltung des

Wirtschaftsaufschwunges, zur Erhaltung der Kaufkraft unserer Bevölkerung diskutieren. Ich weiß nicht, ob das von der Bevölkerung, von der Öffentlichkeit wirklich verstanden wird.

Wir haben in den neuen Finanzminister — das sei unbestritten — Hoffnungen gesetzt. Ihre ersten Äußerungen, Herr Finanzminister, fanden bei uns in der Österreichischen Volkspartei positives Interesse. Aber, ich muß es sagen: Schon nach wenigen Tagen haben Sie uns sehr, sehr enttäuscht, als wir feststellen mußten, daß Sie bereits an die rot-blaue Parteileine genommen worden sind und seither eigentlich nur Vollzugsorgan der sozialistischen Politik der Belastung und Verbürokratisierung sind. *(Abg. Dr. B l e n k: Das hat der Bundeskanzler angedroht!)*

Ich weiß nicht, ob man zum Vollzugsorgan einer solchen Regierung unbedingt einen Generaldirektor bestellen muß. Ich glaube, Sie hätten wichtigere Aufgaben gehabt, als hier auszuführen, was die Partei beschließt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Weil Sie das Abgabenänderungsgesetz 1984 als Beginn der Steuerreform, als einen ersten Schritt bezeichnen, muß ich sagen: Herr Präsident Mühlbacher, Sie sind sehr bescheiden geworden. Auf diesen 99 Seiten *(Abg. M ü h l b a c h e r: Über 40 Punkte!)* stehen sehr viele Begründungen, über 40 Punkte. Das ist aber bei Gott nicht einmal der Beginn einer Steuerreform! Wenn hier Schritte gesetzt worden sind, dann waren es höchstens solche der Schreibmaschine. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Momentan gibt es eine Reihe von Problemen, die hier überhaupt keine Berücksichtigung gefunden hat. Ich sage Ihnen eines: Es gibt in der Stadt Salzburg 500 Steuerpflichtige — Eigentumswohnungsbesitzer und Häuslbauer —, die jetzt aufgrund eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes von der Finanzbehörde bedroht sind, bis zu 200 000 S Grunderwerbsteuer nachzahlen zu müssen. Da wäre es doch notwendig, Herr Präsident Mühlbacher und Herr Finanzminister, ein Abgabenänderungsgesetz in diesem Umfang zu erweitern und auch diese Frage entsprechend zu regeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von der ZEST kann ich heute nicht mehr reden, weil die Zeit zu weit fortgeschritten ist. Aber das eine kann ich Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister: Die Österreichische Volkspartei wird nicht eher ruhen, bevor nicht diese Sparbuchsteuer auf Heller und Pfennig abgeschafft ist. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Steidl

Die Fortsetzung des sozialistischen Weges ist kein Beitrag zur Belebung der Wirtschaft, wie diese sozialistische Politik auch nicht in der Lage war, in den Jahren der Hochkonjunktur die Strukturprobleme zu bewältigen und Reserven anzulegen.

Sie müssen, meine Damen und Herren, Abschied nehmen von der Meinung, daß Wirtschaft nur über staatliche Maßnahmen machbar ist. Der Staat hat lediglich die Aufgabe, akzeptable Rahmenbedingungen zu schaffen. Das übrige wird die Wirtschaft allein tun.

Meine Damen und Herren! Die Zeit drängt. Ein stehendes Fahrzeug ist viel schwerer in Bewegung zu setzen, als ein in Bewegung befindliches zu beschleunigen. Warten wir nicht, bis die Konjunktur zum Stillstand gekommen ist, setzen wir jetzt jene Maßnahmen, die notwendig sind, das Wirtschaftswachstum zu erhalten. Diese Dringlichkeit, meine Damen und Herren, ist gegeben.

Die Österreichische Volkspartei bietet Ihnen (*Abg. Parnigoni: Eine ÖVP-Regierung!*) ein Steuerreformkonzept an, das in sozial ausgewogener Weise den übermäßigen Steuerdruck mildert, Investitionen anregt und Innovationen fördert, das Eigenkapital und damit die Risikoprämie und -basis stärkt und schließlich die Steuerbürokratie abbaut.

Meine Damen und Herren! Wir werden an diesem Steuerreformkonzept weiterarbeiten und es immer den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Für uns ist Steuerreform kein statisches Anliegen, für uns ist Steuerreform ein dynamischer Prozeß. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Niemand, Herr Präsident Mühlbacher, wird Sie hindern, einen großen Schritt zu tun, anstatt immer nur anzukündigen, kleine Schritte zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Zeit drängt. Der Kurswechsel ist zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme notwendig! (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.09

Präsident: Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Elfriede Karl.

17.09

Abgeordnete Elfriede Karl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei will mit dieser dringlichen Anfrage eine Diskussion ihrer Anträge zum Steuerrecht erzwingen. Sie will das zu einem Zeitpunkt, zu dem diese Diskussion im Finanz- und Budgetaus-

schuß unmittelbar bevorsteht — sie wird nächste Woche stattfinden —, eine Diskussion, die dann wahrscheinlich ziemlich rasch auch hier im Plenum durchgeführt wird. (*Abg. Dr. Keimel: Das ist die Reform!*)

Mit Gegenstand dieser Diskussion wird ein Entwurf zu einem Abgabenänderungsgesetz sein, das immerhin einige hundert Millionen Schilling an Steuererleichterungen für die Wirtschaft, Hilfen im Bereich des Umweltschutzes und administrative Erleichterungen bringen wird (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel*); also durchaus Dinge, die auch den Intentionen der Opposition und dem entsprechen müßten, was Herr Dr. Taus gemeint hat, als er sagte, man müßte auch über Änderungen und über Bewegungen in diesem Bereich ständig diskutieren.

Ich kann mich daher, wenn ich mir überlege, daß eine dringliche Anfrage ein relativ scharfes parlamentarisches Instrument ist, über die heutige dringliche Anfrage nur wundern. (*Abg. Dr. Blenk: Das tut uns sehr weh!*)

Meine Damen und Herren! In der Einleitung Ihrer Anfrage beklagen Sie das Abgabenniveau als leistungshemmend und eigentumsfeindlich und bezeichnen wirtschaftspolitische Probleme wie die Sicherung der Arbeitslosigkeit oder auch die Finanzierung von Renten und Pensionen als ungelöst. Es ist dies jene undifferenzierte Schwarzmalerei, die ich unter wechselnden wirtschaftlichen Voraussetzungen eigentlich schon seit 1971 in diesem Hohen Haus kenne, und ebensolang, meine Damen und Herren, sprechen die Fakten, sprechen die Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik dagegen. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie haben heute oder vielleicht auch schon gestern statistische Unterlagen und Graphiken zur Budgetrede erhalten. Ein kurzer Blick darauf — ich nehme an, die Quellen, nämlich die OECD und das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut, sind Ihnen unverdächtig — zeigt Ihnen, daß Österreich seit 1970 mit dem Wirtschaftswachstum über dem Durchschnitt der europäischen OECD-Staaten liegt, daß Inflations- und Arbeitslosenraten deutlich darunter liegen, und es gibt viele Untersuchungen, die zeigen, daß Österreich hinsichtlich seines sozialen Standards im europäischen Spitzenfeld liegt.

Nun, wenn wir auch den Stein der Weisen nicht gefunden haben oder nicht besitzen — da stimme ich mit Herrn Dr. Taus überein, ich

Elfriede Karl

glaube, den gibt es gar nicht —, müssen wir doch eines sagen: daß wir in einer Zeit, die für alle westlichen Industriestaaten außerordentlich schwierig ist, die Probleme doch besser bewältigt haben als viele andere. Auf Grund dieser Tatsache muß auch die Frage erlaubt sein: Kann dieses Ergebnis mit einem leistungs- und eigentumsfeindlichen Steuersystem erzielt werden? Kann das mit einer falschen Wirtschaftspolitik erreicht werden, oder ist es nicht vielmehr so, daß Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik den Fleiß, die Einsatzbereitschaft, die Initiative, die Kreativität der österreichischen Unternehmer und der österreichischen Arbeitnehmer unterstützt haben und damit dieses Ergebnis erzielt werden konnte? *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man von Abgabenbelastung spricht — und Herr Dr. Kohlmaier hat wieder gemeint, erst ab 4. Juni arbeitet der österreichische Arbeitnehmer oder arbeiten die Erwerbstätigen für ihre eigene Tasche; er hat also damit das ganze Abgabenniveau gemeint und nicht nur die Steuern —, wenn man darüber sachlich diskutieren will, dann, glaube ich, muß man schon dazusagen, daß mehr als ein Drittel davon Sozialversicherung ist. Das heißt, das ist die Arbeit für die eigene soziale Sicherheit und die der Angehörigen.

Und man muß etwas anderes auch noch dazusagen, abgesehen davon, daß aus einem Staatshaushalt Leistungen erbracht werden, die dem Bürger zugute kommen: daß den Abgaben auch ein hohes Maß an Ausgaben, die den Menschen und den Betrieben unmittelbar und direkt als Einkommen wieder zugute kommen, gegenübersteht.

Das ist die Wirtschaftsförderung! Das sind im Bereich der Sozialpolitik die direkten Transfers! Und ich nenne hier nur zwei Beispiele: der Familienlastenausgleichsfonds und der Pensionszuschuß. Das allein macht heuer oder nächstes Jahr, besser gesagt, fast 70 Milliarden Schilling aus, die den Anspruchsberechtigten direkt als Einkommensverbesserung zugute kommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das sind nur zwei Beispiele, es gibt noch eine ganze Reihe anderer solcher direkter Transfers. Gerade die Volkspartei ist ja auch in der Forderung nach Ausweitung der bestehenden und auch nach Einführung neuer direkter Transfers ziemlich erfinderisch. Ich denke hier nur an die Diskussion um das Erziehungsgeld.

Gleichzeitig verlangen Sie Steuersenkungen, von denen, nach Ihren Vorstellungen, die beiden ersten Etappen etwa 12 Milliarden Schilling kosten; die Kosten der dritten können Sie nicht quantifizieren. Und gleichzeitig verlangen Sie eine Reduktion des Budgetdefizits; offensichtlich in dem guten Gefühl, daß Sie die Vereinbarkeit widersprechender Zielsetzungen nie nachzuweisen brauchen.

Richtig ist: Steuerrecht ist nichts Statisches. Es muß immer wieder den wirtschafts- und sozialpolitischen Erfordernissen angepaßt werden, und der Steuertarif muß ebenso von Zeit zu Zeit der Geldwertentwicklung angepaßt werden. Das geschieht auch immer wieder.

Ich erinnere an die Einkommensteuerreform 1973, 1975 und 1979. Ich erinnere daran, daß die zweite Etappe der letzten Steuerreform erst 1983 in Kraft getreten ist. Und ich erinnere daran, daß das Abgabenänderungsgesetz im Vorjahr — auch heuer liegt ja ein derartiges vor — für die Wirtschaft eine ganze Reihe von Erleichterungen vorsah.

Es gibt also einen permanenten Prozeß der Steuerreform. Für mich, meine Damen und Herren, ist Permanenz nichts Totes, wie das Herr Abgeordneter Taus gemeint hat, sondern etwas sehr Lebendiges. Und Herr Dr. Steidl hat sich ja ebenfalls zu dieser Permanenz bekannt. Ich glaube, hier wäre bei Ihnen dann einmal eine gewisse Sprachregelung notwendig.

Wenn der Herr Abg. Dr. Kohlmaier beklagt, daß das Steuersystem unübersichtlich ist, daß es Ausnahmeregelungen gibt und daß das zu Problemen führt, so stimme ich mit ihm darin überein.

Es ist richtig: Wir haben den Steuertarif. Wir haben eine Menge von einkommensteuerfreien Einkommensbestandteilen. Wir haben Absetzmöglichkeiten. Und es ist für manchen Steuerpflichtigen schwierig, all diese Möglichkeiten wahrzunehmen.

Nur, Herr Dr. Kohlmaier: Ich glaube, man muß auch eines dabei sehen: daß das ja etwas ist, was historisch gewachsen ist. Das ist einerseits entstanden in der Verfolgung allgemeiner wirtschafts- und sozialpolitischer Zielsetzungen, wenn man zum Beispiel die Wohnraumbeschaffung oder das Bausparen oder Investitionen begünstigen will. Andererseits werden auch Probleme und Interessen verschiedener Gruppen von Steuerpflichtigen berücksichtigt. Gerade das ist es ja, was die

Elfriede Karl

Diskussion um die Vereinfachung und um die Änderung so schwierig macht: daß eben diese Interessen betroffen sind, daß die Leute in ihren Problemen betroffen sind. Wir haben ja oft genug erlebt, daß man eine Frage zur Diskussion stellt und damit fast ein Aufheulen von Gruppen oder auch von politischen Parteien auslöst.

Ich glaube daher, daß gerade diese Problematik eine sachliche Diskussion und nicht eine polemische Auseinandersetzung erfordert.

Meine Damen und Herren! Im Personensteuerrecht, also in dem Teil des Einkommensteuerrechts, das die persönlichen Einkommen betrifft, waren im sozialpolitischen Sinn in der Vergangenheit zweifellos vor allem jene Änderungen von großer Bedeutung, die Steuerermäßigungen in direkte Transfers übergeführt haben. Ich erinnere hier an die direkten Prämien beim Bausparen. Ich erinnere hier an die Berücksichtigung der Kinder und an die Erhöhungen der direkten Leistungen.

Die direkten Transferleistungen allein aus dem Familienlastenausgleichsfonds sind seit 1970 auf das Fünffache gestiegen. Das, meine Damen und Herren, ist eine Verbesserung gerade für die sozial Schwachen, darunter natürlich für zahlreiche kinderreiche Familien. Man muß dabei noch die Hilfe in Betracht ziehen, die in besonderen Problemfällen, also alleinstehenden Elternteilen, Eltern mit behinderten Kindern, oder auch nach Lebensphasen der Familie, wie zum Beispiel bei der Geburt der Kinder oder in ihrer Schulzeit, gewährt wird.

Ich kann daher die Auffassung, die in Ihren Anträgen vertreten wird, daß es zur Abkopplung sozial Schwacher und kinderreicher Familien von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung gekommen ist, nicht teilen. Mit Steuerpolitik kann man diesen Gruppen nämlich relativ wenig helfen, sondern diesen Gruppen hat unsere Politik, die nicht nur die steuerliche Seite beachtet, sondern vor allem auch jene beachtet, die eben von Steuerermäßigungen nichts haben, zweifellos den Anschluß an diese Wohlstandsentwicklung erst verschafft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich bin daher der Überzeugung, daß man Steuerrecht nicht allein betrachten kann, sondern daß man es nur im Gesamtzusammenhang auch mit anderen einkommenswirksamen Leistungen und Fakten betrachten muß, und eine weitere Reform — es ist ein perma-

nenter Prozeß — erfordert sachliche Auseinandersetzung. Für Polemiken, meine Damen und Herren, ist diese Frage zu wichtig. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.21

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schüssel.

17.21

Abgeordneter Dr. **Schüssel** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf die Frau Abgeordnete Elfriede Karl durchaus beruhigen. Wenn die Opposition eine Anfrage stellt, noch dazu dringlich, dann möchte sie eine Antwort haben. Diese Antwort, was denn nun eigentlich mit der versprochenen Steuerreform — in der Regierungserklärung versprochen — sein wird, ist heute gegeben worden, und die Antwort war durchaus klar. Wir sind zufrieden. Ob es der Wähler sein wird, ist eine zweite Frage; wir werden es dem Wähler jedenfalls sagen.

Sinowatz hat ein beinhartes Jein gesagt, wie Taus schon erklärt hat. Er hat die Steuerreform als permanent erklärt.

Damit ist sie für jeden Finanzminister geradezu lebensgefährlich geworden. Es dürfte seine Amtszeit dramatisch verkürzen, wenn er diese heiße Kartoffel wirklich anpackt, und das erklärt natürlich auch das heutige Nein des Finanzministers Dr. Vranitzky zur Steuerreform. Denn diese Kartoffel wird er sich gleich am Beginn seiner Amtszeit nicht einhandeln. Und Präsident Mühlbacher wird das wahrscheinlich auch noch begreifen, er wird hier vorsichtiger werden in Zukunft.

Wir sind also mit der Anfragebeantwortung durchaus zufrieden, wir wissen, was wir dem Wähler zu sagen haben: Die Steuerreform ist tot!

Wir müssen dem Wähler darüber hinaus, nach Beobachtung der Arbeit dieses neuen Teams in drei wichtigen Fragen: Budget, Steuer, soziale Sicherheit, eine überaus traurige Nachricht zukommen lassen: Es haben sich zwar die Gesichter geändert, der Inhalt der Politik jedoch nicht.

Und damit ist für uns wiederum ein Vorteil gegeben. *(Abg. Dr. Mock: Genau!)* Denn damit werden die Unterschiede — wesentliche Unterschiede — in unseren Positionen zu Ihren Positionen als Koalitionsregierung durchaus sichtbar.

Erstens: Die ÖVP will eine große Steuerreform rasch und zügig in einem Dreiphasen-

Dr. Schüssel

plan durchziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die sozialistische Koalition schiebt dagegen die Steuerreform auf die lange Bank und erhöht statt dessen die Direkt-Wirtschaftsförderung um 4 Milliarden Schilling; ein Weg, den wir nicht gehen wollen.

Zweitens: Herr Finanzminister, Sie haben mit dem heute vorgelegten Budget meiner Meinung nach eine große Chance vertan. Wir haben zwei Jahre Hochkonjunktur, Sie haben mit diesem Budget 1985 diese Zweijahreschance nicht genützt. Sie haben die Chance vergeben, über eine Budgetkonsolidierung überhaupt erst die Voraussetzung für eine große Steuerreform zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Koalition will mit der Steuerreform also warten, bis sich das Budget quasi von selbst saniert. In Amerika hat man das einmal Woodoo-economics genannt. Anders kann man das hier auch nicht bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Opposition will dagegen eine Steuerreform, um wirtschaftliche Anreize zu setzen, die wiederum über das Wirtschaftswachstum helfen, das Budget zu sanieren. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Finanzminister hat ein Budget vorgelegt — ich kann es Ihnen nicht ersparen —, das im Grunde, in den Grundzügen genausogut von einem Finanzminister Salcher hätte vorgelegt werden können. *(Abg. Dr. Mock: Genau!)* Praktisch das gleiche Bruttodefizit, praktisch das gleiche Nettodefizit. Die Schwerpunkte sind beinahe ähnlich. Man darf nur nicht vergessen — und das ist in der Öffentlichkeit bisher untergegangen —, daß Finanzminister Vranitzky 12 Milliarden Schilling mehr Einnahmen zur Verfügung standen als Finanzminister Salcher. Und der Riesenerfolg ist, daß alles gleichgeblieben ist.

Meine Damen und Herren! Das stimmt bedenklich. Denn es läßt den Verdacht aufkommen, daß Sie überall nachgegeben haben. Und im Detail wird es ja noch nachzuweisen sein. Plötzlich eine halbe Milliarde Schilling mehr für die Arbeitsmarktförderung, 4 Milliarden — schon erwähnt — mehr für direkte Wirtschaftsförderung, und gleichzeitig sinkt der Bundesanteil an den Investitionen. Ein wirklich falscher Weg, Herr Finanzminister! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dritter Unterschied: Wir wollen Klarheit, und bei Ihnen geht die Verunsicherung schon

wieder weiter. Ich habe heute dankenswerterweise in der Budgetrede zur Kenntnis genommen, daß es keine neuen Steuern, aber auch keine Steuererhöhungen geben wird in dieser Legislaturperiode. Ja bitte sehr, am 17. Oktober, vorgestern in „Der Presse“, gibt Dallinger, Mitglied der Bundesregierung Sinowatz — Steger, der ja auch Vranitzky angehört, der heute die Budgetrede gehalten hat, ein Interview, in dem er erklärt, er braucht weitere drastische Maßnahmen zur Sicherung des sozialen Systems, er braucht die Maschinensteuer. Und zwar muß nach seinen Vorstellungen rasch der Sozialbeitrag der Betriebe nicht mehr nach Personalstand, sondern nach der Produktivität bemessen werden. Da werden sich die gesunden Betriebe mit guter Produktivität aber freuen, daß sie durch den Sozialminister jetzt neuerlich geschädigt werden! Das ist meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, wiederum ein völlig falscher Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Uns hätte interessiert, was dazu zu sagen wäre. Was stimmt jetzt: Dallinger-Interview von vorgestern — Budgetrede von heute? Herr Bundeskanzler, wir haben dazu nichts gehört.

Es bleiben weitere Verunsicherungen.

Es wird gerade für Kleinbetriebe Verschärfungen geben. Kündigungsstopps. Es darf nur mehr mit Zustimmung des Betriebsrates Kündigungen in Klein- und Mittelbetrieben geben.

Ja meine Damen und Herren, haben wir noch nicht genug von den bitteren Erfahrungen in manchen Großbetrieben? Soll jetzt das gleiche Spiel auch bei den noch gesunden Klein- und Mittelbetrieben Platz greifen?

Verunsicherung, die wir als Opposition ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es ist natürlich bezeichnend, daß wir dazu weder den sozialistischen Spitzenkandidaten Mühlbacher vom FWV irgend etwas dazu bisher sagen gehört haben, noch ein RFW-Abgeordneter, zum Beispiel Eigruber oder sonst jemand, einen Ton hervorgebracht hätte, oder gar etwa der Anti-Dallinger in der Bundesregierung. — Ein falscher Kurs!

Vierter Unterschied: Ganz klar die Sparbuchsteuer, die ZEST.

Meine Damen und Herren, einige ganz knappe Sätze dazu. Ich kann es Ihnen nicht ersparen.

Dr. Schüssel

Diese Steuer ist gefährlich, wirtschaftspolitisch, psychologisch enorm gefährlich und zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt eingeführt worden.

Erinnern wir uns doch: Noch vor drei Jahren sind vom Kapital für Wertpapiere Steuerbegünstigungen mit 15 Prozent in Kraft gewesen. Dann hat es noch Androsch abgesenkt auf 10 Prozent. Unter Salcher wurden sie völlig abgeschafft. Dann kam die Strafsteuer mit der ZEST, mit der SpARBuchsteuer, zunächst 7,5 Prozent und jetzt 5 Prozent auf die Zinsen. Innerhalb weniger Jahre! Und gleichzeitig mit dem gigantisch gestiegenen Dollarkurs und mit den Realverzinsungen in anderen Ländern, die unsere natürlich bei weitem schlagen!

Das sind die Gründe für die Austrocknung des österreichischen Kapitalmarktes (*Beifall bei der ÖVP*), der praktisch als tot bezeichnet werden kann.

Im ersten Halbjahr 1984 hatten wir 2 Milliarden — 2 Milliarden! — Nettoemissionen. Voriges Jahr waren es 22 Milliarden Schilling. (*Zwischenruf.*) Das Indus-trieclearing hat stark zugenommen auf ungefähr 20, 25 Milliarden Schilling. Ist ja auch klar. Man erspart sich damit die Zinsertragsteuer, man erspart sich die Mindestreserve als Bank, es gibt keine Bankensonderabgabe, keine Kreditgebühr. Das macht unter dem Strich eine Kreditverbilligung von 1 bis 1,5 Prozent aus. Ja da darf man sich doch nicht wundern und darf nicht den Kopf in den Sand stecken!

Und natürlich hat die ZEST verheerende wirtschaftliche Auswirkungen gehabt. Eine geringe Sparneigung. Der Zuwachs betrug in den ersten acht Monaten 1982 — Geldkapital — 48 Milliarden, voriges Jahr — da hat die Diskussion schon gegriffen — 31 Milliarden und heuer 9 Milliarden Schilling.

Das sind die harten Fakten, meine Damen und Herren. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: In der Bundesrepublik genauso, Herr Kollege Schüssel!*) Aber bitte sehr, die Bundesrepublik ist überhaupt nicht vergleichbar in diesem Punkt. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: O ja!*) Aber bitte sehr! Da können Sie aber Statistiken nicht lesen! Den Unterschied möchte ich Klavier spielen können. (*Beifall bei der ÖVP. — Staatssekretär Dkfm. Bauer: In der Größenordnung schon, aber im Zuwachs nicht!*)

Die wirtschaftlichen Abflüsse durch die Zinsertragsteuer, durch die SpARBuchsteuer,

liegen nach Auffassung aller österreichischen Banker, ob rot, ob schwarz — ob blau, wenn es blaue gibt (*Abg. Graf: Nein, nein, noch nicht!*); O. K., noch ein Glück, denn dann würde dort auch manches Platz greifen, was wir ja heute schon in der Fragestunde diskutiert haben —, bei 10 bis 15 Milliarden Schilling, und da kommen Sie jetzt mit einer Reduktion des Satzes von 7,5 auf 5 und glauben, jetzt wird sich plötzlich alles ändern, die Anleger werden sich nicht mehr fürchten, alle Irrationalismen werden weg sein, und die Anleger werden herbeiströmen.

Irrtum! Das ist Woo-doo-economics, wenn man das wirklich glaubt. (*Beifall bei der ÖVP. — Staatssekretär Dkfm. Bauer: Was ist das?*) Das hat irgend etwas mit Zaubern zu tun, Herr Staatssekretär. Vielleicht lernen Sie das noch. Da hat man kleine Puppen, da sticht man Stecknadeln hinein und glaubt, daß dem, den es trifft, irgend etwas weh tut. (*Zwischenruf.*) Ich hoffe, daß Ihnen das einmal nicht passiert. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Der wesentliche Unterschied stellt sich also nicht nur bei diesen Punkten, die wir schon diskutiert haben, sondern genauso — abschließend — bei der Frage einer sinnvollen Steuerreform.

Meine Damen und Herren! Ich war eigentlich entsetzt von dem Satz des Herrn Finanzministers — vielleicht war er mißverständlich wiedergegeben. Er ist eigentlich der Meinung, daß die Steuerpolitik keinen wichtigen Schlüssel zur Lösung unserer wirtschaftspolitischen Probleme darstellt. Herr Dr. Vranitzky! Wir glauben, daß sehr wohl gerade die Steuerpolitik einen entscheidenden Beitrag leisten kann (*Beifall bei der ÖVP — Abg. Dr. Mock: Genau!*), und ich darf Ihnen, nur ganz kurz, erklären, was eine sinnvolle Steuerpolitik, wenige Änderungen alles bewirken können. (*Abg. Mühlbacher: Abschaffen!*) Nicht abschaffen! Sinnvolle Änderungen, kleine Eingriffe. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In den Vereinigten Staaten hat es 1978 300 000 Betriebsneugründungen gegeben, im vorigen Jahr 600 000 — eine Verdopplung. Was ist da passiert? — Sehr einfach! Man hat zwei Dinge gemacht. Man hat erstmals die Capital gain tax, das ist eine Art Kapitalertragsteuer, von 49 Prozent auf 20 Prozent reduziert, und der Präsident Reagan hat ein gigantisches Investitionsförderungspaket, diese Formel 3-3-1, in Bewegung gesetzt mit dem Effekt: doppelte Betriebsneugründungszahl und innerhalb von 21 Monaten 6 Millionen neue Arbeitsplätze!

Dr. Schüssel

Ja hat sich das nicht ausgezahlt Ihrer Meinung nach? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wir glauben, daß das sehr wohl ein wesentlicher Beitrag sein könnte. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Staatssekretärs Dkfm. Bauer.*)

Und genauso macht der englische Finanzminister jetzt eine stufenweise Senkung der Unternehmensbesteuerung von 52 auf 35 Prozent (*Zwischenruf bei der SPÖ*), und sogar die französischen Sozialisten, meine Damen und Herren, versuchen jetzt eine steuerliche Entlastung ihrer Betriebe mit 100 Milliarden. Lernen Sie, wenn schon nicht von unserem Dreiphasenplan, von anderen erfolgreich regierten Ländern! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Oder, anderer Punkt: Venture capital. Ich höre, daß sogar Sozialisten jetzt über die Frage Venture capital nachdenken.

In den Vereinigten Staaten gibt es ungefähr — im Jahr 1983 war es so — 40 Milliarden Dollar an Eigenmittelzuwachs in den Betrieben. Davon sind ungefähr 10 Prozent, also 4 Milliarden Dollar — eine gewaltige Summe! —, durch Venture capital aufgebracht worden. Die Hälfte davon durch private Anleger — manchmal sehr große —, die andere Hälfte aber durch die begrenzte Öffnung der Pensionsfonds. Die können mit 5 bis 10 Prozent ihr Geld in solche Venture capital funds einzahlen.

Was geschieht bei uns, bitte? — Die großen Versicherungen betätigen sich als Häusermakler, als gigantische Horter von Baugrund und von Häusern. Sie sind gesetzlich gehindert, ihr Geld zu einem bestimmten kleinen Prozentsatz in solche riskantere, in solche Dinge hineinzustellen.

Ein großer Unterschied und eine sehr kleine, aber entscheidende Maßnahme.

Oder wer je in den Vereinigten Staaten war und gesehen hat, was hier an Privatinitiative passiert bei der Finanzierung von Museen, von Universitäten, von Privatforschung, der weiß, daß hier Dinge in Bewegung gesetzt werden, von denen wir uns ja gar nichts träumen lassen. Natürlich steckt hier auch immer ein Beitrag der öffentlichen Hand durch Steuerverzicht drinnen. Aber der Eigenbetrag ist ungleich höher als der, den die öffentliche Hand durch Steuerverzicht leistet.

Meine Damen und Herren! Es bleibt dabei — ein wichtiger Unterschied, den es festzuhalten gilt —: Sie glauben, das ist kein wichtiger Schlüssel für die Bewältigung unserer Probleme. Wir glauben, daß es sehr wohl der Schlüssel sein könnte.

Und wir werden von diesem Thema Steuerreform bis zu den kommenden Wahlen nicht mehr heruntersteigen, wir werden nicht lockerlassen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.35

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 111/A bis 113/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 964/J bis 975/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 7. November 1984, 11 Uhr, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung wird keine Fragestunde stattfinden.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 37 Minuten